

**PAPERS**

**MARCEL BOIS, BERND HÜTTNER (HRSG.)**

**BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE  
EINER PLURALEN LINKEN**

**HEFT 2  
THEORIEN UND BEWEGUNGEN NACH 1968**

Marcel Bois, Bernd Hüttner (Hrsg.):

# **Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken**

Heft 2

Theorien und Bewegungen nach 1968

Impressum:

Herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin

[www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

Diese Publikation kann kostenfrei unter <http://www.rosalux.de/publikationen.html>  
heruntergeladen werden.

## **Inhalt**

<b>Marcel Bois, Bernd Hüttner</b> Zur Einführung	5
<b>Gisela Notz</b> Selbstbestimmung und § 218	7
<b>Gisela Notz</b> Selbstverwaltung und Alternativbewegungen	11
<b>Uwe Sonnenberg</b> Agitation und Aufklärung – Zur Geschichte linker Buchläden nach »1968«	16
<b>Markus Mohr</b> Der westdeutsche Maoismus und die Partei »Die Grünen«	20
<b>Christiane Leidinger</b> Frühe Debatten um Rassismus und Antisemitismus in der (Frauen- und) Lesbenbewegung in den 1980er Jahren der BRD	24
<b>Andreas Heyer</b> Freiheit und genossenschaftlicher Sozialismus in Robert Havemanns »Morgen«	30
<b>Sebastian Gerhardt</b> Die DDR und ihre rebellischen Kinder. Linke Opposition in der Ära Honecker	33
<b>Sebastian Gerhardt</b> Vom Kampf gegen die Politbürokratie zur Verteidigung der DDR. Unabhängige Linke im Kurzen Herbst der Utopie 1989/90	37
<b>Bernd Hüttner</b> Zur Geschichte der Internationalismusbewegung in der Bundesrepublik bis 1992	41

**Che 2001**

Konjunkturen der Solidarität oder vom Mitgefühl zum Miteinander  
Zur Geschichte der autonomen Antirassismusgruppen in Deutschland 45

**Melanie Gross**

Gendertrouble und queere Interventionen – Angriffe auf Heterosexismus  
und Zweigeschlechtlichkeit 48

**Harald Rein**

Keine Atempause – Geschichte wird gemacht ...  
Erwerbslose in Bewegung 52

**Nils Schuhmacher**

»Die Antifa«. Zwischen revolutionärer Imagination  
und bürgergesellschaftlichem Engagement 57

**Steffen Vogel**

Das Weltsozialforum: Geschichte und Gegenwart 61

**Bernd Hüttner**

Weitere Literatur 65

AutorInnen 66

Inhaltsverzeichnis von Heft 1 68

Marcel Bois, Bernd Hüttner

## Zur Einführung

Knapp zwei Jahrzehnte nach dem Mauerfall haben auch sie sich vereint. Im Juni 2007 haben Linke aus Ost- und Westdeutschland eine gemeinsame Partei gegründet. Ehemalige DDR-Oppositionelle und Ex-Sozialdemokraten, Globalisierungskritiker und Gewerkschafter, Feministinnen und Friedensbewegte, Antifaschisten und Bürgerbewegte, Trotzlisten und Ex-Maoisten agieren nun gemeinsam in oder im Umfeld dieses neuen Projektes. DIE LINKE nennt es sich und versteht sich als »demokratisch und sozial, ökologisch, feministisch und antipatriarchal, offen und plural, streitbar und tolerant, antirassistisch und antifaschistisch.« Ganz unterschiedliche politische Kulturen, Vorstellungen und Sozialisierungen treffen hier – aber auch außerhalb der Partei – aufeinander. Diese vielfältigen Traditionen der gesamtdeutschen Linken vorzustellen, hat sich der Gesprächskreis Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) vorgenommen. Zu diesem Zweck veröffentlichen wir zwei Broschüren, die sich den sozialen Bewegungen und linken Strömungen vor (Bd. 1) und nach (Bd. 2) 1968 widmen.

Geschichte ist einer der Schwerpunkte der Arbeit der RLS. Die geschichtspolitischen Aktivitäten der Stiftung und des Umfeldes, mit dem sie kooperiert, sind ausdifferenziert und von einer Vielzahl von AkteurInnen und Zusammenschlüssen gekennzeichnet. Hier finden sich Vereine, Zeitschriften, die jeweiligen Landesstiftungen und nicht zuletzt kompetente Einzelpersonen.

Die *Stärken* der RLS waren und bleiben die Geschichte des Kommunismus und Stalinismus, die DDR-Geschichte und die Geschichte der Beziehungen von DDR und BRD sowie nicht zuletzt Antifaschismus und Nationalsozialismus.

Neu hinzugekommen sind die Geschichte der neueren Linken, vor allem im Westen der Bundesrepublik und die Geschichte der neuen sozialen Bewegungen. Beides Themen, die auch im Hinblick auf die neue linke Partei wie auch im Hinblick auf das Selbstbild der Bundesrepublik allgemein von besonderer Bedeutung sind. Das Feld ist auch heute noch von einer nur langsam zu überwindenden Differenz in den Geschichtskulturen geprägt, die gemeinhin als »Ost-West-Gegensatz« verstanden wird. Diese hat sich zwar durch die gemeinsame Arbeit der RLS auf dem geschichtspolitischen Feld in den letzten Jahren abgeschwächt, sie ist aber noch spürbar.

Geschichte hat für viele in hohem Maße eine *identitätsstiftende Funktion* im Sinne des Bewahrens von Traditionslinien. Aus unserer Sicht wäre es wünschenswerter, diese zusehends zu einer *identitätsüberprüfenden Funktion* weiter zu entwickeln.

Die Anlage der Broschüren erfolgt auch unter diesem reflektierenden, kritischen Zugang, sei es nun in der Kommunismusforschung, der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus oder den Deutungsdebatten um 1968 und seine Folgen. Das Verhältnis von legitimer Bewahrung von Traditionslinien bei gleichzeitig kritischem, analytisch orientiertem Umgang mit ihnen ist eine andauernde Herausforderung.

In der liberalen Geschichtswissenschaft beginnt derzeit die Historisierung der 1970er und 1980er Jahre. Es geht dabei um die Deutung der Bundesrepublik und die Rolle, die außerparlamentarischer Protest (dafür) spielt. In der LINKEN sind demgegenüber linke Ansätze und Erfahrungen aus den historischen und aktuellen sozialen Bewegungen vor allem der Bundesrepublik (Frauenbewegung, alternativ-kulturelle und alternativ-ökonomische Bewegungen, Bürgerrechtsthematiken) immer noch unterrepräsentiert. Sie spielen aber gleichzeitig bei den programmatischen Debatten immer wieder eine Rolle: Grundeinkommen, Verstaatlichung, feministische Politiken, Bündnispolitik, digitale Demokratie.

Im Sinne eines pluralen Ansatzes, der sich aber bislang in der RLS vor allem auf die Pluralität *innerhalb* der ArbeiterInnenbewegung konzentrierte, und so eine gewisse historische Nachentwicklung vollzog, indem das ganze Erbe des Kommunismus und Sozialismus debattiert und popularisiert wurde, nimmt nun in einem weiteren Schritt die Geschichtsarbeit der RLS eine Erweiterung hin zu den oben genannten Bewegungen und ihren Fragestellungen vor.

Die beiden Broschüren sind – zumindest in der Tendenz – Teil der *Erweiterung* der Geschichtspolitik von der »Jahrestagspolitik« hin zur Behandlung identitätsstiftender und -trennender Themen einer pluralen Linken (Geschlechterverhältnisse, Demokratiefragen, Gewaltverständnis, Formen des Widerstands).

Die beiden Broschüren verstehen sich als Ergänzung und Fortsetzung der bisherigen Publikationen der RLS, vor allem des kürzlich erschienen Bandes DIE LINKE. Erbe und Tradition.<sup>1</sup> Sie sind ausdrücklich als Einführung gedacht und wollen zur weiteren Befassung mit den in ihr genannten Fragestellungen motivieren. Auch wenn wir uns bemüht haben, die linke Tradition in ihrer Vielfältigkeit abzubilden, ist uns bewusst, dass die Broschüren nicht alle Aspekte dieses weitläufigen Feldes abdecken<sup>2</sup>. Wir wünschen viel Spaß und Erkenntnisgewinn bei der Lektüre.

- 1 Klaus Kinner (Hrsg): DIE LINKE – Erbe und Tradition. Bd. 1: Kommunistische und sozialdemokratische Wurzeln, Bd. 2: Wurzeln des Linkssozialismus. Karl Dietz Verlag, Berlin 2010. Je Band 320 S., geb., jeweils 24,90 €, zu nennen wäre z. B. aber auch Peter Birke, Bernd Hüttner, Gottfried Oy (Hrsg): Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion, Berlin 2009, größtenteils online unter URL <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=19202>
- 2 So gelang es uns leider nicht einen Beitrag zur Geschichte der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) zu finden.

## **Selbstbestimmung und § 218**

Das Recht, selbst zu bestimmen, ob und wann eine Frau ein Kind haben will, war lange Tabuthema, auch für die Mehrzahl der BürgerInnen. Heute sind es vor allem die »selbsternannten Lebensschützer« und andere Fundamentalisten und Konservative, aber auch PolitikerInnen (fast) aller Parteien, die das Recht in Frage stellen. Der Kampf um den § 218 Strafgesetzbuch macht nicht nur die mehrfach gespaltene Moral deutlich, er zeigt auch, wie wenig es den Konservativen um »Lebensschutz« und Menschenwürde oder Demokratie und Humanität geht. Er zeigt: Es geht um die Kontrolle weiblicher Reproduktionsfähigkeit und um die Durchsetzung von Herrschaftsansprüchen.

### **Abtreibung und der § 218**

Nach dem Strafgesetz wurde Selbstabtreibung erstmals 1813 geahndet und zwar in Bayern. Die »Schuldige« sollte danach eine Strafe von vier bis acht Jahren Arbeitshaus erhalten, für Fremdadtreibungen waren 16- bis 20-jährige Zuchthausstrafen vorgesehen. Nach dem preußischen Strafgesetzbuch von 1870 waren Abtreibungen schlichtweg verboten.

Der § 218 des Strafgesetzbuches (StGB) wurde nach der Gründung des Deutschen Reiches am 15. Mai 1871 in Kraft gesetzt. Er sah bei Abtreibung eine Zuchthausstrafe von bis zu fünf Jahren vor.

Den meisten Frauen der sozialistischen Frauenbewegung war die himmelschreiende Ungerechtigkeit des § 218 ebenso klar, wie einigen Frauen aus bürgerlichen Frauenorganisationen. Sie wandten sich dagegen, dass das Strafrecht Frauen als Verantwortliche schwer bestraft, während die Ehegesetze sie zu rechtlosen Objekten machen. Bis zum heutigen Tage werden Schwangerschaftsabbrüche nach dem StGB behandelt. Somit wird Frauen keine selbstbestimmte Entscheidung über das Austragen einer Schwangerschaft zugestanden. Das Recht, selbst über den eigenen Körper zu bestimmen, gehört aber zu den wichtigsten Rechten des Menschen. Ohne den Kampf der verschiedenen Frauenbewegungen für die Streichung des § 218 aus dem StGB wären wir nicht einmal da, wo wir heute sind.

### **Die Theorie der neuen Ethik**

Der Kampf um das Recht auf Selbstbestimmung war immer mit der Kritik an der herrschenden patriarchalen Gesellschaftsordnung verbunden. Helene Stöcker (1869 – 1943) entwickelte Anfang des 20. Jahrhunderts die »Theorie der neuen Ethik«. Diese war die Grundlage einer gleichberechtigten Beziehung zwischen Frau und Mann. Danach sollten Frauen nicht nur berufstätig sein können und als Staatsbürgerinnen anerkannt sein, sondern ihr Leben auch auf ihrer erotischen Eigenständigkeit aufbauen können. Sie selbst wollte eine Lebensgemeinschaft nach ihren Vorstellungen aufbauen, stieß aber bald an die Grenzen des Wunsches, vorbehaltlos zu lieben und den Anforderungen einer selbständigen Frau gerecht zu werden. Im Jahre 1905 gründete sie den »Bund für Mutterschutz und Sexualreform«. Der Bund wollte auch die rechtliche Gleichstellung der »unehelichen« Kinder und nichtehelichen Lebensgemeinschaften erreichen. Damit die Frau selbst entscheiden kann, wann sie ein Kind haben will, verlangte er den freien Zugang zu Verhütungsmitteln, frühzeitige sexuelle Aufklärung und die Streichung des § 218 aus dem StGB.

Der im Jahre 1894 gegründete, pluralistisch zusammengesetzte »Bund Deutscher Frauenvereine« brachte nach intensiven Auseinandersetzungen 1909 eine Petition zur Reform des § 218 in den Reichstag ein. Sie beinhaltete Strafmilderung und Straffreiheit innerhalb einer Fristenlösung. Erfolg hatte der Bund bei den im Reichstag vertretenen Herren nicht. Schon damals wurde der Geburtenrückgang beklagt. Die Zahl der »Militärtauglichen« nahm ab. Der Kaiser brauchte Soldaten. Sexualpolitik und Bevölkerungspolitik waren zu allen Zeiten eng verbunden. Und die christlichen Kirchen hatten in der Auseinandersetzung um den § 218 großen Einfluss.

## Die Selektion des Nachwuchses

1920, kurz nach Beendigung des Ersten Weltkriegs, brachten die SozialdemokratInnen den Antrag in den Reichstag ein, den Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten straflos zu lassen. Obwohl nun erstmals Frauen im Reichstag saßen, scheiterten sie an den Mehrheitsverhältnissen. Erst 1927 gestand das Reichsgericht werdenden Müttern das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch zu, wenn ihr Leben in Gefahr war.

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Josef Goebbels, erklärte 1933: »Den ersten, besten und ihr gemäßesten Platz hat die Frau in der Familie, und die wunderbarste Aufgabe, die sie erfüllen kann, ist die, ihrem Land und Volk Kinder zu schenken.« Gleichzeitig wurden Frauen, die nicht in das Bild passten, verfolgt, diskriminiert, zwangsweise sterilisiert, gedemütigt und getötet. Während »keimendes hochwertiges« Leben geschützt wurde, sollte werdendes »minderwertiges« Leben ausgemerzt werden. Die Gesetzesänderungen in der Nazizeit dienten eindeutig der Selektion des Nachwuchses. Sie gipfelten in der Verordnung von 1943, die den »Abtreiber« mit der Todesstrafe bedrohte, wenn er mit seiner Handlung »die Lebenskraft des deutschen Volkes beeinträchtigt«.

Abtreibung, die die Fortpflanzung »minderwertiger Volksgruppen« (z. B. jüdischer Frauen und Zwangsarbeiterinnen aus dem Osten) verhinderte, blieb auch jetzt straflos. In der Endphase des Zweiten Weltkrieges war nach einem Erlass des Reichsministeriums des Inneren vom 14. März 1945 dann auch die Abtreibung für deutsche Frauen, die durch sowjetische Soldaten nach einer Vergewaltigung schwanger geworden waren, legal. Es ging sogar so weit, dass, wenn die Frauen nicht zu einem Abbruch bereit waren, sie durch das Gesundheitsamt »auf geeignete Weise überwacht« werden sollten, »damit eine Erfassung rassistisch unerwünschter Nachkommenschaft sichergestellt ist« (Sander 1992:38). Eine Vergewaltigung durch westalliierte Soldaten war kein Anlass für eine legale Abtreibung.

## Nachkriegs-Sexual- und Familienpolitik in der BRD

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die NS-Strafrechtsnovelle durch Gesetze der Besatzungsmächte aufgehoben. Die Abtreibung blieb aber strafbar. Sogar Verhütungsmittel blieben verboten. In den Ländern der sowjetischen Besatzungszone wurden zwischen 1945 und 1949 unterschiedliche Indikationsmodelle eingeführt, die jedoch nur bis 1950 gültig blieben. Denn dann wurde in der neu gegründeten DDR mit dem »Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau« ein eher restriktives Indikationsmodell zur bedingten Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs aus medizinischen und eugenischen Gründen eingeführt, das bis 1972 in Kraft blieb. In der ebenfalls neu gegründeten Bundesrepublik wurde erst mit Wirkung vom 4. August 1953 die Todesstrafe für Fremdatreibung aufgehoben, nachdem mit Inkrafttreten des Grundgesetzes 1949 faktisch bereits jegliche Todesstrafe abgeschafft war.

Die 1950er Jahre in der BRD waren Hochzeiten der konservativen Sexual- und Familienpolitik. Sexuelle Aufklärung und Verhütung waren tabu. Einerseits wurde Abtreibung bestraft, andererseits konnten »uneheliche Kinder« nicht den gleichen Rechtsstatus beanspruchen wie eheliche, denn sie passten nicht in die gewünschte Ordnung der ausschlaggebenden konservativen Parteien und Kirchen. Diese ließen verrechtlichte sexuelle Beziehungen außerhalb von Ehe und Familie nicht zu.

Der Artikel 6 des Grundgesetzes (GG) nahm die Auffassung von der Familie als dem wichtigsten Baustein einer Gesellschaft auf und verfestigte eine konservative Familienideologie, die Frauen und Männern eindeutige Rollen zuwies. Bis 1953 zählte zu den ehelichen Pflichten auch der Geschlechtsverkehr; Verweigerung konnte als Scheidungsgrund angeführt werden. Männer durften ihre Ehefrauen bis 1997 straflos vergewaltigen.

Angst vor einer unehelichen Schwangerschaft hatten vor allem Frauen, weil sie die Folgen zu tragen hatten. Erst 1969 wurden die »Himmelschen Polizeiverordnungen«, die noch in einigen Bundesländern galten und Mittel der Familienplanung, die ihre Einführung aus dem Ausland sowie ihre Propagierung verboten, aufgehoben. Ab 1961 kam zwar die Anti-Baby-Pille auf Rezept, wodurch die Verhütung von ungewollten Schwangerschaften (zunächst für verheiratete Frauen) wesentlich erleichtert, jedoch samt der gesundheitlichen Folgen, die damals allerdings kaum problematisiert wurden, maßgeblich den Frauen überantwortet wurden.

## Sexuelle Revolution?

Eine Massenbewegung, die im Zusammenhang mit den »neuen Frauenbewegungen« entstand, formierte sich in der BRD in den 1960er Jahren in den *Kampagnen gegen den Abtreibungsparagrafen 218 des Strafgesetzbuches*. Frauen gingen gemeinsam auf die Strasse, verteilten Flugblätter, sammelten Unterschriften, organisierten Busfahrten zur Abtreibung in das liberalere Holland. Der Slogan: »Mein Bauch gehört mir!« wurde zum Markenzeichen des bundesdeutschen Feminismus. Er artikulierte die Forderung nach Selbstbestimmung über den eigenen Körper, nach der ersatzlosen Streichung des § 218 aus dem StGB, nach umfassender sexueller Aufklärung, selbstbestimmter Sexualität und freiem Zugang zu Verhütungsmitteln.

Die einsetzenden Bewegungen zur Liberalisierung des Abtreibungsrechts wurden von scharfen Debatten und Protesten, besonders von Vertretern der christlichen Kirchen, begleitet. In die Geschichte eingegangen ist Alice Schwarzers Selbstbeziehungskampagne, die in der Illustrierten *Stern* am 6. Juni 1971 auf der Titelseite veröffentlicht wurde: »Wir haben abgetrieben (...). Wir fordern ersatzlose Streichung des § 218 (...) Sexuelle Aufklärung für alle und freien Zugang zu Verhütungsmitteln«. 374 prominente Frauen aus Politik, Film und Fernsehen bekannten mit ihrer Unterschrift öffentlich, gegen § 218 verstoßen zu haben. Sie begingen damit nicht nur einen radikalen Tabubruch, sondern nahmen auch das Risiko einer strafrechtlichen Verfolgung auf sich. Frauen aus allen Bevölkerungsschichten erklärten sich solidarisch. 86100 Solidaritätsunterschriften wurden innerhalb von zwei Monaten gesammelt. Maßlose Polizeiaktionen folgten, aber die Staatsanwälte hielten sich zurück. Gegen einige Frauen wurde zwar Anzeige erstattet, doch die Verfahren wurden eingestellt, denn Tausende von Anklagen hätten den revoltierenden Frauen in die Hände gespielt.

Nachdem die Unterschriften dem damaligen Bundesjustizminister Gerhard Jahn (SPD) übergeben worden waren, kamen mehrere Entwürfe zur Reform des Strafrechts in den Bundestag, die aber erst nach der Regierungsbildung unter Willy Brandt (SPD) ab 1972 beraten werden konnten.

Nach vielen Protesten der Frauenbewegungen trat am 18. Juni 1974 in der BRD die Fristenlösung in Kraft. Doch sie galt nur drei Tage: CDU und CSU riefen das Bundesverfassungsgericht an, das eine einstweilige Anordnung dagegen erließ. In ihrem Urteil vom 25. Februar 1975 argumentierten die Karlsruher Richter, der Schutz des sich im Mutterleib entwickelnden Lebens habe Vorrang vor dem Selbstbestimmungsrecht der Frau. Im Februar 1976 verabschiedete der Bundestag eine Neufassung des § 218, die am 18. Mai 1976 in Kraft trat. Sie sah eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe für Ärzte vor, die Abbrüche vornehmen. Bei medizinischer (Gefahr für die Mutter), kriminologischer (Vergewaltigung, Inzest), eugenischer (Behinderung des Kindes) und »Notlagenindikation« (psychische und soziale Ausnahmesituationen) konnte Frauen der Abbruch gewährt werden – oder auch nicht. Denn ein zweiter Arzt musste hinzugezogen werden, um festzustellen, dass eine der vier Indikationen auch wirklich vorliegt. Neben der ärztlichen Beratung musste sich die Frau auch einer sozialen Beratung stellen, erst dann bekam sie einen »Beratungsschein«.

## Nach der Wiedervereinigung

Im Zuge der »Wiedervereinigung« wurde die Diskussion noch einmal aufgenommen. Am 16. Juni 1990 demonstrierten in Bonn etwa 10 000 Menschen für und etwa 3 000 gegen die ersatzlose Streichung des § 218. Es folgten heftige öffentliche Debatten über eine künftige Regelung und entsprechende Formulierungen im Einigungsvertrag. Zu der von der Frauenbewegung geforderten Übernahme der DDR-Fristenregelung für ganz Deutschland kam es nicht. In der DDR galt seit dem 9. März 1972 das »Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft«, nach dem jede Frau innerhalb der ersten drei Schwangerschaftsmonate eine Abtreibung straffrei, kostenfrei und ohne vorherige Zwangsberatung vornehmen lassen konnte.

Nach dem 3. Oktober 1990 galten zunächst die bisherigen DDR- bzw. BRD-Regelungen in den jeweiligen Bundesländern weiter. Nach hitzigen Debatten trat schließlich am 25. August 1995 bundesweit das heute gültige Schwangerschaftskonfliktgesetz in Kraft. Danach sind Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich strafbar, es sei denn, die Schwangere weist innerhalb von zwölf Wochen nach der Empfängnis durch eine Bescheinigung nach § 219 nach, dass sie sich mindestens drei Tage vor dem Eingriff hat beraten lassen (Beratungspflicht). Die Pflichtberatung soll »ergebnisoffen« geführt werden, aber dem »Schutz des ungeborenen Lebens dienen«. Für die Frauen der ehemaligen DDR war das eine eindeutige Verschlechterung.

Eine zweite Beratungspflicht für medizinische Indikation wird seit 2002 im Bundestag immer wieder heftig diskutiert. Die Politiker der christlichen Parteien und einige andere forderten immer wieder eine weitere Bevormundung der Frauen und eine präzise statistische Erfassung der einzelnen »Fälle«. Bis 2009 hatte die CDU/CSU mit eingebrachten Anträgen keinen Erfolg.

### **Die neue Abtreibungsdebatte**

Der Familienpolitiker der CSU, Johannes Singhammer, hat die emotional aufgeladene Diskussion neu eröffnet, indem er im Dezember 2008, gemeinsam mit Volker Kauder (CDU), einen Gesetzentwurf zu Spätabtreibungen vorlegte, den er damit begründete, eine ins Stocken geratene Debatte wieder in Gang bringen zu wollen. Dabei ging es um die gesamte medizinische Indikation nach der 12. Woche.

Die am 13. Mai 2009 beschlossenen und am 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Änderungen werden keinen Schwangerschaftsabbruch nach medizinischer Indikation verhindern. Nun müssen Frauen, die nach der 12. Schwangerschaftswoche eine medizinische Indikation vornehmen wollen, sich beraten lassen und zwischen Beratung und Eingriff mindestens drei Tage Bedenkzeit verstreichen lassen. Der die Diagnose stellende Arzt ist zur Beratung verpflichtet, kommt er ihr nicht nach, muss er mit einem Bußgeld von bis zu 5 000 € rechnen. Parlamentarierinnen aus SPD, Grünen und Linken, pro familia und elf weitere Verbände hatten sich entschieden gegen den Antrag zur Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes ausgesprochen. Berücksichtigt wurden jedoch lediglich deren datenschutzrechtliche Einwände.

Es gibt weder historisch noch aktuell Anhaltspunkte dafür, dass Bestrafungen zu weniger Schwangerschaftsabbrüchen führen. Je restriktiver die Gesetze sind, desto eher wird der Schwangerschaftsabbruch zum sozialen, gesundheitlichen und ökonomischen Problem für die Frau. Unsachgemäße Schwangerschaftsabbrüche sind weltweit die Hauptursache für den Tod schwangerer Frauen. Die neuen Regelungen werden dazu führen, dass die Bereitschaft von Medizinern, eine medizinische Indikation auszustellen, weiter sinkt. Die psychische Belastung für betroffene Schwangere wird erheblich wachsen. Erschwerende Bedingungen in Deutschland, werden künftig zu höheren Abbruchzahlen im Ausland führen und damit zu höheren Kosten für die Betroffenen.

Heute stößt der organisierte Druck orthodoxer und fundamentalistischer Christen und selbsternannter Lebensschützer bei (fast) allen politischen Parteien auf offene Türen. Das Thema wird die Parteien und vor allem betroffene Frauen noch weiter beschäftigen.

### **Literatur**

Notz, Gisela: Warum flog die Tomate? Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre. Neu-Ulm 2006.

Notz, Gisela: Der Kampf der Frauen um das Recht auf Zugang zu Verhütungsmitteln und Selbstbestimmung (§ 218 StGB), in: Gerlinde Kämmerer/Johanna Ludwig/Nina Preißler (Hg.): »Politikverbot – Politikzugang – Politikverdruss? Frauen und Politik im 19. und 20. Jahrhundert«, Leipzig 2009.

Sander, Helke: BeFreier und Befreite, München 1992.

Staupe, Gisela/Vieth, Lisa: Die Pille. Von der Lust und von der Liebe. Reinbek 1996.

Wickert, Christl: Helene Stöcker 1869 – 1943. Frauenrechtlerin und Pazifistin. Eine Biographie, Bonn 1991.

### **Links**

Die Chronik der Neuen Frauenbewegung (1971 bis 1979)

<http://www.frauenmediaturm.de/dossiers.html>

Rubrik »Frauen in der Geschichte« im Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung

[http://www.fes.de/archiv/adsd\\_neu/inhalt/recherche/imarchiv.htm](http://www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/recherche/imarchiv.htm)

## Selbstverwaltung und Alternativbewegungen

In engem Zusammenhang mit der StudentInnen-, Ökologie- und Frauenbewegung entstanden in den 1970er Jahren viele Gemeinschaftsprojekte, die den politischen Anspruch verfolgten, demokratische, möglichst selbstbestimmte Betriebsorganisationen zu schaffen, sowie humane Arbeitsprozesse und eine ökologisch verträgliche und gesellschaftlich nützliche Produktion zu ermöglichen. »Alternative« Lebens- und Arbeitszusammenhänge, selbstverwaltete Betriebe und Projekte der alternativen Ökonomie und Kommunen gehörten dazu. Im Hier und Jetzt (Kropotkin) sollten innerhalb des bestehenden Systems selbstverwaltete Gegenmodelle entstehen. Die Ursache für die Gründung von Alternativprojekten ist sowohl in der Frustration über die fremdbestimmte, partialisierte, hierarchisch organisierte Arbeit in Industrie und Verwaltung zu finden, als auch in der Erkenntnis über die Konflikte, die sich aus der psychischen, physischen, sozialen und ökologischen Zerstörung der Lebensgrundlage der Menschen durch die große Kapitalkonzentrationen ergeben. Die AkteurInnen hofften auf ein Leben jenseits des Kapitalismus, oder doch wenigstens, sich eine autonome Insel in der kapitalistischen Welt zu schaffen. Daher verzichteten sie auf strukturelle Hierarchien, Besitzansprüche, Ausbeutung und Unterdrückung. Mit dem Selbstverständnis von Kollektiven gleichberechtigter Mitglieder, die die Isolation der Einzelnen und die Fixierung der Geschlechterrollen in neuen Formen des Zusammenlebens und -arbeitens auflösen wollen, wirken sie bis heute. Zum Teil bestehen sie sogar noch heute.

### Begriffsbestimmung

Die Tatsache, dass im Zuge der postmodernen Vielfalt unserer »Multi-Options-Gesellschaft« der bunte Jahrmarkt der Alternativprojekte immer vielfältiger wurde und spirituelle Projekte in der »Alternativszene« scheinbar genauso Platz haben, wie libertär-anarchistische und viele dazwischen liegende, erschwert die Möglichkeit, eindeutige Positionen zu beziehen. Um eine Verständigungsbasis herzustellen wird es notwendig, eine kurze Erklärung der wichtigsten Begriffe und Betriebsformen, die Ansätze eines alternativen Wirtschaftens verfolgen, vorzunehmen.

*Alternativökonomie* markiert einen Übergangsbereich zwischen der marktzentrierten kapitalistischen Wirtschaft, dem öffentlichen Sektor und der informellen Ökonomie. *Alternativbetriebe* sind Betriebe, in denen die Mitglieder selbstverwaltet und in kollektiven, nicht-hierarchischen Strukturen unter selbstbestimmten Normen Tätigkeiten verrichten, die der Erstellung von Produkten oder Dienstleistungen dienen. Idealtypisch gibt es kein privates Eigentum; Betriebsvermögen und Betriebsertrag sind neutralisiert, d. h. der persönlichen Verfügbarkeit entzogen. *Selbstverwaltung* heißt, dass die Menschen die Lösung der Probleme in ihrem Arbeitsprozess selbst in die Hand nehmen. Das heißt nicht individuell, sondern als kollektiver politischer und sozialökonomischer (Lern)Prozess einer überschaubaren Menge von Menschen. *Genossenschaften* sind Betriebe und Dienstleistungsunternehmungen, in denen die GenossInnen als Eigentümer gemeinsam die wichtigsten betriebsinternen sowie produktorientierten Entscheidungen treffen. Während bei Produktionsgenossenschaften im Wesentlichen die im Betrieb Beschäftigten mit den GenossInnen identisch sind, sind bei den absatzorientierten Konsumgenossenschaften die entscheidenden Mitglieder die Konsumenten oder Nutznießerinnen der Produkte. Unter *Kommunen* werden freiwillige Zusammenschlüsse von Menschen verstanden, die auf Grundlage gemeinsamer Überzeugungen ihr Zusammenleben radikaldemokratisch organisieren. D. h. alle Menschen haben die gleichen Rechte und Pflichten, das betrifft sowohl das gemeinsame selbstverwaltete Arbeiten wie auch die gemeinsame Alltagsgestaltung.

### Gemeinsame Ansprüche

Meist haben die AkteurInnen, die sich zu experimentellen Formen des Wirtschaftens zusammenfinden, den Anspruch in kollektiven, nicht hierarchischen, nicht patriarchalen Strukturen ebenbürtig unter Normen zu arbeiten und zu leben, die sie sich selbst gegeben haben. Die demokratischen Beteiligungsformen, die in Alternativökonomie, selbstverwalteten Betrieben oder Kommunebetrieben aber auch in manchen neuen Genossenschaften prakti-

ziert werden, sind mehr als Mitbestimmung und auch mehr als Demokratie am Arbeitsplatz. Die meisten alternativen Betriebsformen praktizieren neue Möglichkeiten der Partizipation bis hin zu Experimenten mit weitgehend selbstbestimmten Arbeitsformen und Kapitalneutralisierung. Sie sind Ansätze radikaler Kritik an der abhängigen Erwerbsarbeit und – soweit es sich um kommunitäre Arbeits- und Lebensformen handelt – üben gleichzeitig Kritik an der Struktur der Kleinfamilie. In den Alternativbetrieben sind Mitarbeitende und EigentümerInnen meist identisch, und alle Kollektivmitglieder haben im Idealfall ein gleiches Entscheidungsrecht in betrieblichen Belangen. Als Gruppe haben sie den Vorteil, dass sie sich die Menschen, mit denen sie arbeiten wollen und von denen sie freilich auch abhängig sind, selbst aussuchen. Dass die Alternativbewegung die neoliberale Wirtschaftsordnung nicht grundsätzlich in Frage stellen kann, war und ist den meisten AktivistInnen bewusst, viele hatten diesen Anspruch gar nicht.

Die oft zitierte »Selbstaussbeutung« in alternativen Betrieben wird offenbar kritischer gesehen als die »Fremdaussbeutung« in kapitalistisch organisierten Betrieben. Die hohe Identifikation der Beschäftigten, die hinter dieser Selbstaussbeutung vermutet wird, ist es aber auch, die »normale« Unternehmer nach solchen Konzepten schielen lassen, die ihnen mehr Motivation und Arbeitszufriedenheit ihrer Mitarbeiter versprechen. Unter dem Druck der Konkurrenz gewann allerdings unternehmerisches Denken innerhalb der Alternativbewegung immer mehr an Bedeutung. Trotz der benannten Schwierigkeiten könnten die Erfahrungen einer demokratischen betriebs- und Arbeitsorganisation für die Weiterentwicklung gewerkschaftlicher Betriebs- und Tarifpolitik genutzt werden. Das war bis jetzt noch wenig der Fall.

### **Bedeutung des Sektors der alternativen Betriebe**

Die Schätzungen über die Größe des Sektors der alternativen Betriebe der 1970er und 1980er Jahre reichen von 3 000 bis 12 000 Betrieben und von 25 000 bis zu 100 000 Personen, die in der BRD dort beschäftigt waren. Die Zahlen sind deshalb so unterschiedlich, weil Unterschiedliches unter dem Begriff »Alternativökonomie« subsumiert wird. Die ersten selbstverwalteten Betriebe waren Druckereien, Verlage und Buchläden. Es folgten Vertriebe, Beratungs- und Bildungseinrichtungen, freie Schulen, Zeitungen und Zeitschriften, Frauenferienhäuser, Teestuben, Cafés und Kneipen, Theater und Filmgruppen, Entrümpelungs- und Umzugskollektive, Autowerkstätten, andere Betriebe aus dem handwerklichen Bereich, Technologieprojekte und vieles mehr. Triebfeder für das Engagement war der Wunsch zur gemeinschaftlichen Arbeit, die möglichst von einer Gruppe im Konsens und bei gleichem finanziellem Risiko geleistet werden sollte. In diesen Gruppen sollten persönliche Beziehungen und Arbeitsablauf in Übereinstimmung gebracht werden. Hierarchien wurden abgelehnt. In den Frauenprojekten waren sie als »männliche Strukturen« indiskutabel.

Vielfach wurde bereits problematisiert, dass auch in Alternativbetrieben oft traditionelle geschlechterhierarchische Arbeitsverteilungen erhalten bleiben. Die Entstehung der selbstverwalteten Wirtschaft schloss politische Forderungen der Frauen mit ein; zentrales Thema waren sie jedoch nicht. Dennoch finden sich Alternativbetriebe, in denen Frauen »typische Männerarbeiten« übernehmen und Männer sich an den Reproduktionsarbeiten gleichermaßen beteiligen.

Viele der AkteurInnen haben ein kritisches Verhältnis zu Autoritäten, Propheten und Gurus jeglicher Art. Freilich gibt und gab es im Zuge der postmodernen Vielfalt auch spirituelle und andere rückwärtsgewandte Projekte. Leider verschwinden die Wirkungen auf die Schüler- und Lehrlingsbewegung und andere soziale Bewegungen hinter den gegenwärtigen Deutungsdebatten über die 68er.

Innerhalb der autonomen Gruppen und Projekte gab es freilich auch immer informelle Hierarchien und unterschiedliche Verantwortlichkeiten, die nicht selten zu zerstörerischen und lähmenden personellen Konfliktsituationen führten, in denen sich einzelne Frauen als durchsetzungsfähiger erwiesen als andere. Die Idee vom autonomen Projekt als herrschaftsfreiem Raum, quasi im exterritorialen Verhältnis zum Patriarchat stehend, erwies sich bereits mittelfristig als überaus problematisch. Nicht selten sprengten subtile Machtkämpfe die Kollektive. Viele AktivistInnen wurden durch die zeit- und kraftraubenden Auseinandersetzungen auch ängstlich. So wurden ihr Wille und ihre Kreativität, Dinge in Bewegung zu setzen, von vornherein beschnitten. Besonders für Frauenprojekte galt, dass sie zwar oft Autoritäten negieren wollten, sich aber stattdessen an ihnen abgearbeitet haben. Die Hoffnung, dass Frauen, weil sie Frauen sind, weniger elitär, weniger konkurrenzorientiert und mehr an zwischenmenschlichen und sozialen Problemen interessiert seien, führte zu Enttäuschungen. Hohe politische Ansprüche an Egalität und Verzicht auf materielle Güter führten aber auch in anderen Projekten und Betrieben dazu, dass

viele in den 1970er Jahre entstanden und auch wieder verschwanden. Einige Initiativen verloren sich in ihrer Subkultur, andere haben sich im Laufe der Zeit aus dem subkulturellen Getto herausgetastet und den Marktmechanismen sowie dem Trend zum Einzelunternehmen angepasst.

Nach einer Studie, die 1997 in Hessen durchgeführt wurde, ist es den meisten der 200 untersuchten selbstverwalteten Betrieben in den letzten zehn Jahren gelungen, effiziente und tragfähige Betriebsstrukturen in der Form professionell betriebener Kleinbetriebe herauszubilden und zu stabilisieren. Rund die Hälfte hatte sich Transformationsprozessen unterzogen und die kollektiven Strukturen aufgegeben. Kapitalmangel ist der am häufigsten genannte Grund. Die Studie ergab auch, dass sich die Betriebe dort stabil entwickeln, wo politische Bindungen bestehen. Die Motivation, eigenverantwortlich die gemeinsam getroffenen Entscheidungen umzusetzen, war in *allen* in die Untersuchung einbezogenen Betrieben deutlich höher als in »normalen« Kleinbetrieben.

In einem Buch über Selbstverwaltung in der Wirtschaft, das 1991 erschienen ist, wurde festgestellt, dass etliche, die einst Geborgenheit in der Gruppe fanden, ihre Identität als Managerinnen von Tagungshäusern und Alternativprojekten finden. Sibylle Plogstedt stellt in einer Studie über Frauenbetriebe 2006 fest, dass die Bezeichnung »Kollektiv« in den neuen Bundesländern aufgrund der DDR-Geschichte abgelehnt wird und auch im Westen die Kollektivstruktur obsolet wurde, weil in einer Vielzahl von Projekten, Geschäftsführerinnen die Leitung übernahmen. Gerade viele Frauenprojekte haben sich im Laufe der Zeit aus dem subkulturellen Getto herausgetastet, haben sich den Marktmechanismen sowie dem Trend zum Einzelunternehmen angepasst. Sie stellte aber auch fest, dass das Lernen im Kollektiv für diejenigen, die sich für die »neuen« Geschäftsführerinnen oder für einen Betrieb als Einzelunternehmen entschieden, ein notwendiger Zwischenschritt auf dem Weg zur Selbstständigkeit war. Den Rückgang der Frauenprojektebewegung führt sie auch auf den mangelnden Zusammenhalt der feministischen Bewegung zurück. Die kulturelle Revolution scheint auch unter diesem Aspekt auf halbem Wege stecken geblieben zu sein.

### **Gesellschaftliche Wirkung der alternativen Arbeits- und Lebensformen**

Angesichts der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung und der damit verbundenen Debatten, die sich um die »Krise« der Arbeitsgesellschaft und den »Zerfall« der Familie, den Verlust des sozialen Kontextes, Orientierungslosigkeit, Exklusion und Armut drehen, müssten Gemeinschaftskonzepte an Bedeutung gewinnen. Dennoch wird heute die gesellschaftliche Bedeutung der Alternativökonomie und ihre Ausstrahlung auf die Strukturen der kapitalistischen Ökonomie vielfach unterschätzt.

Auf die Fremdheit zwischen dem Verständnis von Autonomie in den Sechziger- und Siebzigerjahren und dem der neoliberalen Gegenwart hat Arndt Neumann in seinem Buch »Kleine geile Firmen« hingewiesen. Auch wenn die Alternativbewegung in der Zwischenzeit ihren inneren Zusammenhalt verloren hat, war sie doch ein wichtiges Experimentierfeld, das auf die New Economy der 1970er Jahre ebenso ausstrahlte, wie auf Start-up-Unternehmen und sich als »neue Unternehmenskultur« bezeichnende Managementstrategien.

Immer wieder gab und gibt es Alternativbewegungen. Im Grunde genommen gilt für alle, was Karl Marx in den ökonomischen Manuskripten aus dem Jahre 1844 schrieb: »Es versteht sich, dass die Aufhebung der Entfremdung von der Form der Entfremdung aus geschieht, welche die herrschende Macht ist.« Das heißt, wenn die bürgerliche Gesellschaft aus dem Wert- und Kapitalbegriff begriffen werden soll, muss auch die Entwicklung der Kritik an dieser Gesellschaft mit dem Wert- und Kapitalbegriff in Zusammenhang gebracht werden.

Rolf Schwendter denkt in diese Richtung, wenn er für Subkulturen – darunter können alternative Betriebe und Kommunen subsumiert werden – konstatiert: »Die Subkulturen entwickeln ihre aus der Negation der Normen und Institutionen der Gesamtgesellschaft entstammenden Normen und Institutionen zur Aufhebung der gesamtgesellschaftlichen Normen weiter (...). Dieser Prozess wird nicht ohne Widerstände vor sich gehen; inhaltlich hat er die grundsätzliche Veränderung des Bestehenden zum Ziel.« Um einen bestehenden Zustand grundsätzlich zu verändern, sind jedoch neue Ideen, neue Verhaltensweisen, neue Bedürfnisse erforderlich. Aber was sind »neue« Verhaltensweisen und Bedürfnisse? Entstehen sie nicht ebenso aus dem Alten? Die Frage, ob es möglich ist, im Schoße der bestehenden Gesellschaft die Vorstellungen vom »guten Leben« zu entwickeln oder ob dies unmöglich ist, weil die Gesamtgesellschaft samt ihrer Subkultur vom Warenfetisch durchdrungen ist, ist so alt wie die Frage nach dem »guten Leben« selbst.

Viele alternativ-ökonomische Projekte, Genossenschaften und Kommunen scheitern bereits in der Anfangsphase. Oft, weil die Illusionen, die sie mit dem anderen Leben verbinden, so unermesslich sind, dass sie einfach nicht eingelöst werden können. Oder weil soziale Qualifikationen und Verantwortung, die zur Übernahme kollektiver Entscheidungsstrukturen notwendig sind, innerhalb der herrschenden Sozialisationsinstanzen nicht gelernt werden (können). Mehr Autonomie heißt schließlich nicht nur mehr Selbstbestimmung, sondern auch mehr Selbstverpflichtung. Was dringend notwendig wäre, ist eine Auseinandersetzung mit der breiten Empirie des Scheiterns und den Barrieren, die den Erfolgen im Wege stehen. Daraus könnten die lernen, die nicht alle schon einmal gemachten Fehler selbst wiederholen wollen.

## **Perspektiven**

Die großen politischen Zielvorstellungen einer Revolutionierung des gesamten Gesellschaftssystems betrafen immer nur einen Teil der ohnehin kleinen Alternativbewegung, und sie sind in den letzten Jahren in den Hintergrund getreten. Alternativökonomie setzt, wie andere Alternativen auch, auf die Kraft des Experiments und des Vorlebens. Die AkteurInnen sind der Überzeugung, dass es notwendig ist, Macht, Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt in unserer Gesellschaft grundsätzlich in Frage zu stellen, anstatt zu glauben, sie für die eigenen Zwecke gestaltbar und nutzbar machen zu können. An der Existenz alternativer Projekte kann beispielhaft aufgezeigt werden, dass Möglichkeiten einer anderen, demokratischeren und ebenbürtigen Lebens- und Arbeitswelt nicht nur in den Köpfen und Büchern von Menschen zu finden sind, die sich theoretisch damit auseinandersetzen, sondern dass sie in Ansätzen hier und heute lebbar sind. Vielleicht gelingt es solchen Zusammenschlüssen wirklich, »ihre Anschauungen in neue Kreise zu tragen«, wie es Anarchisten für die neu entstehenden Bewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg erhofft hatten, die die wirtschaftlichen und sozialen Mängel der Gesellschaft erkannt hatten und deren Absicht es war, strukturelle Veränderungen einzuleiten. Wenn das gelänge, wäre Alternativökonomie nicht mehr nur ein Phänomen ökonomischer Selbstorganisation einer Minderheit von »Aussteigern«, sondern sie würde zum Instrument der Veränderung in einer unsicheren Wirtschafts-, Familien- und Arbeitswelt, zu einem Instrument, das nicht (nur) dort angewendet wird, wo der Markt nicht effizient funktioniert, sondern vor allem dort, wo innovative Ideen auf fruchtbaren Boden fallen, weil sie MitstreiterInnen finden.

Mit zunehmender Globalisierung der warentauschenden Gesellschaft werden Konzepte notwendig, die nicht reduziert bleiben auf die Lenkung kleiner lokaler Betriebe durch die Produzenten selbst oder auf die Existenz eines wie auch immer bezeichneten neuen »alternativen« oder genossenschaftlichen Wirtschaftssektors, der gleichzeitig den Gesetzen der Warengesellschaft unterstellt ist, wenn nicht ein entsprechendes globales, politisches und ökonomisches System angestrebt wird und Handlungsstrategien zu seiner Verwirklichung eingeläutet werden.

Was Karl Heinz Roth 1980 geschrieben hat, gilt auch heute: »Die Selbstverwirklichung ist ein sozialer Prozess, sie verlangt die soziale Aneignung und Umverteilung des gesamten gesellschaftlichen Reichtums.« Darauf wollen die jetzt tätigen AkteurInnen freilich nicht warten. Sie haben ein Fenster in eine herrschaftsfreie Welt aufgetan. Sie setzen auf die Kraft des Vorlebens und des Experiments, stellen sich den Herausforderungen der GrenzgängerInnen und versuchen, aus Träumen Leben werden zu lassen. Und das, obwohl heute utopisches Denken nicht gerade hoch im Kurs steht.

## Literatur

- Mike Cooley: Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod – Arbeitnehmerstrategien für eine andere Produktion. Das Beispiel Lucas Aerospace, Reinbeck 1982.
- Friederike Habermann: Halbinseln gegen den Strom. Anders Leben und Wirtschaften im Alltag. Königstein 2009.
- Frank Heider; Beate Hock; Hans-Werner Seitz: Kontinuität oder Transformation? Zur Entwicklung selbstverwalteter Betriebe. Eine empirische Studie, Giessen 1997.
- Arndt Neumann: Kleine geile Firmen. Alternativprojekte zwischen Revolte und Management, Hamburg 2008
- Gisela Notz; Klaus-Dieter Heß; Ulrich Buchholz; Theo Bühler (Hg.): Selbstverwaltung in der Wirtschaft. Alte Illusion oder neue Hoffnung? Köln 1991.
- Gisela Notz: »Ein Fenster in eine herrschaftsfreie Welt«. Das Demokratiepotezial von Alternativökonomie, selbstverwalteten Betrieben und kommunitären Lebens- und Arbeitsformen – ein Positionsbeitrag, in: Wolfgang G. Weber; Pier-Paolo Pasqualoni; Christian Burtscher (Hg.): Wirtschaft, Demokratie und soziale Verantwortung, Göttingen 2004.
- Gisela Notz: Kommunen, Kinderläden, Alternativbewegung. Errungenschaften und Folgen der StudentInnenbewegungen, in: Peter Birke, Bernd Hüttner, Gottfried Oy (Hg.): Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion, Berlin 2009.
- Sibylle Plogstedt: Frauenbetriebe. Vom Kollektiv zur Einzelunternehmerin, Königstein 2006.
- Rolf Schwendter: Zum Geleit, in: Kollektiv Kommunebuch (Hg.): Das Kommunebuch, Göttingen 1996.

## Links

CONTRASTE, Monatszeitung für Selbstorganisation, mit Linkverzeichnis zu Projekten und Betrieben, <http://www.contraste.org/>  
AG SPAK, [www.agspak.de](http://www.agspak.de)

Uwe Sonnenberg

## Agitation und Aufklärung – Zur Geschichte linker Buchläden nach »1968«

Es gibt sie noch! Linke Buchläden: Einträchtig liegen in ihren Schaufenstern globalisierungskritische Titel neben Tricks für Antifas, Berichten vom Leben mit Hartz-IV und zeitgenössischer Kritik am »grünen Kapitalismus«. Neueste Genderanalysen und andere kultur- und sozialwissenschaftliche Studien können hier für die politische Arbeit erworben werden. Je nach Zielpublikum stehen in den Regalen frech gestaltete Comics sowie Reisereportagen wahlweise aus Italien oder Venezuela. Angesichts der heutigen Krisen wird Marxens *Kapital* bzw. *Das Recht auf Faulheit* seines Schwiegersohns Paul Lafargue empfohlen. Selbstverständlich bestellen die Läden auf Wunsch auch jedes andere lieferbare Buch. Bei gutem Wetter erweitern auf der Straße zusätzlich Grabbelkisten das Angebot, gefüllt mit antiquarisch gehandelten Exemplaren älterer Bewegungsliteraturen. Vermengt mit Aufrufen aktionistischen Inhalts kleben in den Eingangsbereichen Veranstaltungshinweise politischer Kleingruppen. Nach Ladenschluss kommen in ihren Räumen Diskussions- und Lesezirkel zusammen. Mitunter sind einladende Cafés an die Bücherverkaufsstellen angeschlossen. Dort kann in ausgewählten Zeitungen und Zeitschriften weitergeblättert werden.

Was den geneigten Flaneuren durch die Straßen einschlägig bekannter Szeneviertel an diesen Orten vereinzelt noch begegnet, sind materialisierte Überbleibsel von Bewegungen, die aus den Jahren um 1968 hervorgegangen waren, sich in die Siebziger Jahre weiter trugen und sich seitdem bis heute transformierten. Die Entstehung linker Buchläden in ihrem zeithistorischen Kontext ist heute kaum noch bekannt. Oftmals erinnern allein die Namen der Läden daran. Im Folgenden werden einzelne Entwicklungsetappen der Buchläden in der Geschichte des westdeutschen linken Buchhandels skizziert.

### Anfänge: Gegenöffentlichkeit mit revolutionärem Selbstverständnis

Nach dem Auseinanderfallen der Außerparlamentarischen Opposition (APO) erlebten die SPD und die JungsozialistInnen einen starken Zustrom. Es wurde die DKP gegründet. Es entstand aber auch ein zahlenmäßig großes Milieu, in dem sich die »gegenkulturellen« und fundamentaloppositionellen Bewegungen aus den Aufbrüchen Ende der Sechziger Jahre wiederfanden. In einer Mischung aus Aufklärung und Agitation für eine breite sozialistische Bewegung, zusätzlich beflügelt durch die Idee von »Gegenöffentlichkeit« entstanden während eines regelrechten Gründungsbooms bis Anfang der Siebziger Jahre in vielen Städten der Bundesrepublik politische Buchläden.

Die ersten wurden durch Karin Röhrbein (*Buchhandlung Karin Röhrbein*, West-Berlin) 1966 und für das Gebiet der alten Bundesrepublik 1968 von Jörg Burkhard (*Politische Buchhandlung Jörg Burkhard*, Heidelberg) gegründet. Beide durchliefen noch eine klassische Buchhändlerausbildung, bevor sie, durch die APO politisiert, die Pforten ihrer eigenen Läden öffneten. Zum Teil mit Unterstützung des 1970 formell aufgelösten Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) wurden viele andere Läden direkt aus »fliegenden« Büchertischen an Universitäten heraus aufgebaut. Sie hatten feste Öffnungszeiten und entwickelten ein ausgeprägtes revolutionäres Selbstverständnis. Nur hier waren die damals begehrten *Raubdrucke* zu erhalten. Die in einem juristischen Graubereich nachgedruckten Schriften von Wilhelm Reich, Theodor W. Adorno, Michael Bakunin, Walter Benjamin und vielen anderen wurden wie warme Semmeln verkauft. Neben den »Klassikern des Sozialismus« wurden über sie auch die ersten Programme der noch jungen linken Kleinverlage (Neue Kritik, Oberbaum, Trikont) vertrieben. In der Regel hatten ihre Publikationen nicht den Weg in den etablierten Buchhandel geschafft. Vor allem in der akademischen Jugend gab es einen großen Bedarf, sich gesellschaftskritische Texte anzueignen. Man war um das Wissen der marxistischen und psychoanalytischen Theorieproduktion aus der Zwischenkriegszeit bemüht. Damit wollte man anknüpfen an alte Traditionslinien eines intensiven linken Diskurses, der im nationalsozialistischen Deutschland und durch den Antikommunismus der Bundesrepublik verlorengegangen war. Die linken Buchladen- und Verlagskollektive machten diese frühen Texte wieder zugänglich.

19 von ihnen schlossen sich im Oktober 1970 zu einem eigenen *Verband des linken Buchhandels* (VLB) zusammen. Mit diesem Schritt sollten die einzelnen Projekte zusammengeführt, kollektive Eigentumsformen und eigene Vertriebsstrukturen entwickelt werden. Es ging um Fragen der Kontrolle und Koordinierung des linken Buchmarkts. Dabei keine privaten Profite machen zu wollen, verstand sich von selbst. Schließlich sollten mit den (selten!) erzielten Gewinnen weltweit revolutionäre Kämpfe unterstützt werden. Gedanklich in der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik, weithin populäre Melodien der maoistischen Kulturrevolution auf den Lippen oder mit dem Herzen bereits bei den lateinamerikanischen Guerilleros, sahen sich die linken BuchhändlerInnen als integralen Bestandteil einer revolutionären Bewegung. Im Verband wurden Forderungen laut, die Läden direkt revolutionären Organisationen zu unterstellen. Wie so viele andere hatten sie nach den Erfahrungen des Scheiterns der studentischen Revolte in ihrer politischen Aktionsorientierung eine »proletarische Wende« vollzogen. Dabei übernahmen die Einen operaistische Organisationsansätze aus Italien. Andere holten verstaubte marxistisch-leninistische Kaderkonzepte aus der Geschichtstruhe und betrieben »Parteiaufbauorganisationen«. Als Politsekten verliefen sich letztgenannte »K-Gruppen« durch die 1970er Jahre hindurch in besonderen chinesisch-albanischen Welten. Mit ihnen fraktionierte sich die radikale Linke. Der VLB, dessen Mitgliederliste 1971 über 80 Anschriften enthielt, spaltete sich ebenso, als ein Teil der Projekte begann, sich an der Politik der »K-Gruppen« zu orientieren.

### **Kommunikationszentren im Netzwerk: Die Mit- und Endsiebziger Jahre**

Die unmittelbar revolutionären Hoffnungen verflogen bis zur Mitte der Siebziger Jahre. Statt der missglückten betriebsinterventionistischen Konzepte sollte die Veränderung nun im Kleinen beginnen, »Politik und Leben« miteinander verbunden werden. »Autonomie« und »Selbstverwirklichung« waren die Stichworte der Zeit. Die Akteure versuchten, in ihren Überzeugungen und Lebensstilen auch im Alltag »authentisch« zu bleiben. Mit den »Neuen Sozialen Bewegungen« zeigten sich neue kollektive Identitäten. Das linksalternative Milieu erlebte eine breite Differenzierung. Damit einher ging die Gründung neuer Buchläden, in denen man sich zum Beispiel auf Kinderliteratur spezialisierte (*Kinderbuchladen Kreuzberg*, West-Berlin) oder die Frauen nur für Frauen betrieben (*Lillemor's Frauenbuchladen*, München).

Der VLB war seit 1972 politisch und kulturell von jenen »undogmatisch« gewordenen Linken dominiert. Ohne Satzung, Sekretariat oder eingetragenen Sitz entwickelte er sich nach außen zu einem Schutzverband gegen die staatliche und mediale Kriminalisierung der Buchhandelsprojekte als vermeintliche »Sympathisanten« terroristischer Gruppierungen. Regelmäßig war es in den Siebziger Jahren zu Durchsuchungen in Buchhandlungen und Verlagen gekommen. Mit den vom Deutschen Bundestag 1976 in der Novelle des 14. Strafrechtsänderungsgesetzes verabschiedeten §§ 88a (»Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten«) und 130a (»Anleitung zu Straftaten«) StGB erhielten Polizei und Justiz dafür zusätzlich sehr fragwürdige Instrumente in die Hand.

Das eigentliche Verbandsleben fand auf den Treffen des VLB statt. Sie wurden verstärkt dazu genutzt, um sich über Fragen der Professionalisierung oder der Moral in »alternativen Ökonomien« auszutauschen. Denn die noch ganz am Anfang der linken Buchhandelstätigkeit erhobene kulturrevolutionär-marxistische Maxime der »Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit« konnte in den wenigsten Kollektiven erfolgreich umgesetzt werden. Schnell hatte man zudem erkannt, dass selbst ein von Genossinnen und Genossen geführter Laden im real existierenden Kapitalismus auf Wirtschaftlichkeit hin geprüft werden musste. Der anfangs noch alleinige Fokus auf den politischen Gebrauchswert der Literatur in der Sortimentsgestaltung verschob sich sukzessive zugunsten eines stärkeren Tauschwertes der Ware Buch.

Der VLB hatte – je nach Zählweise – in den Siebziger Jahren bundesweit zwischen 100 und 150 Mitgliedsprojekte. Dazu gehörten seit Beginn ebenso Druckereien wie Vertriebe und Verlage. Sie repräsentierten ein breites politisches Spektrum, dessen kleinster gemeinsamer Nenner eine »antistalinistische« Grundhaltung gewesen ist. Die noch heute bekanntesten Verlage im VLB waren in der Mitte der Siebziger Jahre: die SDS-Erben der *Neuen Kritik*, die »Anarchisten« des *Karin-Kramer-Verlages*, die *VSA-»Sozialisten«* und die »Trotzkisten« von *Olle & Wolter*. Auch Vertreterinnen und Vertreter des *Merve* Verlages fanden sich zusammen mit den »libertären Situationisten« von *Nautilus*, aus dem Frankfurter *Roter Stern* und den literarisch bereits renommierten Verlagen *Wagenbach* und *Rotbuch* ein. Nicht zuletzt gesellte sich die Frauenoffensive dazu, welche sich 1975 aus dem Haus der Bewegungsspezialisten des *Trikont*-Verlages heraus verselbstständigt hatte.

Dieser Pluralismus schlug sich auch in den Buchläden nieder. Mit ihren überparteilichen Sortimenten waren sie Literaturdienstleister für die sozialen Bewegungen und politischen Strömungen. Aus Agitationszentralen hatten sie sich Mitte der Siebziger Jahre zu fest installierten Kommunikationsorten und Nachrichtenbörsen innerhalb des linksalternativen Milieus Westdeutschlands entwickelt. Sie bildeten Einkaufsgemeinschaften und standen solidarisch füreinander ein, wenn ein Laden in ökonomische Schwierigkeiten geriet. Im VLB begegneten sich die unabhängigen Verlags- und Buchhandelsprojekte »auf Augenhöhe«. Bis heute ist ihre freiwillige Assoziation in der Geschichte des deutschsprachigen Buchhandels einzigartig. Sie stellte in den Siebziger Jahren zugleich eines der wenigen funktionierenden Netzwerke des undogmatischen Teils der radikalen Linken dar. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts kam es im Zuge der »Alternativbewegung« zu einer Welle neuer Buchladengründungen, vor allem in der sogenannten Provinz (*Zur Schwarzen Geiß*, Konstanz). So segelten Anfang der Achtziger Jahre mindestens 131 Buchläden unter der Flagge des VLB. Mit ihrem Erfahrungsvorsprung konnten die linken Verlage und Buchläden zu dieser Zeit auch selbstverwalteten Projekten aus anderen ökonomischen Bereichen Hilfestellung geben. Viele BuchhändlerInnen brachten ihre Kenntnisse in die Gründung des »Netzwerks Selbsthilfe« ein.

### **Auswege aus den Siebzigern: Von den Achtziger Jahren bis heute**

Als bundesweite Vernetzung entschlief der VLB allerdings um 1980. Er lebte fortan nur noch in kleinen regionalen Diskussionskreisen fort. Die Paralyse der gesamten radikalen Linken im »Deutschen Herbst« (1977) hatte auch ihn erfasst. Zwar wurde noch versucht, an der Repolitisierung der »Alternativbewegung«, zum Beispiel im Rahmen des »Tunix«-Kongresses (1978), teilzunehmen. Doch die aus »1968« heraus erwachsene und den organisierten linken Buchhandel tragende politische Bewegung war größtenteils schon in zu viele Richtungen auseinandergegangen. Viele, die innerhalb des »Roten Jahrzehnts« (Gerd Koenen) aus dem politischen und ökonomischen System der Bundesrepublik herausdrängten, wurden durch die 1980 gegründete Partei *Die Grünen* wieder aufgeammelt. Mit der Hausbesetzerbewegung und den »Autonomen« betraten in den Städten neue Akteure die politische und kulturelle Bühne, die sich ihre eigenen »Infoläden« errichteten. Die Erfahrungswelten zwischen der alten und der neuen politischen Binnengeneration des linksalternativen Milieus waren sehr unterschiedlich.

Zuvor waren im etablierten Buchhandel bereits erste Hemmschwellen gegenüber den Produkten und noch mehr den Themen politischer Kleinverlage abgebaut worden. Die linken Buchläden verloren ihre Alleinstellungsmerkmale. Wer seine Betätigung im linken Buchhandel in einer längerfristigen Perspektive nun zum Beruf machen wollte, musste Auswege aus den Erfahrungen der Siebziger Jahre suchen. So konnten gezielte Sortimentserweiterungen (Belletristik, Fantasy-Literatur, Krimis) genauso beobachtet werden, wie Spezialisierungen in Richtung heute typischer Universitäts-Buchhandlungen (*Heinrich-Heine-Buchhandlung*, Hamburg). Als neuen Zweig etablierten viele zusätzlich ein modernes Antiquariat. Die meisten in den Achtziger Jahren gegründeten Buchläden waren, bis auf wenige Ausnahmen (*Schwarze Risse*, West-Berlin), von vornherein Existenzgründungsprojekte. Alle Versuche, zwischen ihnen eine dem VLB vergleichbare unabhängige Kommunikationsstruktur zu errichten, scheiterten.

Im Jahre 2009 beging der *Rote Stern* in Marburg seinen 40. Geburtstag. Dieses Jahr wird die *Karl-Marx-Buchhandlung* in Frankfurt am Main jenes kritische Alter erreichen. Durch die Siebziger Jahre hindurch gehörten beide Läden zu den Glutkernen des VLB. Seit 1989 sind aus dem Gebiet der alten Bundesrepublik keine neuen Gründungen linker Buchläden mehr bekannt geworden. Im Osten hingegen kam es in einzelnen Städten zu einer Art »nachholender Entwicklung«: Neue, auf Dauer gestellte Projekte gingen aus den lokalen Protestmilieus hervor. Zum Teil bis heute dienen sie ihnen als feste Anlaufstellen (*Buchladen Sputnik*, Potsdam).

Es bleibt abzuwarten, ob zukünftige politische und soziale Bewegungen eine erneute Gründungswelle von Verlagen und Buchhandlungen hervorbringen oder auf die noch verbliebenen zurückgreifen. Und es wird sich dann auch zeigen, ob Bücher im Computerzeitalter überhaupt noch zentrale Wissensvermittler sind.

Eine Auswahl nützlicher Adressen linker Buchläden [mit Ort und Gründungsdatum]:

<http://www.roter-sterne.de/> [Buchhandlung Roter Stern, Marburg, 1969]  
<http://www.karl-marx-buchhandlung.de/> [Karl-Marx-Buchhandlung, Frankfurt am Main, 1970]  
<http://www.roter-buchladen.de/> [Buchladen Rote Straße, Göttingen, 1972]  
<http://www.basis-buch.de/> [Basis Buchhandlung, München, 1972]  
<http://www.frauenliteratur.de/> [Lillemor's Frauenbuchladen, München, 1975]  
<http://www.anagramm-buch.de/> [Der frühere Kinderbuchladen Kreuzberg, Berlin, 1976]  
<http://www.heinebuch.de/> [Heinrich Heine Buchhandlung, Hamburg, 1976]  
<http://www.geiss.de> [Zur schwarzen Geiss, Konstanz, 1977]  
<http://www.schwarzerisse.de> [Buchladen Schwarze Risse, Berlin, 1980]  
<http://www.sputnik-buchladen.de> [Buchladen Sputnik, Potsdam, 2002]

## Der westdeutsche Maoismus und die Partei Die Grünen

Mitte August 2006, knapp zwei Jahre bevor in Hamburg das erste Mal in einem Bundesland eine schwarz-grüne Regierungskoalition das Licht der Welt erblickte, eröffnete das zum Axel-Springer-Konzern gehörende Hamburger Abendblatt einem von ihr als »profilertesten, eloquentesten Politiker der GAL« bezeichneten Bürgerschafts-abgeordneten ihre kostbaren Spalten für ein Interview. Es handelte sich um Wilfried Maier, der es in der Zeit von 1997 bis 2001 in der rot-grünen Koalition zum Stadtentwicklungssenator in der Hansestadt gebracht hatte. Das Interview war fast im Ton einer Parole und zwar unter der Überschrift: »Vom Kommunismus zu Schwarz-Grün« annonciert, und als Gesprächsthema wurde offeriert, dass sich Maier »über seine politische Laufbahn und die Perspektiven der Grünen in Hamburg« äußern wolle. Dem Abendblatt-Redakteur war sicher die Tatsache bekannt, dass der Bürgerschafts-abgeordnete Maier in den Jahren 1973 bis 1976 als leitender Redakteur der Kommunistischen Volkszeitung amtiert hatte, die als Zentralorgan der größten westdeutschen maoistischen Gruppe in der BRD der 70er Jahre dem Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) fungierte. In diesem Sinne eröffnete er auch das Interview mit folgender Frage: »Herr Dr. Maier, Sie haben Ihre politische Karriere beim Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW) begonnen. Heute wollen Sie die Grünen in eine Koalition mit der CDU führen. Wie legt man einen so weiten politischen Weg zurück?« Maier parierte diese Frage umgehend mit einer Richtigstellung: »Ich war in den 60er-Jahren zuerst in der SPD, dann im KBW.« Voila! Die der Frage des Abendblattredakteurs zugrunde liegende Figur des »weiten politischen Weges« im Sinne einer Linie setzte Alt-Maoist Maier gewissermaßen die Figur eines Kreises entgegen. Nicht er hatte sich von irgendetwas entfernt, sondern es sollte so scheinen, als wäre er fast wieder dort angekommen, wo er einst aufgebrochen war. Auch das zeigt: Irgendwann in den frühen 80er Jahren grün-alternativ gewendete Maoisten der 70er Jahre sind auch noch im 21. Jahrhundert für intellektuelle Überraschungen gut. (Meyer-Wellmann, 2006)

Die Präsenz von vormaligen Maoisten als Funktionsträger in der Partei der Grünen verweist auf die wechselvolle Gründungsgeschichte dieser Partei, die auf die Jahre zwischen 1977 bis Anfang März 1983 datiert werden kann. In der Zusammensetzung ihres Personals kam es dabei zu einem eigentümlichen Kommunikationsgemenge zwischen Naturschützern, enttäuschten Sozialliberalen, undogmatischen Linken, Konservativen, Nazis und Maoisten. In diesem Zeitraum wurden im politischen Umfeld der in die Zehntausende gehenden Massenbewegung gegen den Bau und Betrieb von Atomanlagen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg zunächst die ersten lokal orientierten grünen, bunten und alternativen Listen gegründet, ein Prozess der Anfang Januar 1980 in der Karlsruher Stadthalle in die Gründung der bundesweit organisierten Partei Die Grünen durch mehr als 1 000 Delegierte mündet. Diese Partei zieht schließlich Anfang März 1983 mit rund 2,2 Millionen Wählerstimmen in den Bundestag ein. Damit wird erstmals die seit Beginn der 60er Jahre im Bundestag existierende Dreiparteienkonstellation aus CDU/CSU, FDP und SPD aufgesprengt.

Für den Zeitraum der Jahre 1977-83 existierten acht wesentliche maoistische Gruppen. Sechs davon waren in den Jahren zwischen 1968 und 1973 gegründet worden. Der Reihe nach waren das: 1968 die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML), 1970 – zunächst als »Aufbauorganisation« (AO) – die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) in West-Werlin, 1971 der Kommunistische Bund (KB) in Hamburg, 1972 der Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands (KABD), 1973 der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) in München und der Kommunistische Bund Westdeutschlands (KBW) in Frankfurt/Heidelberg. Nach der Beschreibung von Michael Steffen gewinnen die K-Gruppen »ihre politische Identität im Rahmen des chinesischen Bezugssystems«. Von hier aus grenzten sich diese Gruppen in einem formalen Sinne »in dreierlei Hinsicht ab: 1. gegen die antiautoritäre Bewegung, der sie zumeist entstammten und die ihnen ideologisch den Weg gewiesen hatte (Internationalismus, Avantgardekonzeption, maoistische Affinität); 2. gegen den »modernen Revisionismus«, wie es im Vokabular der chinesischen KP hieß, d. h. gegen das Lager des Staatssozialismus sowjetischen Typs und die ihm verbundenen Parteien im Westen, insbesondere gegen die 1968 »neu konstituierte« DKP; und 3. in teilweise scharfer Konkurrenz zu den anderen K-Gruppen.« (M. Steffen 2008) Die Theorie und Praxis dieser Gruppen in den 70er Jahren forderte eine generelle Kritik der Warenproduktion heraus, verkündete die permanente Rebellion, favorisierte eine völlig unhinterfragte Legitimation von Militanz und Volkskrieg, und transportierte einen klassenunspezifischen Volksbegriff. (Vgl. Hanser 2008) Von 1973 bis zum Jahr 1977

können die genannten Gruppen ihre gesamte Mitgliederzahl mehr als verdoppeln. In ihrer Hochphase 1977 werden ihnen fast 7 000 organisierte Mitglieder zugeschrieben. Drei maoistische Parteien (KPD/ML, KPD/AO und der KBW) hatten in den Jahren zwischen 1974 bis 1976 Erfahrungen mit der Teilnahme an Landtags- und Bundestagswahlen gesammelt. Der KPD/AO und dem KBW gelang es bei der Bundestagswahl 1976 etwas über 40 000 Stimmen zu gewinnen – insofern agierten sie im Ergebnis nur bedingt erfolgreich. Gleichwohl war ihre aktivistische Präsenz im Straßenbild der BRD Grund genug für die CDU/CSU, im Anschluss an die massenmilitante Anti-AKW-Demonstration in Grohnde eine Verbotsdiskussion der K-Gruppen anzustoßen. Dagegen gelang es dem KBW gemeinsam mit der KPD/AO und der KPD/ML am 8. Oktober 1977, eine Großdemonstration in Bonn unter dem Motto: »Der Marxismus-Leninismus lässt sich nicht verbieten« zu organisieren. An ihr beteiligten sich rund 20 000 Menschen– und dabei war von dem aktionsstarken KB in Hamburg noch gar nicht mitmobilisiert worden. (Vgl. Jacob 1997)

In den Jahren zwischen 1977 bis 1983 kommt es zu der dynamischen Ausbreitung und enormen Mitglieder gewinnen der Partei der Grünen – die Mitgliederzahl von Ende Oktober 1979 in Höhe von 2 800 Personen verneunfachte sich bis in das Jahr 1983 auf 25 000 Mitglieder. Im gleichen Zeitraum kommt es zu einer Halbierung der Mitgliedschaft in den maoistischen Gruppen auf unter 3 000. Während für die hauptsächlich in den beiden südlichen Bundesländern beheimateten Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands und dem Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD der Entstehungsprozess der Grünen Partei überhaupt keine Rolle spielt, lösen sich parallel dazu zwei maoistische Gruppierungen ganz auf, die KPD/AO und der KBW. Eine weitere Gruppierung, der KB aus Hamburg, spaltet sich explizit an der Frage der politischen Einschätzung und des Charakters dieser Partei. Ein aus dem KB hinausgeworfener Minderheitenflügel, die sogenannte Zentrumsfraktion, kurz Gruppe Z, arbeitete von Spätherbst 1979 bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1984 explizit in der Partei Die Grünen mit. In organisierter Weise war lediglich der Kommunistische Bund als auch die KPD/AO an den Gründungsauseinandersetzungen der Grünen beteiligt. Im Zusammenhang mit der grün-alternativen Wahlbewegung vorwiegend in den Jahren 1978-80 gelang es dem KB in Hamburg zusammen mit über 100 Bürgerinitiativen die »Bunte Liste – Wehrt euch« zu gründen, die mit 3,7 Prozent einen Erfolg realisierte. Die KPD gründete und trug in Westberlin die Alternative Liste, die bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im März 1979 aus dem Stand 3,9 Prozent der Stimmen erreichte. Sowohl bei diesen Landtagswahlen als auch bei der Bundestagswahl 1980 kandidierten der KBW und die KPD/ML mit separaten Listen, was darauf verweist, dass für diese beiden Organisationszusammenhänge die Partei der Grünen damals noch irrelevant war. Der Parteivorsitzende der KPD/ML, Ernst Aust, erklärte im Sommer 1979, dass keine Rede davon sein könne, »dass sich die Bunten, Alternativen etc (...) auf den Standpunkt des Proletariats« stellten, und er benannte grüne Aktivisten u. a. als »Industriefeinde«, »Homos, Randgruppenideologen.« (Aust: 1979) In der Folge kritisierte die KPD/ML die Grünen als »Feinde der Arbeiterbewegung«, die mit der Forderung nach »Senkung des Lebensstandards (einen) Angriff auf den sozialen Besitzstand der Werktätigen vorbereiten.« (Roter Morgen 1980)

Auch wenn die aggressive Ablehnung der KPD/ML gegen die Grünen darauf verweist, dass der organisierte Maoismus nicht in Gänze in diese Partei hinein diffundiert ist, so verläuft die Erosion des Maoismus doch parallel zum Aufstiegsprozess der Grünen. Nach Steffen ging »eine breite Unterströmung« des bundesdeutschen Maoismus »in die Grünen ein«. (Steffen 2008)

Gemessen an den Maßstäben der Ideologieproduktion ist der Verwandlungsprozess einer Vielzahl von maoistischen Aktivisten in Mitglieder und dann Funktionsträger der Partei Die Grünen verblüffend. In der auf der Gründungsversammlung in Karlsruhe verabschiedeten Satzung, die bis ins 21. Jahrhundert hinein Gültigkeit besaß, heißt es u. a. in der Präambel, dass die »Grundrichtung« der Partei »ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei (...) geprägt« sein solle. Die Arbeit der Partei werde sich »im Rahmen des Grundgesetzes« vollziehen, und dort wo »keine hinreichenden Voraussetzungen für die Verwirklichung ihrer Ziele« gegeben seien, wolle man sich »für die Weiterentwicklung der verfassungsrechtlichen Grundlagen einsetzen«. Nur durch »die Bereitschaft für eine Evolution (...) können Kriege und Zerstörung in Zukunft verhindert werden.« (Schroeren 1990: 234) Was für ein intellektueller Absturz aus dem chinesischen Referenzsystem des militanten Antiimperialismus und der Weltrevolution in die eigentümliche alt-deutsche Zwergenwelt des grünen Milieus! Man versuche sich nur einmal vorzustellen, auf einer Zusammenkunft von Maoisten gerade einmal drei Jahre vor dem Karlsruher Gründungsparteitag hätte ein Basis-Aktivist das als eine ernst gemeinte politisch programmatische Perspektive für die kommenden Jahre vorgeschlagen – auch von heute aus, wäre allen Beteiligten nur ein brüllendes Gelächter in Erinnerung.

Das vormalige Engagement von maoistischen Aktivisten in den Grünen ab Anfang der 80er Jahre ist sowohl von der zeitgenössischen bürgerlichen Publizistik, aber auch in sozialwissenschaftlichen Kompendien immer wieder gestreift und zuweilen in deutlich antikommunistischer Diktion ausgeleuchtet worden. (Vgl. besonders die Arbeit des Verfassungsschutzautors R. van Hüllen 1990) Schon während des Gründungsparteitages im Januar 1980 in Karlsruhe kursierte von rechten Grünen eine Namensliste von sechzig Aktivisten, die den Maoisten zugerechnet wurden. (R. Stöss/L. Klotzsch 1984, S. 1534) Drei Tage, nachdem die Alternative Liste im Mai 1981 in West-Berlin ins Abgeordnetenhaus und mit 55 Mandaten in eine ganze Anzahl von Bezirksämtern eingezogen war, informierte die Berliner Morgenpost darüber, dass es sich bei 14 von ihnen um Kommunisten handele. (Berliner Morgenpost, 13.5.1981) Als die Grünen im Sommer 1982 in Hamburg und in Hessen im Verlaufe des Jahres 1985 in Tolerierungs- und Koalitionsgespräche mit der SPD eintraten, meldete sich gleich das Bundesamt für Verfassungsschutz mit entsprechenden, an die Presse gestreuten Personendossiers zu der ungehörigen Vita einzelner Funktionsträger zu Wort. (SPIEGEL Nr. 29/1982; Wagner 1985) So erfolgt im Verlauf der 80er Jahre im Zusammenhang mit der Partei Die Grünen quasi eine Veröffentlichung der Namen einer ganzen Reihe von maoistischen Aktivisten aus den 70er Jahren, die zuvor allenfalls lokal bekannt gewesen waren. Die dabei allerdings in den 80er Jahren aus konservativen Kreisen in Umlauf gesetzten Kolportagen, die Grünen würden durch Maoisten unterwandert, sind absurd. (Vgl. Fogt) Es ist einfach eine logische Unmöglichkeit, etwas zu unterwandern, was man doch selber mitgegründet und aufgebaut hat. Hier feiert das reaktionäre Raunen von »Einmal Kommunist – immer Kommunist!« fröhliche Urständ.

Die Präsenz von 70er-Jahre-Maoisten in den Grünen übt bis in die Gegenwart einen gewissen Publikationsreiz aus, vielleicht weil es immer eine besondere Note besitzt, wenn sich Rebellen in Staatsadministratoren verwandeln. (Vgl. Zolling 1997) Nicht ganz frei von Komik ist dabei allerdings ein Wutausbruch in einem Beitrag des Chefredakteurs des Neuen Deutschlands, Jürgen Reents, über den fortgesetzten »deftigen Antikommunismus gegenüber der DDR« durch ehemalige maoistische Mitstreiter aus der von ihm ganz wesentlich mitgegründeten Partei der Grünen. Da nun aber, so Reents weiter, »solche Herkünfte in den Biografien, etwa auf der Website von Parlamenten, in aller Regel verschwiegen werden« wolle man hier »die Top Ten der Ex-Maoisten bei den Grünen« nennen. Wie es der Zufall will, finden sich in der Namensliste zwar neben acht Ex-Mitgliedern des KBW noch zwei Ex-Aktivisten der KPD/AO., doch mit Ausnahme der Selbstbenennung von Reents fanden weitere Ex-Mitglieder des Kommunistischen Bundes keine Aufnahme – ein nachgeholter maoistischer Fraktionsstreit im 21. Jahrhundert. (Reents 2008)

Setzt sich nun der Maoismus in den Grünen fort oder bricht er dort ab? Was sagt die Geschichte der Grünen über den Maoismus, und was sagt die Geschichte des Maoismus in der Bundesrepublik über die Konstitution der Grünen? Völlig unhistorisch wäre es allemal für eine Vielzahl von maoistischen Aktivisten, die ihr politisches Engagement in den Grünen fortgesetzt haben, gewissermaßen politisch eine Stunde Null zu unterstellen, so dumm waren sie weder vorher noch nachher. Eine Hypothese über eine Fortsetzung maoistischer Politik in den Grünen bis auf den heutigen Tag wäre in diesem Fall ein machiavellistischer Zugang dazu, für die die Fähigkeit zu chamäleonähnliche, Verwandlungen und Anpassungsleistungen ein hohes Gut sind. Vom Politologen Rasche wurde das in den frühen 90er Jahren mit dem Begriff »flexibel« affirmiert. (Raschke 1993: 473)

In einem Bericht in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zu den 30-jährigen Jubiläumsfeierlichkeiten der Partei wird zwar einerseits die Leistung der in der Partei wirkenden »Altrevolutionäre«, die als »frühere Angehörige solcher K-Gruppen« benannt werden, hervorgehoben: »Offensichtlich hat die neue Partei von dem Macht- und Organisationswissen dieser Leute profitiert. Es kann kein Zufall sein, dass so viele von ihnen später hohe Partei- und Staatsämter in Bund und Ländern eroberten. Allein mit Bürgerbewegten wäre die Partei wahrscheinlich bald im eigenen Chaos erstickt.« Andererseits konstatiert der FAZ-Autor etwas missmutig, dass es scheine, »als schlepten die Grünen da (...) noch ein Stück unaufgearbeiteter Vergangenheit mit sich herum.« (Löwenstein 2010)

Noch einmal zurück zu der eingangs zitierten Interview-Sequenz mit Wilfried Maier. Unmittelbar nach dem Eingeständnis seines SPD- und KBW-Engagements erklärt er dort: »Ich schäme mich heute für die Art, wie wir damals Politik gemacht haben.« Diese privatförmige Aussage illustriert nicht nur die märchenhafte Erzählung von der Demokratie, die noch stets für den reumütigen Rebellen dann Platz hat, wenn er sich selbst intellektuell zur Strecke bringt. Doch das war im Prinzip auch vor dem Interview bekannt. Man stelle sich aber nun einmal vor, Senator a. D. Maier hätte sich in diesem Interview für seine engagierte Unterstützung des ganz offenkundig jenseits aller verfassungsrechtlichen Grundlagen durchgeführten Kosovo-Krieges im Frühjahr des Jahres 1999 »geschämt«. Die Präambel des auf der Karlsruher Gründungsversammlung 1980 beschlossenen Programms sei-

ner eigenen Partei hätte ihm dafür Richtschnur sein können, die immerhin bis ins Jahr 2002 hinein Gültigkeit besaß. Wie mag es nur dazu gekommen sein, dass ihn die »Grundrichtung« der Partei im Sinne einer »ökologisch, sozialen, basisdemokratisch gewaltfreien« Prägung, da nur durch »die Bereitschaft für eine Evolution (...) Kriege und Zerstörung in Zukunft verhindert werden« können, nicht erreicht hat? Ob es sein kann, dass Wilfried Maier, der 1980 zu den Gründungsmitgliedern der Grünen in der Hansestadt zählte, schon damals über diese kauzige Prosa geschmunzelt hat? Allemal wird ein Restbestand an maoistischer Volkskriegssozialisation wie Strategie aus den 70er Jahren seiner »Bereitschaft für eine Evolution« in der Kosovo-Kriegs-Frage im Weg gestanden haben. Die Figur des westdeutschen Maoisten der 70er Jahre in der BRD lässt sich unter Umständen mit dem Begriff des Zwitterwesens fassen: In ihr haben sich dann sowohl der Rebell wie auch der zukünftige Staats-administrator in einer Person vereinigt. Die Geschichte der in Grüne anverwandelten Maoisten ist trotz eines blendenden Farbwechsels von Rot auf Grün noch lange nicht erledigt.

Für anregende Diskussionen zu diesem Beitrag danke ich Uwe Sonnenberg und Gerhard Hanloser

## Literatur

- Aust, Ernst: Die Grünen, die Bunten, die Spontis und wir. Auszüge aus dem Referat (...) vor dem 3. Plenum des ZK der KPD/ML, in Roter Morgen Nr. 27 vom 6.7.1979, S. 3
- Bornhöft, Petra /Plötzl, Norbert F./Rosenkranz, Gerd /Voigt, Wilfried: Salz in der grünen Suppe/Wieweit die Altkommunisten die Ökopartei infiltrierten, dominierten und finanzierten, in DER SPIEGEL Nr. 5 vom 29.1.2001, S. 78-79
- Fogt, Helmut: Die GRÜNEN und die neue Linke. Zum innerparteilichen Einfluss der organisierten Linksradikalismus, in: Manfred Langner, Die Grünen auf dem Prüfstand/Analyse einer Partei, Köln 1987, S. 129-208
- Hanser, Walter: Kurs wohin? In der Krise der 68er-Bewegung wird der große Steuermann Mao entdeckt, in Junge Welt vom 15.12.2008
- Jacob, Günther: Wer gewinnt wen? Vor 20 Jahren wollte die CDU die marxistisch-leninistischen Gruppen verbieten, in Jungle World Nr. 42 vom 9.10.1997
- Klotzsch, Lilian/Stöss, Richard: Die Grünen, in Richard Stöss (Hg) Parteienlexikon, Opladen 1984, S. 1509-1598
- Löwenstein, Stephan: Trau keinem über dreißig!, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 12.1.2010
- Meyer-Wellmann, Jens: Vom Kommunismus zu Schwarz-Grün, in Hamburger Abendblatt vom 14. August 2006
- O. N.: »Grün und Braun gehen gut zusammen« Faschistische Unterwanderung bei den Grünen, in Roter Morgen Nr. 2 vom 11.1.1980, S. 13
- O. N.: GRÜNE Wahnsinnig normal, in DER SPIEGEL Nr. 29 vom 19.7.1982, S. 34-35
- Raschke, Joachim: Die Grünen – was sie wurden, was sie sind, Köln 1993
- Reents, Jürgen: Grüne Ex-Maoisten – Das Feindbild DDR blieb ihnen erhalten, in Neues Deutschland vom 25.2.2008
- Schroeren, Michael: Die Grünen 10 bewegte Jahre, Wien 1990
- Steffen, Michael/Flörshheimer, Michael: K-Gruppen. In: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM), Bd. 7/1 Kaderpartei bis Klone, Hamburg 2008, S. 622-627.
- van Hüllen, Rudolf: Ideologie und Machtkampf bei den Grünen, Bonn 1990
- Wagner, Joachim: Neuer Skandal in Bonn: Auf CDU-Bestellung lieferte der Verfassungsschutz Material über grüne Parlamentarier. Eine schwarze Seilschaft im Kölner Bundesamt stand zu Diensten./Verkappte Staatsfeinde oder unbequeme Demokraten?/Wie der Verfassungsschutz die Grünen beobachtet, in die ZEIT Nr. 52 vom 20.12.1985
- Zolling, Peter: K-GRUPPEN Wende-Genossen Vom Bürgerschreck zum Bourgeois – wie die Politsekten zerfielen und wo sich die Mitglieder etablierten, in FOCUS Nr. 37 vom 8.9.1997

## **Frühe Debatten um Rassismus und Antisemitismus in der (Frauen- und) Lesbenbewegung in den 1980er Jahren der BRD\***

Die Lesbenbewegung der 80er Jahre war geprägt von politischem Protest und Widerstand gegen Militarismus, Naturzerstörung, Atomkraft, Gen- und Reproduktionstechnologien, aber auch und immer wieder vom Kampf gegen Männergewalt gegen Mädchen, Frauen und Lesben. Während in den 70ern Frauenidentifikation, Feminismus und für viele auch »lesbisch« zu Synonymen für eine umfassende persönliche und politische Identität geworden waren, kritisierten seit den 80ern viele Lesben – so die Soziologin Sabine Hark –, die »Eingeschränktheit dieser Perspektive«. Mit der Kritik ging der berechtigte Vorwurf einher, die Erfahrungen einer bestimmten Gruppe von Lesben (vor allem derjenigen, die aus der weißen Mittelschicht kommen) zu verallgemeinern und so alle »anderen« auszuschließen und deren Erfahrungen unsichtbar zu machen. Dies provozierte Reaktionen wie auch neue Möglichkeiten, so die Sozialwissenschaftlerin: »Die durch den Feminismus gewonnene relative Selbstverständlichkeit von Lesbischsein schuf andererseits Raum für neue Entdeckungen und Artikulierung anderer Identitäten, die nicht im Lesbischsein aufgingen. Hier entsteht ein politischer und sozialer Kontext, in dem (lesbische) Frauen versuchen Differenz als politische Kategorie für den Feminismus fruchtbar zu machen.« Unterschiede (oder auch Differenzen) zwischen (Frauen)Lesben wurden in den Mittelpunkt lesbenbewegungsinterner Debatten gerückt und – nach ausschließlich sozialistisch motivierten Klassismusüberlegungen in den 70ern – verstärkt die Verstrickungen in unterschiedliche Herrschaftsverhältnisse diskutiert, v. a. Antisemitismus und Rassismus. Eine kritische Re-Konstruktion dieser frühen Diskussionen in der (Frauen- und) Lesbenbewegung steht noch weitgehend aus. Die 80er wurden zur Zeit der »Reklamierung bisher ausgegrenzter Identitäten«, der »Mehrfachidentitäten« – die »Bindestrich-Lesbe« prägte die Lesbenszene/n. Dazu zählten v. a. schwarze Lesbe, afro-deutsche Lesbe, jüdische Lesbe, die Krüppel-Lesbe, Anti-Imp-Lesbe (Anti-Imperialismus-Lesbe) und die Proll-Lesbe (oder Prolo-Lesbe), aber auch eher Lebensstil orientierte Identifikationen wie Motorrad-Lesbe, Leder-Lesbe, SM-Lesbe, Land-Lesbe, Spiri-Lesbe oder Lipstick-Lesbe (»Lipstick« – Disco in Berlin). Der Rekurs auf die sich neu und explizit artikulierenden Mehrfachidentitäten und damit auch soziale Zugehörigkeiten ging einher mit Auseinandersetzungen über Ungleichheit, Privilegien, Macht und Herrschaft – auch *in* »der« Bewegung.

### **Diskussionen um Antisemitismus und Rassismus – erste Zusammenschlüsse: *Schabbeskreis* (1984 – 1989) und *Adefra* (seit 1986)**

Bereits im Jahr 1980 sollte in Berlin eine Gruppe lesbischer Migrantinnen gegründet werden: Im Zuge des Kongresses *Arbeitsemigrantinnen und deutsche Frauenbewegung*, der im Februar 1980 in Frankfurt am Main tagte, lernten sich zwei lesbische »Ausländerinnen« der 1. und 2. Generation mit türkischem und spanischen Hintergrund kennen. Das Bedürfnis, über »Identitätsfindung« und »Identitätsprobleme« als Migrantin und Lesbe zu sprechen, war groß. Da allerdings auf der Tagung »ausländische Lesben« kein Thema waren, planten sie mit zwei anderen lesbischen Frauen eine Arbeitsgruppe als lesbische »Ausländerinnen« und trafen sich mindestens einmal im Berlin-Kreuzberger *Café Orlanda*. Nachweislich im Sommer oder im Herbst 1981 gründete sich in Berlin eine Frauengruppe, die sich persönlich mit Antisemitismus und Rassismus beschäftigte und wenigstens einige Wochen im *Frauencafé Winterfeldt* zusammenkam. Auf diese Gruppe machte eine der Mitfrauen, Dagmar Schultz, in einem Abschlussgedanken im Rahmen ihrer Besprechung einer antirassistischen Frauen-Tagung in den USA aufmerksam. Außerdem stellte sie in ihrem *Courage*-Artikel von 1981 – »Dem Rassismus in uns begegnen« – viele Fragen, die die Diskussionen um Rassismus und Antisemitismus in der bundesdeutschen Frauenbewegung entfachen sollten. Kurz davor war der wahrscheinlich erste Text in einem frauenbewegten Printmedium zu Rassismus in der BRD – ausschließlich bezogen auf Rassismus gegen Sinti und Roma (heute Antiziganismus genannt) – von Gisela Bock erschienen, ebenfalls 1981 in der Frauenzeitschrift *Courage*; er war mit »Den Rassismus in uns erkennen« überschrieben. Wenige Jahre später fand im März 1984 der *1. Gemeinsame [r] Kongreß ausländischer und deutscher Frauen* statt. Im Aufruf heißt es u. a.: »Ausländerin zu sein, d. h. direkte Entmündigung und Unterdrückung in dreifacher Hinsicht: als Ausländerin, als Lohnabhängige und als Frau. [...] In nahezu allen Bereichen werden wir als Ausländer(innen) ausgegrenzt und besonderen Bestimmungen unterworfen. [...] Das Unrecht gegen die Ausländische Frau ist ein Unrecht gegen alle Frauen!«

Kritik am Rassismus von »Anderen«, die man z. B. im Kontext der Solidarität mit der politischen Gefangenen Angela Davis, einer afro-amerikanischen Bürgerrechtlerin und Autorin, an der US-Justiz übte, wurde bereits früher in der Frauen- und Lesbenbewegung thematisiert. Dies gilt ebenso für die Rassismus-Kritik am Apartheid-Regime in Südafrika und wohl auch für die Verurteilung von Alt- und Neonazis. Zumeist waren es solche Weit-von-uns-weg-Rassismen, die skandalisiert wurden.

Erste Auseinandersetzungen von weißen FrauenLesben über den *eigenen* Rassismus und den Rassismus in der (Frauen- und) Lesbenbewegung wurden jedoch erst zu Beginn der 80er Jahre geführt – zunächst wahrscheinlich im Rahmen der vor allem von Lesben getragenen feministischen und antimilitaristischen Frauenwiderstandscamps, die von 1983 bis 1993 im Sommer im Hunsrück stattfanden und an denen in den ersten Jahren bis zu 2 000 FrauenLesben teilnahmen. Zeitzeuginnen erinnern sich an Widerstandscamp-Debatten zwischen 1984 und 1986, in denen es um rassistische Sprache wie auch um Sozialisation und deren Folgen ging; auf dem (aus den Hunsrück-Wochen entstandenen) »Asphalt-Camp« zu Widerstand im Alltag im November 1984 in Berlin gab es eine AG zum Thema »Unser Rassismus!«, über deren Inhalte jedoch nichts überliefert ist.

1985 schreibt Margit Kuhnle unter der provokanten Überschrift »Unser Rassismus. Wir sind noch ganz am Anfang« in der Dokumentation der Frauenwiderstandscamps darüber, dass es das eine sei, »Rassismus als Teil eines politischen Systems« zu erkennen, »[i]n mir selbst dieses System wiederzufinden, mein eigenes rassistisches Verhalten anzusehen und daran etwas zu verändern, ist das andere.« Ursula Kornfeld berichtet in derselben Dokumentation über ihre Erfahrungen im US-amerikanischen Widerstandscamp in Seneca Falls, wo ihr erstmals die »Frage des Rassismus« und auch des Antisemitismus begegnete. Dort machte sie sich gelerntes rassistisches Verhalten bewusst, ebenso das Unsichtbarmachen von »people of color« und realisierte den weißen Wunsch, von Schwarzen »aufgeklärt werden [zu] wollen«, anstatt sich selbst zu informieren und Gedanken zu machen. Sie zitiert Publikationen aus den USA, die noch bis in die 90er Jahre diskutiert wurden: Die Auseinandersetzungen in der Lesbenbewegung über die englischsprachigen Texte und Bücher v. a. von Gloria Anzaldúa, Evelyn Torton Beck, Jo Carrillo, Angela Davis, Gloria I. Joseph, Audre Lorde (1934-1992), Cherrie Moraga, Adrienne Rich und Barbara Smith lieferten neues Wissen v.a. über schwarze und jüdische Feminismen, erweiterten den persönlichen und politischen Horizont der dominanten, weißen Bewegungsaktivistinnen und inspirierten zu neuen Diskussionen in der Bewegung. Gelesen wurden u. a. *This Bridge Called My Back. Writings by Radical Women of Color* (1981), *Nice Jewish Girls. A Lesbian Anthology* (1982) und *Home Girls. A Black Feminist Anthology* (1983).

Die Konsequenzen aus der bis dahin charakteristischen Unwissenheit über Schwarze FrauenLesben und Schwarzen Feminismus analysiert Katharina Oguntoye in einem Artikel in der *Afrekete, Zeitung für afro-deutsche und schwarze Frauen* 1989: »Bei weißen Frauen führte dieses Nichtwissen zu einer expliziten Annahme, es gäbe keine schwarzen feministischen Theoretikerinnen und habe sie auch nie gegeben. Ich halte diese Einschätzung für bedauernswert falsch und verhängnisvoll für den weißen feministischen Erkenntnisvorgang und für die größte Blockierbremse der gesamten Frauenbewegung.« 1983 gab Dagmar Schultz im *sub rosa Verlag* (später *Orlanda-Frauenverlag*) unter dem Titel *Macht und Sinnlichkeit* Gedichte und Texte von der Afro-Amerikanerin Audre Lorde und der weißen, US-amerikanischen Jüdin Adrienne Rich heraus, Michelle Cliff leitete sie ein. Das Buch über Antisemitismus, Rassismus und Frauenliebe erschien in mehrfacher Auflage und wurde breit diskutiert – insbesondere die leicht gekürzte deutsche Erstübersetzung von Richs »Zwangsheterosexualität und lesbische Existenz«. Audre Lordes Text »Vom Nutzen unseres Ärgers« aus dem Band etablierte die mit »Wissen und Energie« geladenen Emotionen Wut und Zorn als »Quelle des Fortschritts« und der »Stärke« und zielte auf radikalen Wandel aller dem Leben zugrunde liegenden Einstellungen. Sie schrieb: »Meine Antwort auf Rassismus ist glühender Ärger [...]. Aus meiner Angst vor diesem Ärger habe ich nichts gelernt. Aus eurer Angst vor diesem Ärger werdet ihr auch nichts lernen.« Und weiter formulierte Audre Lorde in der ihr eigenen poetischen und bildhaften Sprache: »Schuldgefühle und Verteidigungshaltungen sind die Steine einer Mauer, an der wir alle zer-schellen werden«.

Schuld und Verteidigung waren genau die beiden Aspekte, die die Auseinandersetzung um Rassismus und Antisemitismus in der Lesbenbewegung der 80er (und auch der 90er) prägten. Zu ihnen gesellten sich des weiteren Ignoranz und nicht selten fehlender Respekt und mangelnde Offenheit. Frühe Debatten um Antisemitismus sind ebenfalls von den Frauenwiderstandscamps im Hunsrück bekannt – spätestens aus dem Jahr 1986: Die FrauenLesben stritten über die Vereinnahmung und gleichzeitige Unsichtbarkeit insbesondere von US-amerikanischen Jüdinnen und deren politischen Kämpfen. Anlass war das Foto einer Bezugsgruppe christlicher und weißer jüdischer US-Amerikanerinnen des *Womyn's Peace Camp* in Seneca Falls/USA auf dem Plakat des Hunsrück-Camps 1986. Außerdem tastete sich eine Kleingruppe des Hunsrückcamps 1986 über die Beschäftigung mit Familien-

geschichte – ohne dies jedoch schon genauer benennen zu können – auch an die eigene Verstrickung in Strukturen heran, die den Nationalsozialismus möglich gemacht haben, wie sich eine Zeitzeugin erinnert.

Den vermutlich ersten Text, der sich mit Antisemitismus in FrauenLesben-Zusammenhängen – nicht nur, aber auch – im Kontext des deutschen Faschismus beschäftigte, publizierte Ursula Kornfeld in der Camp-Dokumentation 1985, was auf frühere Diskussionen auch auf dem Camp schließen lässt. Anlass des Textes war für sie die Reflexion der Auseinandersetzungen mit ihrer jüdischen Co-Counseling-Partnerin in einer Gruppe in Philadelphia vor dem Hintergrund ihrer deutschen Herkunft. Der erste breite (lesben-)öffentliche Höhepunkt der Debatte um Antisemitismus in der Lesbenbewegung zeigte sich beim Berliner *Lesbenwochen*-Debüt 1985. Während der Podiumsdiskussion »Mitten ins Herz oder an der Leidenschaft vorbei« kam es zum Eklat: Auf ein Statement der Podiumsteilnehmerin Beatrice Trampenau, die auf die Mitarbeit von Lesben in Institutionen und Organisationen wie Gewerkschaften einging, um diese von innen heraus zu verändern, antwortet Magliane Samasow: »Ich bin aber zuallererst Lesbe, wir Lesben sind ein Volk und ich will für mein Volk arbeiten.« Vor allem jüdische Lesben aus dem Publikum protestierten nach diesem Statement der Podiumsdiskutant. Sie machten neben ihrer Kritik an dem »Volks«-Begriff deutlich, dass der hier propagierte radikale lesbische Separatismus andere Zugehörigkeiten und Bündnis-Notwendigkeiten sowie die dahinter stehende Herrschaft und Unterdrückung ausblendet. Die Debatte wurde vom Podium aus abgewürgt: »Es ist klar, daß sich hier alle Frauen auf dem Podium vom Faschismus distanzieren, diese Diskussion ist nicht angebracht.« Sabine Hark spitzt diese Strategie, Antisemitismus in der Bewegung zu negieren und die exklusive lesbische Selbstbezüglichkeit auf das »scheinbar Gemeinsame« rückblickend 1990 kritisch zu: »Wir haben uns mit der Geschichte Deutschlands auseinandergesetzt. [...] Wir haben uns nichts vorzuwerfen. [...] [D]ie politische und persönliche Herausforderung, die in der Forderung nach Realisierung der Differenz liegt [wird abgewehrt]. Unsichtbar bleiben darin auch die beteiligten Frauen in ihrer Vielheit und Verschiedenheit. Die Differenzen zwischen UNS wirken so eher als Spaltung und Zersplitterung denn als ›Quelle von Macht‹ (Audre Lorde).«

Auch die gestoppte Plenumsdiskussion auf der *Lesbenwoche* sorgte für Widerworte. Möglicherweise waren die Reaktionen der jüdischen Lesben so lautstark, da sie an Selbstbewusstsein und an Stärke als Jüdinnen gewonnen hatten: Denn bereits im Sommer 1984 war in Berlin der lesbisch-feministische *Schabbeskreis* gegründet worden. Den Zusammenschluss zunächst jüdischer FrauenLesben, später auch mit Nichtjüdinnen, teils mit, teils ohne Migrationshintergrund, der bis Sommer 1989 bestand, beschreibt Maria Baader (heute: Ben Maria Baader) als den befreienden »Ort meines jüdischen Coming-outs (...). [Ich stand] (...) zum ersten Mal in meinem Leben in einem Zusammenhang und hatte einen Platz, auch als Lesbe und Linke«.

Für die erste *Lesbenwoche* 1985, auf der es zu dem Antisemitismuskonflikt gekommen war, hatte der *Schabbeskreis* eine eigene Veranstaltung angemeldet, um seine Arbeit vorzustellen – weitere folgten. Das Prinzip des Ablaufs war dabei immer dasselbe. Maria Baader schildert ihn so: »Das Stichwort ›jüdisch‹ war offenbar dazu geeignet, ein ganzes Spektrum von Schuldgefühlen, Verdrängungswünschen, Lebenslügen und Aggressionen zu mobilisieren. Und dann wagten wir, den Umgang der modernen Frauenbewegung mit dem Nationalsozialismus zu hinterfragen. Wir bezweifelten die These vom Faschismus als schärfster Form patriarchaler Herrschaft über ›die‹ Frau [...]. Wir führten den Unterschied zwischen der ›arischen‹ Frau als Täterin und jüdischen Frauen in die Diskussion ein. [...]. Und sie fielen über uns her wie die Hyänen. Wir wussten kaum, wie uns geschah, und im Handumdrehen wurden unsere Veranstaltungen zu Demonstrationen von angewandtem Antisemitismus. Wir erfuhren so einiges über den patriarchalen Frauenhaß des Judentums, über den jüdisch-männlich-destruktiven Geist unserer Kritik und den ›Rachegott des Alten Testaments‹. Mal um Mal verließen wir fassungslos den Raum.« Oftmals bedurfte es, so Maria Baader weiter, für solche »Spannung und Aggression« keiner konkreten Debatte, die »pure Existenz« des *Schabbeskreises* wurde bereits »als Vorwurf« aufgefasst.

Ein Jahr später war es erneut die Berliner *Lesbenwoche*, an der sich ein Antisemitismus- und Faschismuskonflikt entzündete: Ein Aufruf zur Mitarbeit an der *Lesbenwoche* zeigt die Abbildung einer Speerwerferin, die an faschistische Körpersymbolik anknüpft. Der *Schabbeskreis* konfrontiert die Vorbereitungsgruppe, die selbst gespalten über das Foto war, und veröffentlicht einen Text in der Zeitschrift *Lesbenstich*.

1987 wurde die NS-Debatte in der Frauen- und Lesbenbewegung durch zwei Publikationen weiter angeheizt: zum einen durch den von Angelika Ebbinghaus herausgegebenen Sammelband *Opfer und Täterinnen. Frauenbiographien im Nationalsozialismus*, in dem der weibliche Opfer-Mythos entlarvt und als identitätsstiftend für die Frauenbewegung kritisiert wurde. Bis dahin galten Frauen ungebrochen als auf die Mutterrolle redu-

zierte Opfer des NS. Explizit in Abgrenzung zur Opfer-Theorie (obgleich nicht bezogen auf den NS) entwickelte Christina Thürmer-Rohr 1987 das Konzept der »Mittäterschaft« von Frauen, die sich aktiv an Männer anpass(t)en.

Ein weiterer Höhepunkt der Debatte um Antisemitismus in der Frauen- und in der Lesbenbewegung wurde das 1986 erschienene Buch *Ich verwerfe im Lande der Kriege* von Gerda Weiler (1921 – 1994). 1989 wird es unter dem neuen Titel *Das Matriarchat im Alten Israel* in überarbeiteter Fassung publiziert, nachdem es heftige Proteste an den antisemitischen Thesen des Buches gegeben hatte.

Unterdessen stiftete Audre Lorde schwarze FrauenLesben zu einem Buchprojekt an. Sie war u. a. im Frühling 1984 drei Monate als Lehrbeauftragte an der *Freien Universität Berlin* tätig und suchte den Kontakt mit schwarzen FrauenLesben in der BRD. Mit ihnen entwickelte sie den Begriff »afro-deutsch« in Anlehnung an den US-amerikanischen Terminus »afro-amerikanisch«. »Afro-deutsch« drückt ihre »kulturelle Herkunft« aus und wird zur ersten sprachlichen Selbstbestimmung.

1986 gaben schließlich Katharina Oguntoye, May Opitz und Dagmar Schultz das Buch *Farbe bekennen – Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte* heraus. Im Dezember 1986 entstand in Berlin außerdem *Adefra*, ein (bis heute existierender) Zusammenschluss afro-deutscher FrauenLesben, die sich abwechselnd in verschiedenen Städten trafen. Über die *Adefra* schreibt Katharina Oguntoye: »Nach innen wollen wir uns stärken und unser Wissen um uns selbst fördern. Nach außen wollen wir unsere Stimme und unser Handeln in der Lesbenbewegung und in der Afro-deutschen Bewegung hörbar und spürbar machen.«

Die erste Bundeszusammenkunft afro-deutscher FrauenLesben fand im Januar 1988 statt. Ab 1988 gab die *Adefra* eine *Zeitung für afro-deutsche und schwarze Frauen* (1988 – 1990) heraus – die *Afrekete*. Im ersten Editorial heißt es: »Schwarze, Afro-Deutsche Schwestern, dies ist der erstmalige Versuch, in der BRD ein selbstbestimmtes und unabhängiges Sprachrohr schwarzer Frauen herauszugeben.« Katharina Oguntoye war eine der 30 Afro-Deutschen, die 1986 an der Gründung der geschlechtergemischten Organisation *Initiative Schwarzer Deutscher (ISD, heute: Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland)* beteiligt war. Ab 1988 gab die *ISD* die Zeitschrift *Afro-Look* (1988 – 1999) heraus. Die Zusammenschlüsse *Adefra* und *ISD* sind bis heute miteinander assoziiert.

Zumindest ein früher, offener Konflikt um Rassismus in der Frauen- und Lesbenbewegung ist überliefert: Vermutlich Anfang der 80er Jahre hatte die afro-deutsche Feministin Ika Hügel-Marshall im Frankfurter Frauenzentrum allen Mut zusammengenommen und nüchtern wie vorsichtig bei einem Treffen formuliert: »Ich als Schwarze Frau vermissem bei unserem Kampf gegen Sexismus, für Gleichberechtigung und gegen Unterdrückung den Kampf gegen Rassismus.« Abwehr, Unverständnis und Ärger bis hin zu einer »TäterInnen-Opfer-Umkehr« schlugen ihr entgegen. Sie war die einzige schwarze Frau im Raum und hielt sich über die rassistischen Reaktionen schließlich zurück, da sie inzwischen »gelernt« hatte, sich sonst womöglich die Zuneigung der »weißen Schwestern« zu verspielen.

Offene Rassismuskonflikte, aus denen fortgesetzte Diskussionen auch für breitere weiße (Frauen- und) Lesbenöffentlichkeiten folgten, ereigneten sich wahrscheinlich erst ab 1989 oder in den 90er Jahren – beispielsweise im August 1990 auf dem internationalen FrauenLesben-Camp in Ruigoord bei Amsterdam in den Niederlanden. Von dort aus wurde die Debatte in die bundesdeutsche Bewegung getragen und beispielsweise auf dem Hunsrücker Widerstandscamp 1990 weitergeführt, wie sich eine Camp-Zeitzeugin im Rahmen eines Gruppeninterviews 2010 erinnert.

Ein zentrales Problem der Antisemitismus- wie der Rassismus-Debatten in der Lesbenbewegung bestand in den 80ern (und letztlich vielfach bis heute) darin, dass weiße, nicht-jüdische Lesben ohne Migrationshintergrund – explizit oder unausgesprochen – die Zuständigkeit des Kampfes an die davon vermeintlich »Betroffenen« delegierten: Jüdische Lesben sollten sich um Antisemitismus kümmern, schwarze und/oder migrierte Lesben um Rassismus. Die weiße, deutsche, mehr oder weniger christlich sozialisierte (Mittelschichts-)Lesbe war ja nicht »betroffen« und hatte damit scheinbar nichts zu tun ... Politische Bündnisse waren unter solchen Vorzeichen kaum möglich. Dies zeitigte deutliche Konsequenzen: Aus den Großevents wie *Lesbenpflingsttreffen* (seit 1992 bis heute *Lesbenfrühlingstreffen/LFT* genannt) und aus den *Lesbenwochen* (1985 – 1997) zogen sich jüdische und schwarze sowie migrierte Lesben vor allem aus den Orga-Gruppen mehr und mehr zurück, diskutierten in deren Rahmen in eigenen Veranstaltungen und/oder organisierten sich separat. Etliche Schwarze Lesben machten die Erfahrung, das »wirkliche« Auseinandersetzen mit Weißen nur in Workshops möglich waren, in deren Verlauf

die Wand aus Schuldgefühlen und Abwehr durchbrochen werden konnte. Eine wichtige Grundlage für (spätere) antirassistische Workshops, in denen rassistische Sozialisation und »verinnerlichte Entfremdung« – wie etwa rassistische Kinderlieder à la »10 kleine Negerlein« bzw. Kinderspiele wie »Ist die schwarze Köchin da?« oder »Wer hat Angst vorm schwarzen Mann?« – genauso herausgearbeitet wurden wie verinnerlichter Rassismus, war die Übersetzung des Buches *Am Ende der Weißheit* (1988) von Lida van den Broek, die im Übrigen auch an der Bremer Tagung »Frauen und Rassismus« im November 1989 teilnahm. An der grundsätzlichen Ignoranz weißer deutscher Lesben und der oftmals fehlenden Solidarität änderten auch die Antirassismus-Workshops, die zudem nur Einzelne besuchten, wenig. Allerdings: Eine erste Sensibilisierung für Rassismus (ebenso für Antisemitismus, teilweise unter Rassismus als Oberbegriff verstanden) wurde in dieser Zeit zweifellos erreicht, Verantwortung wurde übernommen, und dies war ein erster Meilenstein in diesen lesbenbewegten Macht- und Herrschaftsdiskussionen.

Die Unterschiede oder auch Differenzen unter Lesben zu thematisieren, stellte das gemütliche »Wir« schmerzhaft in Frage. Anstatt die Herausforderung der Differenzen unter Lesben anzunehmen, war die Abwehr immens und spaltete die Bewegung fatalerweise noch weiter. Durch das subtile Beharren auf einem Opferstatus als Frau und durch die Hierarchisierung von Herrschaftskategorien in feministischer Theorie und Praxis wurde dies weiter forciert: Sexismus und/oder Heterosexismus galt/en als die zentrale/n Kategorien, denen alle anderen untergeordnet wurden, sofern frau sie überhaupt des Analysierens für bedeutsam hielt.

### **Weißer Freisprech-Rituale und Schwarze Bündnisse seit Ende der 80er Jahre**

Etwa Ende des Jahrzehnts entwickelte sich eine typische Umgangsform im Kontext von Macht- und Herrschaftsdebatten und der damit in Rede stehenden Homogenität des »Wir Frauen« bzw. »Wir Lesben«; sie fehlte bis ungefähr Mitte der 90er Jahre auf kaum einem politischen (Frauen-)Lesben-Plenum. Bevor eine über ihr eigentliches Anliegen zu sprechen begann, machte sie ihren Standort des Redens deutlich. Heute wird dieses Prinzip als »markieren« bezeichnet. Das klang dann etwa so: »Ich als weiße, christlich sozialisierte, nicht behinderte Lesbe aus der Mittelschicht ...« Wichtig daran waren fraglos die vorherige Selbstbefragung der eigenen Perspektive/n des Denkens und Handelns und deren öffentliches Sichtbarmachen. Allerdings wurde diese Positionierung nicht selten zu einem »freisprechenden Bezeichnungsritual« anstatt Anlass für weitere Reflexion, Kritik und Veränderung. Dies kritisierte ein Frauenkollektiv in ihren Überlegungen zu einem »feministischen Internationalismus« 1992 rückblickend in dem von ihnen herausgegebenen Band *¡Basta! Frauen gegen Kolonialismus* in einer Passage zu »wir« klein schreiben – Identitätssuche: »Die Lehre, die wir aus der Erkenntnis der Vermessenheit und Begrenztheit unseres Blicks ziehen müssen, ist also zunächst die Frage nach dem Ort unserer feministischen Postulate im Zusammenhang mit unserer gesellschaftlichen Stellung und unserer Geschichte und insofern die Frage nach unserer Identität. [...] Die Suche muß sich immer zwischen Eingeständnis eigener Macht und Privilegien und der Ablehnung freisprechender Selbstbezeichnung bewegen.«

Der Satz von Adrienne Rich aus dem Band *Macht und Sinnlichkeit*, eigentlich die »frühe Erkenntnis der feministischen Bewegung«: »Keine Frau ist befreit, solange wir nicht alle befreit sind«, der – bis etwa Mitte der 90er vor allem in der linksradikal-autonomen FrauenLesben-Szene – viel zitiert wurde, blieb nicht selten eine bloße Floskel.

Spätestens zur *Lesbenwoche* 1988, die unter dem Motto »Abgrenzung, Ausgrenzung, Begrenzung« stattfand, wurde eine neue Denkfigur kreiert: Das »S« von Schwarz wurde groß geschrieben und meinte als Bündnisbegriff nicht nur schwarze Lesben, sondern auch jüdische und migrierte – sowie zunächst auch Krüppel-Lesben, die gemeinsam an einer exklusiven Veranstaltung für Schwarze Lesben teilnahmen, was ein Novum in der Bewegung bzw. für solche Treffen gewesen ist.

In den 90er Jahren setzte sich die Schreibweise zumindest in politischen Kontexten mehr oder weniger durch, schloss aber weiße Lesben mit Behinderungen nicht mehr mit ein.

Nicht ohne auf den nach wie vor dürftigen Forschungsstand zu verweisen, lässt sich festhalten, dass in den 80er Jahren zentrale Netzwerke und Organisationen von schwarzen, migrierten und/oder jüdischen FrauenLesben entstanden sind. Außerdem zeigen sich verschiedene Diskussionsstränge von FrauenLesben, die seit den 90er Jahren weiterentwickelt wurden und werden.

Zumeist angeregt und erkämpft durch Schwarze und/oder jüdische Lesben wurde der schwierige Prozess, die »geschlossene« und unausgesprochen weiße lesbische Identität als solche zu reflektieren und aufzubrechen, ebenso eingeleitet wie eine explizite Auseinandersetzung um Macht- und Herrschaftsverhältnisse auch unter FrauenLesben. Dies unterscheidet die (Frauen- und) Lesbenbewegung von geschlechtergemischten linken Zusammenhängen, wo etwa zu diesem Zeitpunkt die Reflexion mit dem eigenen Rassismus gerade seitens der Männer eine weitaus geringere Rolle spielte.

\* Dieser Beitrag ist eine überarbeitete und weiter recherchierte Fassung, die auf folgenden Texten basiert: Dennert, Gabriele/Leidinger, Christiane/Rauchut, Franziska: Kämpfe und Konflikte um Macht und Herrschaft – Lesbenbewegung in der BRD der 80er Jahre. In: Dennert, Gabriele/Leidinger, Christiane/Rauchut, Franziska (Hrsg.): In Bewegung bleiben. 100 Jahre Politik, Kultur und Geschichte von Lesben. Unter Mitarbeit von Stefanie Soine. Berlin: Quer- verlag 2007, S. 126-159. Baetz, Michaela/Dennert, Gabriele/Leidinger, Christiane: Chronik der Antisemitismuskussionen in der (Frauen- und) Lesben- bewegung der BRD der 80er Jahre. In: In Bewegung bleiben, s. o., S. 175-177.

**Literatur zum Weiterlesen (das vollständige Literaturverzeichnis zum Beitrag ist auf der Themenseite »Geschichte« der RLS in der Unterrubrik »Literaturlisten« downloadbar)**

beiträge zur feministischen theorie und praxis 27/1990. »Rassismus, Antisemitismus, Fremdenhaß. Geteilter Feminismus«  
Dennert, Gabriele/Leidinger, Christiane/Rauchut, Franziska (Hrsg.): In Bewegung bleiben. 100 Jahre Politik, Kultur und Geschichte von Les-  
ben. Unter Mitarbeit von Stefanie Soine. Berlin 2007  
Schäfer, Anke/Lahusen, Kathrin (Hrsg.): Lesbenjahrbuch 1. Rücksichten auf 20 Jahre Lesbenbewegung. Wiesbaden 1995  
Hark, Sabine: Eine Lesbe ist eine Lesbe, ist eine Lesbe ... oder? In: beiträge zur feministischen theorie und praxis 25/26/1989, S. 59-70  
Hark, Sabine: Wer spricht, wenn ich: »Ich bin...« sage? Zum Verhältnis von Identitäten und Bündnispolitik. In: Ihr Sinn 2/1990, S. 43-60  
Hügel, Ika u. a. (Hrsg.): Entfernte Verbindungen. Rassismus. Antisemitismus. Klassenunterdrückung. Berlin 1993  
Oguntoye, Katharina/Opitz, May/Schultz, Dagmar (Hrsg.): Farbe bekennen – Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte. Berlin  
1986  
Schultz, Dagmar (Hrsg.): Macht und Sinnlichkeit. Texte von Audre Lorde und Adrienne Rich. Berlin 1983

## **Freiheit und genossenschaftlicher Sozialismus in Robert Havemanns »Morgen«**

Bereits bei der Darstellung des Denkens von Wolfgang Harich (siehe Beitrag in Band 1) verdeutlichte sich, dass die Umbruchsituationen in den Systemen des Ostblocks und speziell in der DDR in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts nur von einigen wenigen Theoretikern zur Darstellung bzw. Ausformulierung eigener Konzeptionen genutzt wurden. Ein wichtiger Grund hierfür ist sicherlich, dass viele der Oppositionellen der 1970er und 1980er Jahre in der Frühphase der DDR in die staatlichen Strukturen integriert waren und an diesen partizipierten. Robert Havemann zum Beispiel bezeichnete den Juni-Aufstand von 1953 als »konterrevolutionäre Erhebung«, die zu weiten Teilen vom Westen gesteuert sei. Und er schreckte, wie Arno Polzin kürzlich aufzeigen konnte, auch vor der Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit nicht zurück. Anzumerken bleibt, dass es durchaus mindestens bedauerlich ist, dass Havemann seine Verstrickungen in die düsteren Seiten des SED-Systems in seinen zahlreichen autobiographischen Schriften nie angesprochen oder gar reflektiert hat.

Erst die Ereignisse von 1968, der Prager Frühling, führten ihn zur Opposition, bewirkten jene Umorientierungen in seinem Denken, die ihn zu einem der führenden theoretischen Köpfe der DDR-Opposition werden ließen. Immer wieder finden sich in seinen Schriften Verweise auf die Ereignisse in der ČSSR, da Havemann dort einen am Individuum orientierten Sozialismus im Entstehen sah. Ausgehend von den Prämissen der Entbürokratisierung, Enthierarchisierung und Entkollektivierung sei die Idee am Horizont greifbar gewesen, einen menschlichen Sozialismus herauszubilden, der den Einzelnen gleichsam mitnehmen könne, da er von ihm ausgehe, ihn fordere und fördere. Letztlich lässt sich deutlich erkennen, dass Havemann hier nun die Punkte, Entwicklungen und Tendenzen positiviert, die sich schon 1953 und 1956 gezeigt hatten, zu diesem Zeitpunkt aber eben von staatlicher Seite (im Verbund mit einem Großteil der intellektuellen Eliten) deutlich unterdrückt wurden. Was sich ja auch in der ČSSR wiederholte.

Neben dem kurzen Prager Frühling bildete auch die ökologische Frage einen wichtigen Bezugspunkt von Havemanns Theorie. Analog zu Harich oder Rudolf Bahro erkannte er, dass das Prinzip des Wachstums und der Unterwerfung der Natur, welches die sozialistischen ebenso wie die westeuropäischen Staaten verfolgten, nicht ungehindert fortgesetzt werden könne. Ein Jahr nach Bahros »Die Alternative« legte er 1980 mit »Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie« einen Entwurf vor, der nicht nur mögliche Auswege aus der ökologischen Problematik bot, sondern in paradigmatischer Absicht Freiheit und Sozialismus so miteinander verband, dass die Synthese beider Prinzipien, von genossenschaftlichen Strukturen aus gedacht, als Zukunftsmodell zu fungieren vermochte. Havemanns Werk lässt sich also durchaus in einem Atemzug mit Bahros »Alternative« nennen und bildet gleich dieser eine Art Gegenpol zu Harichs totalitärem und staatsbezogenem Ansatz. »Morgen« ist auf den ersten Blick ein seltsames Buch, zerfällt es doch in mehrere Teile: Zuerst entwickelt Havemann seine Kritik an den bestehenden Staaten, wobei er teilweise übertrieben polemisch argumentiert. Danach enthält das Werk dann einen knapp einhundertseitigen Einschub, eine Art Roman, in dem Havemann eine Reise in ein nicht existierendes Land schildert, in dem seine Vorstellungen eines glücklichen und besseren Zusammenlebens Aller verwirklicht sind. Daran schließt sich dann noch einmal eine kurze theoretische Abhandlung an, in der einige Ideen entwickelt werden, wie diese bessere Zukunft verwirklicht werden könne. Es lässt sich also sagen, dass Havemann vor allem zwei Punkte fokussierte: Die Kritik an der Gegenwart und die Schilderung einer besseren Alternative.

Erstens entwickelte Havemann eine explizite und radikale Kritik an seiner Gegenwart, die verschiedene Elemente umfasst: Die fehlerhafte Entwicklung des Kapitalismus und Sozialismus sowie ihr Verhältnis zueinander, Formen alternativer sozialistischer Demokratie, die Rolle der Frau. Auch die Blockkonfrontation geriet in den Fokus seiner Betrachtung, die Schere zwischen Nord und Süd, die Gefahren der atomaren Aufrüstung etc. Havemann sah seine Zeit also in einer gewissen Ambivalenz. Auf der einen Seite sei ein Fortschritt auf zahlreichen Gebieten zu konstatieren, bei technischen Erfindungen ebenso wie bei der Entwicklung der menschlichen Kultur bzw. Zivilisation. Auf der anderen Seite aber stünden eben die Krisen des Kapitalismus sowie dessen von Havemann behauptete Affinität zum Faschismus und die bürokratischen Probleme des Sozialismus. Gerade der Kapitalismus zeige dies eindeutig – er sei, im Verbund mit der bürgerlichen Demokratie, nicht in der Lage, die anstehende

henden Aufgaben zu bewältigen. Dies könne nur der Sozialismus leisten, allerdings müsse er sich hierfür deutlich reformieren und seine bürokratischen Strukturen abbauen. Die freie Entfaltung der Individuen sei eine der Grundvoraussetzungen für einen zukunftsfähigen Sozialismus. Die hierarchisierte staatssozialistische Idee, wie sie Havemann in der DDR verwirklicht sah, sei gescheitert, ihre Negativbilanz eindeutig: Es sei zu einer neuen Kasten- und Elitenbildung gekommen, die Bevölkerung werde unterdrückt, kontrolliert und bevormundet, der Mangelwirtschaft entspreche eine strukturelle Massenarmut. Auch der Staatssozialismus könne, als Verwaltung des Mangels und damit dem Wachstum verpflichtet, die kommenden Krisen und Probleme nicht meistern. Diese Diagnose findet sich bei zahlreichen oppositionellen Theoretikern: Das Scheitern des Kapitalismus wird betont und der Sozialismus trotz aller Kritik als reformfähig eingestuft. Erklären lässt sich dies dadurch, dass die Eliten der DDR auch in ihrer Distanz zur DDR immer noch marxistisch dachten und argumentierten. Dies ist ein charakteristisches Merkmal der DDR-Opposition und unterscheidet sie zum Beispiel von der sowjetischen Entwicklung.

Zweitens ist zu fragen, welche Alternative Havemann diesen georteten Fehlentwicklungen gegenüber setzte. Im Zentrum seines Entwurfs steht das sich selbst verwirklichende und von allen Fesseln und Hemmnissen befreite Individuum. Es sind die heute unter dem Namen der Postmoderne gehandelten politischen und philosophischen Theorien, die uns bei Havemann entgegentreten. Die Industrie ist gedrosselt, sogenannte »überflüssige Bedürfnisse« sind abgeschafft, die Rückkehr zur Natur vollzogen, der wissenschaftlich-technische Fortschritt ist zu weiten Teilen außer Kraft gesetzt. Daneben steht die Herauslösung des Menschen aus der lohnabhängigen Arbeit – Havemann zufolge ist es dabei egal, ob der Arbeitgeber ein Kapitalist oder ein sozialistischer Staat ist. Arbeit dient nur noch der Selbstverwirklichung, Muße und Freizeit sind Werte an sich (das ist ein zentrales Merkmal des neuzeitlichen utopischen Diskurses). Dazu korrespondieren dezentrale Strukturen. In kleinen Dörfern und Siedlungen sind die Menschen auf sich selbst zurückgezogen und betätigen sich vor allem künstlerisch sowie, das ist zentral, auf dem Gebiet der Erziehung und Bildung. Ziel ist die kulturelle Hebung aller. Die freie Entfaltung des Individuums fungiert als Grundprinzip in Havemanns Utopia, sie tangiert alle Bereiche – vom Beziehungsleben bis zur gesellschaftlichen Organisation. Auch diese wird an die kleinen Einheiten gekoppelt, erscheint als ein Prozess von Entscheidungen gleichberechtigter Individuen. Hinzu tritt die vollständige Emanzipation der Frau, die Gleichberechtigung ist durchgesetzt und so weit geführt, dass die leitende Rolle der Frau anerkannt und gestärkt wird. Das Matriarchat fungiert bei Havemann als Indikator der gesellschaftlichen Höherentwicklung. Mit der Zivilisation der Gegenwart hat Havemanns utopisches Szenario deutlich gebrochen. Es ist nicht vorstellbar, dass es aus den kritisierten staatssozialistischen oder kapitalistischen Systemen hervorgegangen ist. Vielmehr handelt es sich nach Havemann um eine grundsätzlich neue Form des gesellschaftlichen Miteinanders, das vor allem eines ermöglichen soll: Die dauerhafte Lösung der ökologischen Frage. Als Garantien fungieren die Emanzipation sowie die Akzeptanz der Natur als Maßstab menschlichen Handelns.

Die beschriebene Dichotomie von Gegenwartskritik und alternativer Gesellschaft macht Havemanns »Morgen« zur politischen Utopie. Nicht zuletzt, da sich die geschilderte Alternative erst durch die Gegenwartskritik legitimiert. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass Havemann seine Alternative utopisch, ja, sogar eutopisch aufwertete. Ist die Utopie (ou topie) im semantischen Sinn ein Nicht-Ort oder Nirgend-Ort, so schildert die Eutopie die beste aller möglichen Gesellschaften. Havemann dachte ein sozialistisches System an, das den so oft beschworenen Dritten Weg beschreiten soll – zwischen bzw. jenseits der beiden Extreme Kapitalismus und staatlichem Sozialismus. Damit ergibt sich ein Widerspruch, der nicht aufgelöst werden kann: Einerseits unterstellt Havemann dem Staatssozialismus die Möglichkeit der Reform, andererseits beschreitet sein Utopia aber einen Dritten Weg, der nur in wenigen Punkten das positive Erbe der Gegenwart antritt. Dabei setzte Havemann, das macht sein Buch ebenfalls zur Utopie, auf die Figur des Neuen Menschen, die sich immer wieder in der sozialistischen Literatur finden lässt: als Ingenieur, als Lehrer, als Held, als Befreier. Bei Havemann wird der Utopier doppelt so alt wie heute, jeder ist ein Künstler, verwirklicht sich selbst und habitualisiert gleichsam die Fähigkeit, sich richtig zu entscheiden. Doch in Utopien dieser Art kommt es dann zu dem Paradoxon, dass der Neue Mensch einerseits der Träger der Utopie ist, also deren reibungsloses Funktionieren durch seine anthropologische Grundausstattung garantieren soll. Andererseits entsteht er aber erst dann, wenn Utopia schon realisiert ist, mit seinem Gemeinwohl, seinem Erziehungsprogramm, seiner Ausschöpfung aller kulturellen, zivilisatorischen und menschlichen Potentiale. Utopia kann, das ist die Grundaussage dieses Antagonismus, nicht zu hundert Prozent so verwirklicht werden, wie es beschrieben ist. Aber, und darauf zielt auch Havemanns Argumentation, die geschilderten Ideen können in der eigenen Gegenwart normativ wirken, indem sie eine mögliche Zielperspektive beschreiben, an der sich die Menschen orientieren können.

Havemanns sozialistische Konzeption steht durchaus bewusst in der genossenschaftlichen Tradition, wobei vor allem der Einfluss Peter Kropotkins messbar ist. Von ihm übernahm Havemann die Idee der gegenseitigen Hilfe und solidarischen Verbundenheit, die gedrosselte anarchistische gesellschaftliche Organisation (Anarchie als Abwesenheit hierarchischer Herrschaftsstrukturen), die in den genossenschaftlichen Sozialismus führe und dort mit dem Freiheitsbegriff Rosa Luxemburgs kompatibel sei. Daneben finden sich auch Versatzstücke der Adaption der Theorien der französischen Aufklärung bei Havemann, etwa des kulturpessimistischen Denkens Jean-Jacques Rousseaus. Außerdem ist eindeutig, dass Havemanns Analyse des Kapitalismus voll auf dem Boden des historischen Materialismus steht. Seine Auseinandersetzung mit der Geschichte befindet sich in der Nähe der Arbeiten Karl Kautskys oder Wilhelm Liebknechts. Entscheidend ist, dass Havemann nie den Marxismus an sich kritisierte, sondern seine dogmatischen Verhärtungen sowie als falsch bezeichneten Interpretationen. Die sozialistische Idee, seine Vorstellung eines freiheitlichen Sozialismus, wie er ihn im Prager Frühling für kurze Zeit verwirklicht sah, konnte er in diesem Sinn an die Pariser Kommune zurückbinden, vor allem an die Aufwertung dieser Zäsur durch Karl Marx in »Der Bürgerkrieg in Frankreich«. Mit diesen Anmerkungen sind die wichtigen Traditionslinien, in die sich Havemanns Überlegungen einordnen lassen, benannt.

»Morgen« war nicht nur der erste utopische Entwurf, der in den Ostblockstaaten erschien und den Versuch unternahm, die postmodernen Problemlagen und Ideen in das Medium der Utopie zu überführen und dort zu besprechen sowie spielerisch weiter zu entwickeln. Es war darüber hinaus das folgenreichste ökologische Konzept eines DDR-Oppositionellen und reichte weiter in die reale Geschichte hinein als Harichs »Kommunismus ohne Wachstum« oder Bahros »Die Alternative«. Denn um Havemann gruppierten sich verschiedene der oppositionellen Kreise; die von ihm entworfenen bzw. erneut formulierten genossenschaftlichen Ideen waren anschlussfähig an einschlägige Bereiche bzw. Felder der intellektuellen Tradition. Und sie wirkten – durch ihr Setzen auf das Diskussionsprinzip, auf die fast schon beschworene Einheit von Mensch und Natur sowie ihr dezentrales und den Staat zurückdrängendes Denken – noch auf die Politik der Runden Tische zum Ende der DDR. Gleichheit, Freiheit, ein solidarisches Miteinander, Versuche des Ausgleichs und des Kompromisses abseits der bestehenden Hierarchien sind die Momente des Modells von Havemann, die ihn überdauert haben und 1989/1990 noch einmal zum Tragen kamen.

## Literatur

Um das Werk Havemanns bemüht sich die nach ihm benannte Robert-Havemann-Gesellschaft, die allerdings bisher das Manko, dass viele seiner Texte nur in antiquarischen Ausgaben erhältlich sind, nicht aufheben konnte. Aber sie initiierte verschiedene Sammelbände und Studien. Insgesamt ist Havemanns Theoriegebäude verhältnismäßig gut erforscht, gerade im Vergleich zu anderen Oppositionellen der DDR. Weitere und vor allem größere Arbeiten – gerade auch mit Blick auf die Zusammenhänge, in denen Havemanns Denken zu interpretieren ist – stehen aber nach wie vor noch aus.

Ferst, Marko: Die Ideen für einen Berliner Frühling in der DDR. Die sozialen und ökologischen Reformkonzeptionen von Robert Havemann und Rudolf Bahro, Berlin 2005.

Havemann, Robert: Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg, Kritik und reale Utopie, München u. a. 1980.

Heyer, Andreas: Ökologie und Opposition. Die Politischen Utopien von Wolfgang Harich und Robert Havemann, Berlin 2009 (Helle Panke e. V.: Philosophische Gespräche, Heft 14).

Polzin, Arno: Der Wandel Robert Havemanns vom Inoffiziellen Mitarbeiter zum Dissidenten im Spiegel der MfS-Akten, Berlin 2005.

## Die DDR und ihre rebellischen Kinder. Linke Opposition in der Ära Honecker

Im offiziellen Selbstverständnis der DDR war für eine innere Opposition, für eine Opposition, die aus den Widersprüchen dieser Gesellschaft erwuchs, kein Platz. So interpretierte die SED den 17. Juni 1953 als einen »konterrevolutionären Putsch«, den »imperialistische Agentenzentralen« angezettelt hätten. Im autoritativen »Kleinen politischen Wörterbuch« des Dietz-Verlages hieß es 1973 unter dem Stichwort »Opposition« schlicht: »In sozialistischen Staaten existiert für eine O. keine objektive politische oder soziale Grundlage, denn die Arbeiterklasse – im Bündnis mit allen anderen Werktätigen – ist die machtausübende Klasse und zugleich die Hauptproduktivkraft der Gesellschaft.« Folgerichtig charakterisierte z. B. die Dienstanweisung Nr. 2/85 zur »vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit« des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) diese Untergrundtätigkeit insbesondere durch das Ziel der »Vortäuschung bzw. Schaffung einer sogenannten inneren Opposition.« Und unter den daran geknüpften »grundsätzlichen politisch-operativen Aufgaben« des MfS stand an erster Stelle die »rechtzeitige Aufklärung der Pläne, Absichten und Maßnahmen sowie Mittel und Methoden des Gegners, insbesondere der Geheimdienste und ihrer legalen Basen in der DDR, sowie solcher Zentren, Organisationen und Kräfte, von denen im besonderen Maße Aktivitäten zur Inspirierung bzw. Organisation politischer Untergrundtätigkeit in der DDR ausgehen (im weiteren feindliche Stellen und Kräfte), einschließlich des Zusammenwirkens äußerer Feinde und feindlich-negativer Kräfte im Innern der DDR.« Da es im Lande keine objektiven Gründe für politische Konflikte geben durfte, konnte es sich bei Oppositionellen nur um ein paar Abweichler handeln, die vom westlichen Klassenfeind inspiriert waren.

Doch stimmte das harmonische Selbstbild der DDR-Oberen und ihrer Sicherheitsorgane mit der Realität nicht überein. Statt der »Übereinstimmung der Interessen der Klassen und Schichten« zeigten sich vielfältige Gegensätze und Widersprüche. Nicht alle Betroffenen waren so glaubensstark, solche Gegensätze nur der flüchtigen Welt der Erscheinungen zuzuordnen, die das gute Wesen des Sozialismus nicht berühren konnten. Manche kamen gar auf die Idee, daß in der DDR nicht die Arbeiterklasse an der Macht war, sondern vielmehr eine Politbürokratie ihre Diktatur errichtet hatte, die keinesfalls eine »Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit« darstellte, sondern umgekehrt. Die Politbürokraten gingen davon aus, daß Opposition gegen ihre Herrschaft nur einen anti-sozialistischen Charakter tragen könne, weil das Ergebnis ihrer Politik der einzig mögliche Sozialismus sei. Doch mit der Selbstbefreiung der Arbeiterklasse hatten die neuen Verhältnisse wenig zu tun. Tatsächlich war es im Ostblock nicht soviel anders als in anderen modernen Klassengesellschaften: Es gab soziale Gruppen, deren soziale Ungleichheit durch die Stellung im Arbeitsprozeß definiert wurde und im Prozess der gesellschaftlichen Reproduktion systematisch erhalten blieb. Deshalb brauchte es einen staatlichen Gewaltapparat, der nicht nur äußere Feinde zurückweisen, sondern ebenso die Bevölkerung kontrollieren sollte.

Selbstverständlich hatten Linke kein Monopol auf die Opposition in dieser DDR. Immer wieder gab es Feinde der SED und ihres Staates, die als stramme Antikommunisten gegen ihn Front machten. Hunderttausende gaben das Warten auf Verbesserungen oder die ermüdenden Bemühungen um Veränderungen auf und setzten sich nur noch mit der Staatsmacht auseinander, um das Land endlich Richtung Westen verlassen zu können. Daneben aber gab es oppositionelle Strömungen, die als ihren Ausgangspunkt die Gesellschaft der DDR sahen, wie sie im Ergebnis der sozialen und politischen Umwälzungen nach der Niederlage des faschistischen Deutschland in Ostdeutschland entstanden war. Sie stellten weder die Enteignung des Kapitals noch die Kollektivierung der Landwirtschaft in Frage. Sie wollten vielmehr diese und andere Veränderungen – im Bildungssystem, in der sozialen Stellung der Frauen – zum Ausgangspunkt für eine wirklich sozialistische Entwicklung machen. Ihre positiven Bezugspunkte waren nicht die Freiheit des Weltmarktes oder eine gute alte Zeit, sondern die Kritik der linken Opposition am Stalinismus, die Diskussionen der »neuen Linken«, der ökologischen und sozialen Bewegungen. In der Herrschaft der Politbürokraten sahen sie ein längst überlebtes Hindernis für einen emanzipatorischen Aufbruch einer Gesellschaft, die die Zwänge des Kapitals doch hinter sich gelassen hatte. Robert Havemann wurde bis zum Ende seines Lebens nicht müde, diese Position öffentlich zu vertreten.

Wie groß allerdings die Basis für einen sozialistischen Neuanfang war, das war schwer zu sagen. Denn die Gesellschaft der DDR trat zwar dem äußeren Betrachter gleichförmig geordnet entgegen, von innen jedoch

waren viele Unterschiede zu bemerken, Spielräume zu erkennen und Grauzonen auszumessen. Es kursierten fast überall politische Witze, die den herrschenden Verhältnissen und ihren Trägern die Legitimation absprachen. Aber zugleich hatten sich viele in diesen herrschenden Verhältnissen eingerichtet. Die Mobilisierung von proletarischen Kadern zur Besetzung der Kommandohöhen der Wirtschaft war vorbei. Dafür zeigte sich die neue Staatsmacht in manchen Punkten der moralischen Ökonomie der Arbeiterklasse verpflichtet, wonach die staatliche Ökonomie ein Mittel zur »Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft« sein sollte – wer auch immer darüber entschied, was ein »gesellschaftliches Bedürfnis« war. Das Selbstverständnis der Arbeitenden in dieser Lage hat einer von ihnen klassisch, in einer auch für die DDR gültigen Weise, in der berühmten Diskussion mit dem Generalsekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek, während des Wertarbeiterstreiks in Szczecin im Januar 1971 so ausgedrückt: »Wir werden arbeiten, so gut wir können, und Ihr regiert, so gut Ihr könnt.« Eine merkwürdige Utopie: Eine einvernehmliche Arbeitsteilung in kommandierte Arbeit und Arbeit des Kommandierens! Deshalb waren klare politische Situationen selten, sie mussten hergestellt werden. Entweder von einer Staatsmacht, die sich sehr leicht provoziert sah, oder von Menschen, die ihren Bruch mit den herrschenden Verhältnissen und ihren Trägern nicht mehr als Privatsache behandeln wollten.

Wie in Polen bildete auch in der DDR der Wechsel von den sechziger zu den siebziger Jahren einen Wendepunkt: Die Parteiführung gab den Versuch einer Modernisierung von oben auf, ihr Exponent, Walter Ulbricht, wurde in den Ruhestand versetzt und kaltgestellt. Schon zuvor hatte die Niederschlagung des Prager Frühlings am 20. August 1968 allen Hoffnungen auf eine durchgreifende Erneuerung unter Führung der alleine führenden Partei ein Ende bereitet. Dagegen regte sich sofort auch in der DDR Protest, von Studenten, Schülern, vor allem aber von jungen Arbeitern. Der Staat antwortete auf ein paar Flugblätter, Inschriften oder ein Leninzitat an falscher Stelle mit dem Vorwurf der »staatsfeindlichen Hetze«. Es wurden teils mehrjährige Haftstrafen verhängt, die einige vom ersten bis zum letzten Tag absitzen mussten.

Was nun? Es war diese Frage, die dem Stück von Ulrich Plenzdorf über »Die neuen Leiden des jungen W.« seine Brisanz gab. Es konnte doch nicht immer so weitergehen. Es wurde diskutiert im Lande DDR, gerade unter Studenten, Lehrlingen und jungen Facharbeitern. Aus diesen Diskussionen heraus bildeten sich unabhängig voneinander verschiedene, bewusst konspirative Zirkel von Studenten und Absolventen, die einen politischen Ausweg suchten. So existierte bereits seit 1973 ein »Diskutierklub« um Wilfried Ettl und Uwe Dähn, dem zu Beginn auch Nora und Bernd Gehrke angehörten. Beim Versuch, die Gruppe zu erweitern, gerieten Ettl und Dähn allerdings an einen Informellen Mitarbeiter der Staatssicherheit, der von nun an dem Staat ausführlich berichtete. Die Staatssicherheit bearbeitete die Gruppe im Operativen Vorgang (OV) »Opposition«. Sie galt als gefährlich, da sie Verbindungen nach außen aufbauen konnte, so mit einem Brief an die Konferenz kommunistischer und Arbeiterparteien in Berlin im Sommer 1976 oder mit einem Offenen Brief an Wolf Biermann Anfang 1977. Innerhalb der DDR bestanden Verbindungen zu weiteren Gruppen in Berlin um Bernd Gehrke u. a. (OV »Dirigent«) und Klaus Wolfram (OV »Kreis«) sowie nach Leipzig zum Diskussionskreis um Jürgen Jünger (OV »Taucher«). Angesichts der Zuspitzung der politischen Debatten nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns im Herbst 1976 entschied sich das MfS allerdings gegen eine strafrechtliche Verfolgung der Gruppenmitglieder. Man wollte weiteres öffentliches Aufsehen möglichst vermeiden. Statt dessen wurden die Beteiligten »zugeführt« und ihnen in langen Verhören die weitgehend erfolgreiche Überwachung ihrer Tätigkeit vor Augen geführt. Statt Verurteilungen schienen Berufsverbote ausreichend zu sein: Zwar nicht bei allen Betroffenen, sehr wohl aber bei ihrem Umfeld wirkte die Lektion. Als 1979 eine Berliner Gruppe aber Berufsverbote in Ost und West kritisierte und dafür völlig legal Unterschriften sammelte, musste die Staatssicherheit aushelfen. Sie organisierte eine Falle bei der Übergabe linker Literatur aus dem Westen und brachte Thomas Klein und Jutta Braband wegen »ungesetzlicher Verbindungsaufnahme« für 15 bzw. elf Monate ins Gefängnis.

Wo immer oppositionelle Gruppen den Schritt in die Öffentlichkeit schafften, nutzte die Staatsmacht die Möglichkeiten ihres Strafrechts. So wurde Rudolf Bahro nach der Veröffentlichung seines Buches »Die Alternative« im Bund-Verlag Köln wegen »Geheimnisverrats« 1977 zu acht Jahren Haft verurteilt. Ein marxistischer Diskussionskreis in Leipzig um Heinrich Saar druckte daraufhin Flugblätter, in denen die Veröffentlichung von Bahros Buch auch in der DDR gefordert wurde. Einige schrieben »Freiheit für Bahro« an das Völkerschlachtdenkmal. Im August 1979 folgten die Verhaftungen durch die Staatssicherheit. Saar, der bereits Ende der fünfziger als »Revisionist« drei Jahre im Gefängnis gesessen hatte, bekam diesmal ein Urteil über siebeneinhalb Jahre, von denen er bis zu seinem Freikauf durch die Bundesregierung fast drei Jahre absitzen musste. Auch Bahro war nach seiner Amnestierung Ende 1979 in den Westen gegangen.

So befand sich Anfang der achtziger Jahre die linke Opposition wiederum in einer Sackgasse. Nach den Hoffnungen auf eine Reform aus der Partei heraus waren auch die Versuche zu einer selbständigen, notwendigerweise konspirativen Organisierung zunächst gescheitert. Die Beteiligten zogen daraus ganz unterschiedliche Schlussfolgerungen. Mehrere verlegten sich auf eine normale Karriere in den Institutionen der DDR. Auf diesem Weg produzierte Hans Peter Krüger in seiner Habilitationsschrift einige der zentralen Momente einer Theorie der Moderne, die in Gestalt des Projektes »Moderner Sozialismus« schließlich statt einer Reform der DDR nur noch die Umbildung der SED in die PDS konzeptionell befördern konnte. Für andere stand am Ende ihrer gescheiterten Bemühungen um die eigene und anderer Leute Veränderung – freiwillig oder erzwungen – der Abgang in den Westen. Einige wenige schließlich blieben im Lande und setzten trotz Haft und Berufsverbot ihre politische Arbeit fort.

Außerhalb des kirchlichen Rahmens war dies nur in streng konspirativen Formen möglich. So traf sich nach Beginn der 80er Jahre ohne Kenntnis des MfS eine Arbeitsgruppe von Ökonomen mit Thomas Klein, Bernd und Nora Gehrke, Stefan Fechner und Burkhard Kleinert. Sie kamen rasch darauf, dass die DDR spätestens 1984 vor einem Offenbarungseid stehen musste – was exakt der Einschätzung des Chefs der Zentralverwaltung für Statistik, Arno Donda, entsprach. Doch stattdessen kam der Milliardenkredit aus der Bundesrepublik: Auf keinen Fall wollte sich die Bundesregierung die Kontrolle über eine Abwicklung der DDR nehmen lassen. Dafür war sie auch bereit, ein Stück weit die SED-Führung zu stützen.

Schutzräume in der evangelischen Kirche ermöglichten breitere und doch zusammenhängende Diskussionen in der entstehenden unabhängigen Friedensbewegung. Dabei vertrug sich gemeinsame Gegnerschaft zur herrschenden SED- Bürokratie und die praktische Solidarität gegenüber staatlicher Repression jeder »staatsfeindlichen« Bestrebung durchaus mit weitreichenden konzeptionellen Differenzen. Ja, die Ausformulierung der inneroppositionellen Widersprüche, ihre Diskussion in halböffentlichen, auflagenschwachen Druckerzeugnissen, zeigte schon vor 1989 Momente der angestrebten Demokratisierung des zweiten deutschen Staates an. Sie wurde nicht nur als nervender Streit erfahren, sondern als Unterschied zur umgebenden Normalität begrüßt.

Wie sehr sich diese Normalität in den achtziger Jahren wandelte, das weisen z. B. die Berichte des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung aus. Angesichts zunehmender ökonomischer Probleme – ganze Bereiche der Industrie, der Landwirtschaft und des Gesundheitswesens wurden offensichtlich auf Verschleiß gefahren, nicht einmal anstehende Reparaturen waren gesichert – nahmen die Zweifel an der Perspektive des DDR-deutschen Sozialismus zu. Obwohl die DDR seit 1984 jedes Jahr Zehntausende in den Westen ziehen ließ, ging die Zahl der Antragsteller auf ständige Ausreise nicht zurück, sondern stieg weiter an. Während die Sowjetunion »Glasnost« verkündete, setzte die SED-Führung die irrealen Erfolgsberichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen fort. Schließlich fragten auch brave Genossen, ob die »da oben« noch wissen, was sie tun.

Die alternativen und oppositionellen Gruppen, von denen die Staatssicherheit 1989 über 150 zählte, reagierten sehr unterschiedlich auf die raschen Wandlungen. Zwar galt noch immer für alle Strömungen, dass sie nicht »hinter das Gemeineigentum an den großen Produktionsmitteln zurückgehen« wollten, wie es Klaus Wolfram rückblickend beschrieb. An der Anti-IWF-Kampagne beteiligten sich 1988 nicht nur Westberliner Autonome, sondern auch Ostberliner oppositionelle Gruppen. Über die möglichen Perspektiven aber bestand kein Konsens.

Im Spätsommer 1989 fassten fünf Aktivisten noch einmal zusammen, wofür linke Oppositionelle in all den Jahren eingetreten waren. Sie wollten eine überfällige Klärung im oppositionellen Milieu und darüber hinaus anstoßen. Sie legierten ihren Text, die »Böhleener Plattform«, als Ergebnis eines »Treffens von Vertretern verschiedener sozialistischer Tendenzen« in jenem Ort südlich von Leipzig, der durch die benachbarten Braunkohlenschwelerei in Espenhain als ökologisches Katastrophengebiet bekannt war. Tatsächlich war das Treffen kleiner und hatte nicht in Böhlen stattgefunden, sondern in einem kleinen Dorf in Ostsachsen.

Eingangs beschrieben sie die Lage: Die fortgesetzte Herrschaft der Politbürokratie hatte nicht nur zu wirtschaftlicher Stagnation und Desillusionierung, sondern ebenso zu weitverbreiteter Passivität in der Bevölkerung geführt. Die Betrachtung der Entwicklung in Ungarn, der UdSSR und Polen verdeutlichte die Gefahren bürokratischer Reforminszenierung ebenso wie die Konsequenzen »konzeptionsloser Anleihen aus dem Arsenal marktwirtschaftlicher Regulative«. Die internationale neokonservative Wende nach rechts (Thatcher, Reagan, Kohl), der Zerfall der ehemals kommunistischen Massenparteien im Westen und das Fehlen von Verbündeten in Osteuropa markierten Bedingungen, in denen trotzdem eine sozialistische Erneuerung erstritten werden sollte:

»Und doch ist die Chance da: Ein souveräner Umschwung in Richtung Sozialismus wäre heute nicht mehr militärischer Einmischung seitens ›wohlmeinender Bruderländer‹ ausgesetzt. Aufgrund der desolaten Wirtschaftslage ist die politische Einmischung des Westens über den Kanal der ›Wirtschaftskooperation‹ viel größer. Die entscheidende Frage bleibt die soziale Basis, die politische Reife und die seriöse Programmatik sozialistisch votierender Kräfte im Lande selbst.«

Die Grundlage eines gar nicht minimalen, sondern recht ausführlichen linken »Minimalkonsenses« sahen sie in fünf Positionen:

- gesellschaftliches Eigentums an Produktionsmitteln als die vorherrschende und perspektivische Grundlage sozialistischer Vergesellschaftung,
- Ausbau der Selbstbestimmung der Produzenten in Verwirklichung realer Vergesellschaftung der gesamten ökonomischen Tätigkeit,
- konsequente Verwirklichung des Prinzips der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Gesellschaftsmitglieder,
- politische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Verwirklichung der ungeteilten Menschenrechte und freie Entfaltung der Individualität jedes Gesellschaftsmitglieds,
- ökologischer Umbau der Industriegesellschaft.

Wer allerdings dieses Programm diskutieren, verändern und umsetzen sollte, das musste offen bleiben. Die Organisationsfrage könne erst nach einer inhaltlichen Klärung beantwortet werden. Als praktischen Schritt schlugen die Autoren eine gemeinsame Konferenz der Strömungen mit sozialistischer Tendenz vor. In die oppositionelle Öffentlichkeit gelangte der Text Anfang September 1989. Als die Konferenz Ende November tatsächlich zusammentrat, hatten sich das Land und damit die Funktion der »Böhlener Plattform« gründlich geändert.

## Literatur

Wolfgang Rüdtenklau: Störenfried. DDR-Opposition 1986-1989, Berlin 1992.

Sebastian Gerhardt: Politbürokratie und Hebelwirtschaft in der DDR. Zur Kritik einer moralischen Ökonomie (Hefte zur DDR-Geschichte, Nr. 45) Berlin 1997.

Bernd Gehrke/Wolfgang Rüdtenklau (Hg.): ... das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende. Münster 1999.

Thomas Klein: Für die Einheit und Reinheit der Partei. Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht. Köln/Weimar/Wien 2002.

Thomas Klein: »Frieden und Gerechtigkeit«. Die Politisierung der Unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der 80er Jahre, Köln/Weimar/Wien: Böhlau 2007.

Leonore Ansorg/Bernd Gehrke/Thomas Klein/Danuta Kneip: Das Land ist still – noch! Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971 – 1989). Köln, 2009.

## Links

[www.ddr89.de](http://www.ddr89.de) – Umfangreiche und pluralistische Dokumentation der unabhängigen Gruppen im Herbst '89, u. a. mit der »Böhlener Plattform« und einigen Texten aus den Jahren seit 1986

## **Vom Kampf gegen die Politbürokratie zur Verteidigung der DDR Unabhängige Linke im Kurzen Herbst der Utopie 1989/90**

Im Spätsommer 1989 hatte sich die DDR verändert. Durch die Ritzen im »Eisernen Vorhang« verabschiedeten sich Zehntausende, die anderswo ein besseres Leben vor sich sahen. Das Westfernsehen trug die Bilder der schwindenden Kontrolle der SED über »ihre« Bürger in die Wohnzimmer der Republik. Für viele war das der letzte Anstoß, eigenen Unmut nicht länger zu verdrängen. Die rasch – nach den Zusammenstößen am Dresdener Hauptbahnhof am 3./4. Oktober – erlernte Gewaltfreiheit bahnte den Weg zur gesellschaftlichen Anerkennung der Opposition. Es begann eine Zeit intensivster Auseinandersetzungen, von Diskussionen und Demonstrationen, bei denen kaum überschaubar war, was am Ende herauskommen würde. Nach Jahrzehnten der Bevormundung im Namen »historischer Notwendigkeiten« musste diese Offenheit als Befreiung empfunden werden. Alle oppositionellen Gruppen fanden sich damit in einer Situation wachsenden Zuspruchs, der sich nur langsam inhaltlich differenzierte.

Denn der Weg in die Öffentlichkeit war in der DDR eine gar nicht einfache Sache. Es gab die Westmedien. Erklärungen dort konnten Debatten im Lande aber höchstens befördern, nicht ersetzen. Im Lande befanden sich nicht nur alle Massenmedien in der Kontrolle der SED, auch einfache Vervielfältigungsinstrumente (Abziehapparate, Drucker aller Art, die ersten Kopierer) erfreuten sich des besonderen Interesses der Staatsmacht, die ihre Nutzung zu staatsfeindlichen Zwecken verhindern wollte. Veranstaltungen waren genehmigungspflichtig. Aber im Herbst '89 traten neben die Räume und Vervielfältigungsmittel der Kirchen immer öfter umgewidmete Gegenstände des staatlichen Eigentums, die von Arbeitskollektiven zur Verbreitung neuer Ansichten eingesetzt wurden. So gab es zwar keine gemeinsame Öffentlichkeit, aber viele Freiräume, in denen Interessierte Aufklärung über die neuen politischen Initiativen erlangen konnten. Für Informationen über aktuelle Ereignisse blieb jedoch die mündliche Überlieferung mit all ihren Zufälligkeiten, blieben das Gerücht und die Anekdote die beherrschende Kommunikationsform. Ebenso zufällig war anfangs oft der Ort des politischen Engagements, ließ sich doch ein umfassendes Bild der politischen Alternativen außerhalb der engen Kreise der Gründerväter und -mütter kaum gewinnen.

Am besten entsprach dieser Lage das »Neue Forum«. Mit seiner Gründung am 10./11. September hatten sich wesentliche Teile der DDR-Opposition auf den Weg gemacht, die dialogorientierte Vorbereitung einer Reform in Angriff zu nehmen. Auf das Wort »Sozialismus« verzichteten sie dabei bewusst. Zwar beriefen sie sich auf Artikel 29 der Verfassung der DDR, wonach Bürger der DDR das Recht haben, sich in Vereinigungen zu organisieren, um »ihre Interessen in Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Zielen der Verfassung zu verwirklichen«. Rein juristisch hatten sie sich damit viel enger an die bestehenden Verhältnisse gebunden als alle anderen oppositionellen Neugründungen des Herbstes '89. Real war entscheidend, das ihr »Aufruf '89« jenseits von »Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur« alles offen ließ. Die Ablehnung einer kapitalistischen Lösung der wirtschaftlichen Probleme hatten sie zum Unbehagen über eine drohende »Ellenbogengesellschaft« gemildert. Auch Aktivisten der linken Opposition der siebziger und achtziger Jahre fanden dieses Vorgehen attraktiver, als das Beharren auf den eigenen Konzepten.

In welcher paradoxer Lage sich die entschiedene Linke befand, die sich auf die »Böhlener Plattform« stellte, zeigte ein erstes offenes Treffen der Initiative in der Berliner Umweltbibliothek am 2. Oktober 1989. Zunächst waren viele der Anwesenden gekommen, weil sie glaubten, an einer Veranstaltung des »Neuen Forum« teilnehmen zu können. Dann blieben viele, auch als sich ihr Irrtum herausstellte: Gegen den in fünf Punkten gefassten Minimalkonsens der »Böhlener Plattform« gab es keine Einwände. Es konnte die Vorbereitung einer Arbeitskonferenz verabredet werden. Gegen eine Abschlusserklärung regte sich aber Widerspruch: als handelnde politische Gruppe konnte und wollte sich die Mehrheit der Anwesenden nicht verstehen. Das politische Konzept der »Böhlener Plattform« war hier schon gescheitert. Denn der angestrebte inhaltliche Klärungsprozess vor der organisatorischen Bildung einer »Vereinigten Linken in der DDR« setzte voraus, dass es verschiedene selbständige, diskussions- und handlungsfähige sozialistische Gruppen gab. Tatsächlich gab es solche Gruppen kaum, außerhalb Berlins gar nicht. Sie entstanden erst nach und nach. Und sie bezogen sich auf die »Böhlener Plattform« – trotz der

entgegenstehenden Absichtserklärung im Text – als das Gründungsdokument einer Organisation, das ihre politische Identität manifestierte.

Auch die Berliner Aktivisten der »Böhlener Plattform« mussten sich de facto als Organisatoren einer politischen Organisation benehmen. Es wurde nicht nur die angekündigte Konferenz vorbereitet, sondern auch aktuell Position bezogen. Nachdem das Politbüro der SED den Slogan des »Dialogs« aufgenommen hatte, antworteten sie deutlich:

»Nicht die Erklärung des Politbüros vom 11. Oktober, sondern der Druck, welcher von den entstandenen scharfen Widersprüchen ausgeht und die Herausforderung an alle Menschen unseres Landes, endlich selbst etwas zu ändern, ist die Grundlage unseres Handelns. Über die entstandene Situation und die Schuldigen dafür dürfen wir uns keine Illusionen machen: Nicht nur die sozialistische Perspektive der DDR steht auf dem Spiel, auch die Bewahrung und Entwicklung so wichtiger sozialer Errungenschaften wie die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die kostenlose medizinische Betreuung aller Bürger, die soziale Sicherheit oder die gleichen Bildungschancen für Arbeiterkinder sind gefährdet, wenn der Stagnation nicht bald ein Ende gesetzt wird. Wir müssen befürchten, dass immer mehr Menschen in ihrer Enttäuschung sich nicht nur von der Regierung und der SED, sondern vom Weg des Sozialismus überhaupt distanzieren. ... Nachdem vor 1961 bereits zweieinhalb Millionen Menschen der DDR den Rücken gekehrt haben, ist heute angesichts des Massenexodus der zehntausenden vor allem jungen Bürger, die ihre ganze bisherige Lebenszeit in ummauerter Sterilität des DDR-Sozialismus zubrachten, jede einseitige Schuldzuweisung an den Westen ebenso hilflos wie lächerlich. In der Tat erweist es sich als klägliches Ablenkungsmanöver, den Feinden des Sozialismus im Ausland vorzuwerfen, sich wie Feinde zu benehmen.«

Deshalb setzten sie auch nicht allein auf den wichtigen »Kampf um das freie Wort«, der mit dem »Neuen Forum« und anderen Bürgerinitiativen begonnen habe: »Wenn ... verhindert werden soll, dass die Kosten des bisherigen verfehlten Kurses auf die Bevölkerung abgewälzt werden, wenn eine grundsätzliche Änderung der Entwicklung, ein Durchbruch zu Demokratisierung und sozialistischer Freiheit durchgesetzt werden soll, dann muss dies von den Werktätigen in den Betrieben erstritten werden – auch deshalb, weil gerade sie immer die Hauptlast jeder verfehlten Politik zu tragen haben.« Als Sofortmaßnahmen schlugen sie den Rücktritt des Politbüros der SED und der Regierung vor. Eine Übergangsregierung sollte u. a. die Demokratisierung der Presse, die »Legalisierung des 'Neuen Forums' und aller anderen für sozialistische Demokratie und Freiheit eintretenden Gruppen«, die Offenlegung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Situation der DDR ermöglichen. Ein regierungsunabhängiger Kongress demokratisch und geheim gewählter Delegierter der Betriebsbelegschaften sollte innerhalb von drei Monaten zusammentreten und über das weitere Vorgehen entscheiden.

Dieser Forderungskatalog war nur insofern realistisch, als er einige notwendige Bedingungen für die Verteidigung einer sozialistischen Perspektive für die DDR formulierte. Die erste Bedingung war zweifellos die Entmachtung der Politbürokratie, die das Land selbst in der Krise nach den alten Mustern kommandieren wollte – und damit immer weiter in die Sackgasse führte. Wie weit sie sich mit der Thematisierung der Machtfrage allerdings von der vorherrschenden Stimmung in den oppositionellen Gruppen entfernt hatten, das bescheinigte den Aktivisten der »Böhlener Plattform« gleich am 13. Oktober eine aufgeregte Antwort des »Neuen Forum« Leipzig. Unter dem Titel »ER STAND SOWEIT LINKS, DASS ER RECHTS WIEDER HERAUSKAM.« hieß es darin: »Das Neue Forum distanziert sich hiermit ausdrücklich und ganz entschieden von der Erklärung der Böhlener Plattform. Eine Dialogbereitschaft der Führungsspitze der SED ist nicht durch ein Unterdrucksetzen, durch Forderungen, welche beiden Seiten zur Handlungsunfähigkeit degradiert, zu erreichen. Selbst bei einer oberflächlichen Betrachtung der Punkte des Böhlener Papiers muss auffallen, dass diese illusionären Bedingungen gefährlich, ja reinweg staatsfeindlich sind.«

Das war starker Tobak. Wohl erstmals in der Geschichte der DDR-Opposition ging eine Gruppe soweit, einer anderen oppositionellen Strömung die Solidarität komplett aufzukündigen, indem sie der »Staatsfeindlichkeit« bezichtigt und ihre Protagonisten als verkappte Rechte denunziert wurden. Die spätere Abneigung der Bürgerbewegungen gegen die »Radikalen von Rechts und Links« kündigte sich hier ebenso an wie die Wertschätzung eines geordneten Alltags. Beides war anschlussfähig für Wandlungen, die ganz unabhängig von den Kontroversen in der Opposition im Gange waren.

Denn in dem Maße, wie die DDR-Staatsmacht das Feld räumte, rückte eine andere Macht in den Vordergrund: der Einfluss der benachbarten Bundesrepublik, die mit 500 Millionen harter DM die Freizügigkeit der DDR-Bürger über Ungarn ermöglicht hatte und als erfolgreichere staatliche Alternative sowohl den verzweifelten DDR-

Bürokraten wie einer wachsenden Zahl ihrer Bürger als Rettung in der Not erschien. Ohne zusätzlich Kredite aus dem Westen in Höhe von insgesamt 10 bis 15 Milliarden DM hielten die Spitzenfunktionäre der DDR-Wirtschaft die Lage nicht mehr für kontrollierbar. Die Antwort des Bundeskanzlers erfolgte am 8. November im Deutschen Bundestag: »Wir wollen nicht unhaltbar gewordene Zustände stabilisieren. Aber wir sind zu umfassender Hilfe bereit, wenn eine grundlegende Reform der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR verbindlich festgelegt wird.« Damit war die Konzeption der wendigen SED-Politbürokraten gescheitert. Am 9. November erklärten sie mit der Maueröffnung ihre Kapitulation vor dem Westen. Voraussetzung für weitere Kreditgeschäfte mit dem Westen war – nach dem faktischen Zusammenbruch des Ostblocks im Sommer 89 (SU, Polen, Ungarn) – jene innere Stabilität, die zugleich erst durch dieses Geschäft geschaffen werden sollte. Ein absurder Widerspruch, dessen Lösung der Chef des Bereiches Kommerzielle Koordinierung, der »Offizier im besonderen Einsatz« des Ministeriums für Staatssicherheit, Alexander Schalck-Golodkowski, vorwegnahm, als er sich am 2. Dezember unter den Schutz der Bundesregierung stellte. Mit der Nachrichtenmeldung über die Flucht der zentralen Figur des geheimen Außenhandelsapparates war das Ende des Politbüros und der Staatssicherheit besiegelt.

Inmitten dieser Entwicklungen trat am 24./25. November das erste Arbeitstreffen der »Initiative für eine Vereinigte Linke in der DDR« zusammen. Da war es für viele Entscheidungen schon zu spät, für viele gemeinsame Schritte aber noch zu früh: Die Folgen der jahrzehntelange Isolierung der linken Opposition konnte nicht in wenigen Wochen ungeschehen gemacht werden. Entscheidend war nicht, dass organisatorische Absprachen am Protest verschiedener Feinde eines bösen Zentralismus scheiterten. Am 9. Dezember wurde dieses Manko in Leipzig mit der Gründung eines republikweiten »Bundes unabhängiger Sozialisten« behoben. Geplant und bezeichnet als Gruppe innerhalb des Netzwerkes VL war der BUS praktisch die Organisationsstruktur für die entstehende Vereinigte Linke (VL) und trat nach seiner Gründung auch nicht mehr gesondert in Erscheinung. Entscheidend war, dass sich die DDR-Gesellschaft im Aufbruch weit widersprüchlicher zeigte, als die eigenen Analysen hatten erwarten lassen. Weder waren die anderen Oppositionsgruppen bereit, den Machtapparaten in Staat, Partei und Wirtschaft gemeinsam entgegenzutreten. Mehr als eine Kontrolle der Regierung durch den »Runden Tisch« war hier nicht zu haben. Die oppositionellen Gemeinsamkeiten reichten nicht mehr weit, zumal die ersten ihre Partner im Westen schon gefunden hatten. Noch weniger gab es eine Idee, wie mit den Wiedervereinigungsparolen umgegangen werden konnte. Hier musste die VL zu ihrer Überraschung feststellen, dass die SED keinesfalls entschlossen war, die Souveränität der DDR zu verteidigen: Die Politbürokraten hatten vor dem westlichen Klassenfeind weit weniger Angst als vor den Demonstranten im eigenen Land.

In dieser Situation reagierte die VL mit einer radikalen Ausweitung ihrer Rhetorik: Statt des Runden Tisches sei ein »Volkskongress« nötig. Es sollten »Volksausschüsse« gebildet werden, die »sämtliche Angelegenheiten ihres Gebietes in ihre Hände nehmen« können. Tatsächlich hatten sich nicht nur Bürgerkomitees zur Kontrolle der Auflösung der Staatssicherheit, sondern an verschiedenen Stellen basisdemokratische Selbstverwaltungsorgane gebildet. Nicht alle lokalen »Runden Tische« beschränkten sich auf Kontrolle, manche griffen auch in das Handeln der Verwaltung ein. In einigen Kasernen wurden Soldatenräte gegründet. Und in einer ganzen Reihe von Betrieben entstanden Betriebsräte oder machten die Belegschaften über die Gewerkschaftsorganisationen ihren Einfluss geltend. Es gab eine breite basisdemokratische Bewegung, in der auch rätendemokratische Ideen von radikalen Linken in Halle, Berlin oder Rostock aufgenommen wurden. Nur hatte diese Bewegung, anders als in den Texten der VL unterstellt, keine weitreichenden sozialistischen Ziele. Vielmehr ging es darum, angesichts unübersehbarer Veränderungen wenigstens einen Fuß in die Tür zu kriegen. Gerade in den Betrieben begann der Aufschwung der Demokratiebewegung erst nach dem 9. November, oftmals befördert durch Ängste, die vormals »sozialistischen Leiter« würden nun bei westlichen Geschäftspartnern auf Kosten der Beschäftigten ihren Vorteil sichern.

Der Rest ist schnell erzählt. Die VL beteiligte sich trotz ihrer Kritik intensiv an der Arbeit des Zentralen Runden Tisches. Es bildeten sich lokale Gruppen in allen Bezirken der DDR, die vor Ort autonom handelten, weil eine Zentralisierung gar nicht möglich war. In Ermangelung von Mitgliederlisten schätzten die Beteiligten die Zahl der Aktiven im Januar/Februar 1990 auf etwa 2 000. Mit etwas Mühe gelang es der sich bildenden Basis der VL sogar, die eigenen Vertreter am Runden Tisch und in den Gesprächsrunden der Oppositionsgruppen immer wieder zurückzubinden. So wurde die voreilige Zusage zur Teilnahme an einem Wahlbündnis aller Oppositionsgruppen Anfang Januar wieder zurückgezogen, weil es sich um eine reine »Anti-SED-Koalition« gehandelt hatte. Und Ende Januar trat der bereits benannte Vertreter der VL seinen Posten als Minister ohne Geschäftsbereich in einer »Regierung der nationalen Verantwortung« nicht an, weil mit Hans Modrows Erklärung »Deutschland, einig Vaterland« die Grenzen linker Politik gleich mehrfach überschritten wurden. Am Ende der DDR war es aus-

gerechnet die VL, die radikale linke Opposition, die sich als einzige politische Organisation die Verteidigung der Souveränität des Landes ins Wahlprogramm und auf die Fahnen schrieb. Nicht, weil dieses Ziel noch erreichbar schien, sondern weil es die einzige Möglichkeit war, der Vergrößerung der Bundesrepublik klar entgegenzutreten. Die PDS sah die Sache anders, sie wollte die »Deutsche Einheit« lieber mitgestalten. Realistischer war das nicht.

Angesichts der von der Bundesregierung am 5. Februar 1990 vorgelegten Pläne für eine Währungsunion konnten die vorgezogenen Parlamentswahlen am 18. März nur noch zu einem Plebiszit über den Weg zur DM werden. Nicht alle waren von dieser Aussicht begeistert. Die Option für den Westen ging bei den meisten Leuten mit vielen Bedenken, Befürchtungen und einer ungeheuren Resignation einher: Wenn es schon nicht anders geht – wenigstens haben die im Westen eine effektive Wirtschaft, einen Rechtsstaat usw. Für VL wurde der Wahlkampf zum Höhe- und Bruchpunkt der Organisationsgeschichte. Weitgehend ohne Mittel, mit nur einigen wenigen Verbündeten in Ost und West, aber mit dem nötigen Humor machte sie die Probe aufs Exempel: Mit 20 342 Stimmen landesweit erreichte sie ein Mandat in der Volkskammer der zehnten und letzten Wahlperiode.

Trotz der völligen Erschöpfung der Aktiven und der Aussicht auf das rasche Ende der DDR ging die Organisation aber nicht ein. Zwar scheiterten verschiedene Projekte, in den folgenden Jahren in der PDS oder in den Grünen die eigenen Inhalte politisch zu verankern. Bezahlte parlamentarische Politik und Basisdemokratie vertragen sich nicht gut. Aber es blieben einzelne Gruppen, die lokal noch über Jahre aktiv waren oder sind und verschiedene alternative Projekte hervorgebracht haben. Der seit 1991 eingetragene Verein »Initiative für eine Vereinigte Linke e. V.« existiert bis heute. Bei einem Treffen im November 2009 wurde nicht nur über die Vergangenheit diskutiert, sondern über die Praxis einer unabhängigen ostdeutschen Linken – von 1989 bis heute.

## Literatur

- Stefan Bollinger (Hg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe. Berlin 2004  
Bernd Gehrke/Renate Hürtgen (Hg.): Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989. Berlin 2001  
Sebastian Gerhardt: »Die Ökonomie ist Mittel zum Zweck« oder: Die DDR und ihr ökonomisches Grundgesetz  
(URL: <http://www.horch-und-guck.info/hug/archiv/2000-2003/heft-43/04302/>)  
Projekt »Fragen und Antworten – 20 Jahre nach 1989«. In: express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Nr. 9-10/2009 und 11/2009  
Walter Süß: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin 1999

## Links

- <http://www.hausderdemokratie.de/herbstderutopie/>  
<http://www.ddr89.de/>

Bernd Hüttner

## Zur Geschichte der Internationalismusbewegung in der Bundesrepublik bis 1992

Tief in den 1980er Jahren ist alles viel besser, oder zumindest etliches: Es gibt die relativ übersichtlichen Blöcke samt ihrer Konfrontation, auch wenn der Osten schon etwas Schwächen zeigt. Es gibt viele Dritte-Welt-, internationalistische und antiimperialistische Gruppen. Der Kommunistische Bund, der sich dann 1991 auflösen wird, und von dem heute noch die Zeitschrift »analyse und kritik« übrig ist und linke Grüne bilden das politisch-strategische Scharnier zwischen ChristInnen, Gewerkschaften und anderen »ReformistInnen« einerseits, und Autonomen, AntiimperialistInnen und anderen »RevolutionärInnen« andererseits. Den Begriff NGO gibt es noch nicht, oder man bezeichnet damit transnationale Konzerne oder die Weltbank. Es gibt zwar eine Unmenge an Bündnisverhandlungen und Streit in der Linken, z. B. um die Gewaltfrage, aber immerhin wird kooperiert und Streit ist immer noch besser als gar keine Auseinandersetzung.

Heute sind die 1990er Jahre Geschichte und ihre politischen Konstellationen in Archiven öffentlich zugänglich und harren in Bananenkisten in diversen Privatkellern und Dachböden, der (fragwürdigen Wieder-?)Entdeckung oder ihrer Entsorgung im nächsten Altpapiercontainer.

### Zum Begriff

Die Internationalismusbewegung ist mit der Dritte-Welt-Bewegung nicht deckungsgleich. Zur Dritte-Welt-Bewegung gehören z. B. auch die kirchlichen und halbstaatlichen Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen, die sich vor allem auf Spendensammeln konzentrieren, oder in der sogenannten Entwicklungshilfe tätig sind. Im Gegensatz dazu können antirassistische oder feministische Gruppen sehr wohl Teil der Internationalismusbewegung sein, würden sich aber nicht als Dritte-Welt-Bewegung verstehen.

Die Geschichte der Internationalismusbewegung ist ohne die Revolte von 1968 nicht zu denken. Der Aufbruch in den Metropolen trifft auf antikoloniale Befreiungsbewegungen im Süden. Zwar hatte es auch schon vor 1967/68 in Deutschland internationalistische Arbeit gegeben, etwa zu Algerien oder zum Kongo. Auch die Vietnambewegung begann schon ab ungefähr 1965, eine breitere Öffentlichkeit erreichte sie aber erst ab 1968/69. Die Internationalismusbewegung der 1970er Jahre war eine der klassischen Ländersolidarität. Zwar verstand mensch, zumindest der linke Flügel, seine Tätigkeit schon in einem weiter gespannten Rahmen, aber vieles war doch auf ein Land, eine Region oder ein Thema zugeschnitten. 1974 begann die Nelkenrevolution in Portugal, 1978 die Solidaritäts-Arbeit zu Nicaragua, in diesem Jahr gab es auch eine Kampagne zu Argentinien und ab 1980 zu El Salvador. Große Bedeutung hat in den 1980er Jahren auch die Arbeit zu Südafrika, und es gab, heute schwer vorstellbar, Solidarität mit Libyen. Einen eigenen Stellenwert nahm die Arbeit zu Palästina ein, weil sie aus heutiger Warte seltsam anmutet. In den 1990er Jahren fand die klassische Länderarbeit vor allem zu Kurdistan und dann, ab 1994, zu Mexiko (Chiapas) statt.

### Selbstverständnis, ...

Die Aktionen und die Arbeit der Internationalismusbewegung sind, natürlich je nach politischen Spektrum und Zeitpunkt, in der Selbstdefinition und der Außensicht in verschiedene politische Strömungen unterteilbar. Die beiden größeren waren zum einen die christlich-humanistische und die traditionell-linke Strömung. Der ersten geht es um die Beseitigung von Ungerechtigkeit in der Welt. Sie geht, wenn auch in unterschiedlichem Maße, caritativ an die Dinge heran, hat aber eine größere Offenheit als andere für Veränderungen im eigenen Handeln im globalen Norden. So entstehen viele Welt-Läden aus diesem Spektrum und auch die Mitgliedsgruppen des Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) ist in den 1980ern von diesem Spektrum geprägt.

Die traditionell-linke Strömung, dazu zählt die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) samt ihrer Vielzahl an befreundeten Organisationen, geht es zwar um eine sozialistische Transformation, aber, mindestens genauso

wichtig, um die Unterstützung der (Außen-)Politik der sozialistischen (Bruder-)Staaten im Ostblock und der sogenannten Dritten Welt. Bündnispolitisch stand dieses Spektrum noch stärker als das christliche für eine sehr breite Herangehensweise gegenüber Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Kirchen.

Als dritte Strömung ist die undogmatische Linke zu zählen, die teilweise aus »Über- und Fortgelaufenen« aus den bisher genannten Strömungen besteht. Es verbindet die Kritik an den internationalen Verhältnissen mit einer starken Kritik an den Verhältnissen im Norden, es verfügt über eine halbwegs konsistente und sich auf der Höhe der (damaligen) Verhältnisse bewegendes Kapitalismusanalyse und -kritik. Auch diese Strömung propagierte kollektive kulturevolutionäre Veränderungen.

Eine kleinere Strömung ist die sozialrevolutionäre. Sie verfolgt unter dem Motto »Eine Mordmaschine kann man nicht reformieren« eine radikale Kritik der bestehenden Weltwirtschaft und bezieht sich auf die internationale Massenarmut und ihre Aufstände (»riots«). Diese Strömung legte beeindruckende Texte vor, etwa in den Zeitschriften *AUTONOMIE*. *Materialien gegen die Fabrikgesellschaft* (1985 eingestellt), *wildcat* und der Buchreihe »Materialien für einen neuen Antiimperialismus«. Aus diesem Spektrum kommt schon früh die Aufforderung an die Linke, sich mit Rassismus, Migration und Asylpolitik zu befassen. Ein Höhepunkt an Aktionsfähigkeit und theoriepolitischem Einfluss dieser Strömung war die Kampagne gegen den 1988 in Berlin tagenden IWF-Kongress. SozialrevolutionärInnen kritisierten ebenfalls schon sehr früh die Orientierung der Internationalismusbewegung an nationalen Befreiungsbewegungen und am leninistischen Stufenmodell nationaler Befreiung, das zwar erst nationale Befreiung im Bündnis mit den progressiven Teilen der nationalen Bourgeoisie, dann den »Sozialismus« vorsehe, aber kaum mehr als weltmarktabhängige Entwicklungsdiktaturen hervorbringe.

### ... Neuer Internationalismus und ...

Die sozialrevolutionäre und die undogmatisch-linke Strömung propagieren die Herausbildung eines »neuen Internationalismus«, der sich sowohl von der karitativen Ländersolidarität als auch vom proletarischen Internationalismus absetzt. Danach beinhaltet Internationalismus eine kritische Überprüfung der eigenen Bilder vom Süden, die Reflexion der eigenen Verwobenheit in das Weltsystem und der daraus auch für die (männlich geprägte) Linke resultierenden Privilegien und vor allem den Bezug zur Situation und den Kämpfen im Norden. Der neue Internationalismus äußert sich nach der Anti-IWF-Kampagne z. B. in den Aktionen gegen den Energiekonzern Shell, oder auch in der Beschäftigung mit *people of colour* in den USA oder in Deutschland, letzteres vor allem durch Feministinnen.

Grundsätzlich gibt es nahezu strömungsübergreifend in den 1980er Jahren eine gewisse Abwendung von der am Land oder einer Region orientierten internationalistischen Arbeiten hin zu allgemeineren Fragen. Zum einen die Fragen von politischer Organisation, Strategie und Hegemonie, zum anderen inhaltliche Punkte, die »über« den einzelnen Ländern lagen, wie etwa Weltwirtschaft und -handel, Kritik von Entwicklungspolitik, Feminisierung der Arbeit und der Armut oder auch Militarisierung.

Zur Selbstkritik der End-1980er Jahre gehört auch »Drei zu Eins«, bzw. die Debatte zu *triple oppression*<sup>1</sup>. Was wie ein Fußballspielergebnis klingt, ist der Titel eines Textes, der 1990 erscheint und dann für viel Diskussionsstoff sorgt. Er thematisiert das Verhältnis der drei Herrschaftsformen und die Gesellschaft strukturierenden Prinzipien Kapitalismus, Sexismus und Rassismus. Die AutorInnen lehnen die These vom Haupt- und Nebenwiderspruch ab, vielmehr seien die verschiedenen Unterdrückungsverhältnisse ineinander verschränkt. Diese Diskussion kam aus dem feministischen und antirassistischen Spektrum, also eher von den »Rändern« der Linke, und führte zu einer Kritik bisheriger Auffassung von Politik, Organisation und Revolution.

### ... Aktionsformen

Die Aktionsformen der Internationalismusbewegung waren zunächst einmal die klassischen: Aufklärung durch Öffentlichkeitsarbeit, Information und Aktion. Es wird über die Ereignisse anderswo berichtet, die Verbindungen zu Deutschland gezogen und Delegationen entsandt, die wiederum hier berichten. Es werden Geld- oder Sachspenden gesammelt. Bald gehörten auch Demonstrationen zum Repertoire, und bewaffnet kämpfende Gruppen

1 Vgl <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/id-verlag/BuchTexte/DreiZuEins/DreiZuEins.html>

wie etwa die Rote Armee Fraktion, die Revolutionären Zellen oder die militanten Frauengruppe Rote Zora geben ihren Anschlägen einen internationalistischen Begründungszusammenhang. In den 1980er Jahren ist das Aktionspektrum am weitesten ausdifferenziert: Nun gehören auch Formen des zivilen Ungehorsams zu den praktizierten Aktionsformen, wie etwa die »Umzingelung« des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Bonn. Gleichzeitig sind alltagskulturelle Verhaltensweisen weit verbreitet: der Kauf und Konsum von Dritte-Welt-Waren, vor allem Kaffee und Tee, das Tragen von PLO-Tüchern etc.

### **Der Bruch von 1990/92**

Ab Anfang der 1990er Jahre geriet die »Internationalismusbewegung«, nicht zuletzt durch den Zusammenbruch der Sowjetunion in eine tiefe Krise. Die Diagnosen nach der Untersuchung des im Koma liegenden Patienten »Internationalismusbewegung« fallen Mitte der 1990er Jahre unterschiedlich aus. Als große Einschnitte lassen sich drei Ereignisse festmachen: Die (von den Sandinisten verlorenen) Wahlen in Nicaragua 1990, der »Golfkrieg« 1991 und in Deutschland 1992 die Pogromwelle von Hoyerswerda etc.

Die Abwahl der aus der Revolution entstandenen Regierung in Nicaragua zeigt der Internationalismusbewegung Grenzen auf. Dieses Ereignis stellt für die Mittelamerika-Solidarität, die die gesamten 1980er Jahre eines der wichtigen Themen der Bewegung war, einen herben Rückschlag dar.

1991 werden in den Debatten um den »Golfkrieg« kritische und undogmatische Positionen zwischen den kriegsbefürwortenden Linken und der deutschtümelnden Massenbewegung (»Kein Blut für Öl«) eingeklemmt. Sind die einen antiamerikanisch und tun so, als würden die (amerikanischen) Bomben auf Bagdad auf deutsche (!) Städte fallen, argumentierten andere, der irakische Staatschef Hussein sei der neue Hitler und spielen so Antifaschismus gegen Antimilitarismus aus und befürworten einen Militäreinsatz. Die Internationalismusbewegung macht in dieser Auseinandersetzung keinen guten Eindruck.

Dieses Bild setzt sich in den – ausbleibenden – Reaktionen auf die rassistische Pogromwelle in Deutschland 1992 fort. Die Dritte-Welt-Bewegung versagt, ebenso wie Kirchen oder Gewerkschaften, vor der rassistischen Eskalation, die Internationalismusbewegung ist schon viel zu geschwächt, um hier noch politisch gegensteuern zu können.

In Folge kommt es zu einem stetigen Utopieverlust und zum wachsenden Wunsch nach Mitgestaltung – 1992 findet die berühmte »Rio-Konferenz« zu Umwelt und Entwicklung statt, in deren Folge viele Dritte-Welt-Gruppen vollends auf Nachhaltigkeit, Mitgestaltung und Lobbypolitik umstellen. So gesehen, ist die Kampagne »500 Jahre Conquista« im Jahr 1992 die letzte klassische Kampagne der alten Internationalismusbewegung. Danach brachen die Spektren vollends zusammen, bzw. entfernten sich soweit voneinander, dass eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich war. Auch radikalere Kräfte sehen sich einem Zerfallsprozess ausgesetzt: Vormalig illegal (und bewaffnet) agierende Gruppen erklären nach und nach ihre Selbstaflösung, meist verbunden mit herber Selbstkritik.

Es führt nicht weiter, wenn heutige Erkenntnisse und Debatten auf vergangene politische Bewegungen angewandt werden. Es gilt sich zu vergegenwärtigen, dass das was heute Stand ist, oder zumindest sein sollte, bei seiner Einführung auf Widerstände stieß, wie auch großes positives Erstaunen und Lernbegierigkeit auslöste.

Fraglich ist, ob eine größere Radikalität zu mehr Erfolg geführt hätte. In der Anti-IWF-Kampagne 1988 ist es zum Beispiel so, dass linksradikale Gruppen zum Gipfelsturm mobilisieren, gleichzeitig aber ein aggressives Vorgehen der Polizei an die Wand malten. Dieses ist dann auch am Platz, und agiert auch gemäß seiner Aufgaben gar nicht gewaltfrei, den öffentlich wahrnehmbaren Protest machen aber nicht Linksradikale, sondern eher gemäßigte Menschen, die die BankerInnen und andere mit ihren Aktionen erfolgreich nerven. An der Abschlussdemonstration nehmen dann über 50 000 Menschen teil.

Internationalismus unterliegt immer schon geographischen und kulturellen Beschränkungen und Vorlieben. Interessant ist immer die gerade stattfindende Revolution, und die Reihenfolge auf der Beliebtheitsskala an Kontinenten, zu denen gearbeitet wird, ist immer noch die gleiche: Auf Platz 1 liegt Süd- und Mittelamerika, dann folgt Afrika, dann Asien, dann der Rest.

In den gut zwanzig Jahren nach 1968 ist Internationalismus Pop. Politische Figuren (und Ideen) mit denen sich mensch identifizieren konnte (Che, Ho-Tschi-Minh, etc. pp.), gibt es heute nicht (mehr). Nicht zufällig konnte Subcomandante Marcos in seinem Outfit eine so große Aufmerksamkeit erringen. Nun geht es nicht darum, dass Menschen sich mit anderen identifizieren, sondern das Fehlen solch populärer Ideen und Motive verschlechtert die Bedingungen des Kampfes um eine linke Hegemonie. Die Orientierung am Alltag, die einmal von undogmatischen und feministischen Gruppen gegen das linke Politikmodell gefordert wurde, ist heute in eine Konsumorientierung verwandelt. Anstöße für eine theoretische Erneuerung einer linken und feministischen Internationalismusbewegung kommen dann erst durch die ZapatistInnen ab 1994 und später durch die »Globalisierungsbewegung« ab 1999.

## **Literatur**

Werner Balsen/Karl Rössel, Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln 1986  
Helga Eblinghaus, Armin Stickler: Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development; Frankfurt 1996  
Andreas Foitzik, Athanasios Marvakis (Hrsg.): Tarzan – was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche, Hamburg 1997  
Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 3/1994, Solidaritätsbewegungen. Zwischen Hoffnung und Resignation  
Gruppe Feministischer Internationalisms (Hg.), Zwischen Staatshaushalt und Haushaltskasse, Bremen 1989  
Josef Hierlmeier: Internationalismus. Eine Einführung in die Ideengeschichte des Internationalismus; Stuttgart 2006  
Marion Kraft u. a. (Hg.), Schwarze Frauen der Welt, Berlin 1994  
Zum »Neuen Internationalismus« siehe [www.materialien.org](http://www.materialien.org)  
PIZZA (Hg.), ODRANOEL. Die Linke – zwischen den Welten, Hamburg 1992

## **Websites**

[www.buko.info](http://www.buko.info)  
[www.archiv3.org](http://www.archiv3.org)

## **Konjunkturen der Solidarität oder vom Mitgefühl zum Miteinander Zur Geschichte der autonomen Antirassismusgruppen in Deutschland**

Obwohl internationale Solidarität für die Autonomen – wie für radikale Linke im Allgemeinen – einen der herausragendsten Werte darstellt, ist praktizierte Solidarität mit Flüchtlingen für die bundesdeutsche autonome Szene nicht von vornherein selbstverständlich und dies vor allem auch nicht immer gewesen. Dies liegt zum einen daran, dass der traditionelle linke Internationalismus in der BRD, anders als etwa in den USA, Frankreich oder Großbritannien, wo er sich weit stärker auch auf dort lebende ethnische Minderheiten bezieht, in den 1980ern vor allem mit Solidarität für bestimmte Länder und bestimmte Befreiungsbewegungen zu tun hatte. Anders gesagt, dieser Internationalismus beinhaltete in erster Linie Antiimperialismus, weniger Antirassismus. So gab es eine Palästina-, eine Nicaragua-, eine Kurdistan-Solidaritätsbewegung und so weiter, diese Bewegungen unterstützten in der Regel bestimmte Parteien oder Guerillagruppierungen im Ausland und leisteten ansonsten vorrangig humanitäre Hilfe. Diese Art organisations- oder bewegungsbezogener Solidaritätsarbeit (in erster Linie von AntiimperialistInnen und weniger von Autonomen im operaistischen Sinne getragen) hatte zunächst mit Flüchtlingen in der BRD nur dann zu tun, wenn Mitglieder der unterstützten Gruppierungen im Exil in Deutschland lebten. Die Einrichtung von Sammellagern für Flüchtlinge im Jahre 1982 führte in weiten Teilen der linken, liberalen und humanitär eingestellten Öffentlichkeit zu breiten Protesten. Diese fanden in vielfältiger Form statt: von Öffentlichkeitskampagnen und Flugblattaktionen über Demonstrationen, Blockaden, Sitzstreiks und auch militanten Aktionen bis hin zu unmittelbarer Unterstützung von Flüchtlingen durch Geld- und Sachspenden, Logistik etc. An diesen Aktivitäten beteiligten sich sehr viele Autonome, die Proteste spielten sich aber ohne Kontakte zu den Flüchtlingen selber ab und blieben ein zeitlich befristetes Strohfleckenfeuer.

Einigermaßen kontinuierlich fanden lediglich Protestaktionen gegen Abschiebungen statt, in Einzelfällen wurde sogar versucht, diese mit handgreiflichen Mitteln zu verhindern. An solchen Aktionen war jedoch nur eine verschwindende Minderheit des autonomen Spektrums beteiligt.

Zu einer wesentlichen Veränderung führte die Zunahme fremdenfeindlicher Gewaltakte seit Mitte der Achtziger Jahre. Solidarität mit den Opfern rechtsradikaler Gewalt wurde zu einem Bestandteil autonomer Antifa-Arbeit. Hierbei spielten die Flüchtlinge jedoch lange eine passive Rolle. In erster Linie wurden sie als »die zu Beschützenden« betrachtet und dabei oftmals wohlwollend bevormundet. Als nach den Brandanschlägen von Saarbrücken und Hünxe und dem Pogrom von Hoyerswerda im Herbst 1991 bundesweit eine Welle rassistischer Gewaltakte einsetzte, begann weit über die Personenkreise hinaus, die bis dahin wenigstens peripher Kontakt zu Flüchtlingen hatten, in der autonomen Szene eine allgemeine Mobilisierung in Richtung »Verteidigung von Flüchtlingen« und Aufbau antirassistischer Strukturen.

In zahlreichen Städten schossen Antirassismus-Gruppen und Notruftelefonketten wie Pilze aus dem Boden. Zum Fanal wurde die Kirchenbesetzung in Norderstedt im Herbst und Winter 1991. Eine Gruppe Flüchtlinge war nach rassistischen Ausschreitungen aus dem ihnen zugewiesenen Wohnheim in Greifswald geflohen und hatte die Shalomkirche in Norderstedt besetzt. Bundesweit unterstützten Autonome die Kirchenbesetzung, die gegen repressive Maßnahmen von Nordelbischer Kirche und Landesregierung 18 Wochen lang durchgehalten wurde. Mangelnde Rücksichtnahme auf die Belastbarkeit der Gemeindemitglieder erzeugte Spannungen zwischen Autonomen und Kirchengemeinde, die das Verhältnis zwischen kirchlichen Initiativen und Autonomen längere Zeit trübten. Dennoch: Seit Norderstedt gingen die Uhren anders, was Solidarität mit Flüchtlingen angeht. Die Bereitschaft von Gemeinden, Kirchenasyl zu gewähren, hatte enorm zugenommen, es kann seither von einer Kirchenasylbewegung gesprochen werden. Zum Anderen arbeiten seither auch Autonome verstärkt mit kirchlichen Kreisen in der Flüchtlingssolidarität zusammen, gegenseitige Berührungsängste verloren trotz der krisenhaften Situation während der Besetzung an Bedeutung. Für die zu dieser Zeit neu entstandenen autonomen Antirassismus-Gruppen stellte sich das Verhältnis zu den Flüchtlingen radikal anders dar, als es bis dahin für den autonomen Mainstream üblich gewesen war.

Waren sie bisher überwiegend als bloße Opfer rassistischer Gewalt betrachtet worden, überwog nun die sogenannte sozialrevolutionäre Position. Diese sah die Flüchtlinge als eine Art revolutionäres Potenzial und betrachtete es als Aufgabe der Autonomen, Revolten von Flüchtlingen zu unterstützen und gemeinsam mit ihnen voranzutreiben. In der Praxis zeigte sich jedoch bald, wie sehr diese Position von Sozialromantik geprägt war; im Allgemeinen richteten sich Flüchtlingskämpfe nur gegen bestimmte, besonders krasse Missstände und haben keine Perspektive, die auf einen kontinuierlichen Kampf gerichtet ist. Immerhin wurden damit die Flüchtlinge als Subjekte mit eigenen Interessen ernst genommen und die alte, rein humanitär geprägte Reduzierung auf die »armen Opfer« zumindest zeitweise überwunden.

Im Zusammenhang mit der 1993er Bundestagsdebatte um die Reform des Asylrechts, die dessen faktische Abschaffung bedeutete, gab es bereits Monate im Vorfeld eine bundesweite Mobilisierung zur Blockade des Bundestags, an der sich der größte Teil der autonomen Bewegung sehr aktiv beteiligte. Für die meisten autonomen Gruppen wurde diese Kampagne, die mit zahlreichen dezentralen Aktionen, wie Kundgebungen, Demonstrationen, Mahnwachen, Straßentheater und Öffentlichkeitsarbeit verbunden war, zeitlich befristetes Schwerpunktthema. Die Antirassismusgruppen hatten in dieser Zeit gewaltigen Zulauf.

Doch die Aktivitäten bröckelten ebenso schnell wieder ab. Die ständige Verschiebung des Termins der Abstimmung führte dazu, daß viele Gruppen und Einzelpersonen sich schon vor dem tatsächlichen Termin, dem 26. Mai 1993, wieder zurückzogen. Der 26. Mai selber bedeutete einen noch größeren Einbruch. Seit für die autonomen Antirassismusgruppen wieder der alltägliche »Kleinkram« – Gutscheinumtausch, antirassistische Stadtrundgänge, Öffentlichkeitsarbeit etc. – bestimmend wurde, hatten sie einen großen Mitgliederschwund zu verzeichnen. Für die erste Jahreshälfte 1993 schien der Protest gegen die Abschaffung des Asylrechts das große übergreifende Thema der autonomen Bewegung zu sein; seitdem ist praktische antirassistische Arbeit als Dauerthema fast nur für das kleine Spektrum der autonomen Antirassismusgruppen relevant, die ihrerseits schwerpunktmäßig mit antirassistischen und humanitären Gruppen zusammenarbeiten, die nicht dem autonomen Lager angehören, wie Beratungsstellen, kirchliche Initiativen etc. Damit klinkten sich die Antirassismusgruppen ein Stück weit aus dem sozialen und auch thematischen Bezugsrahmen der übrigen autonomen Szene aus. Kirchliche, humanitäre und linksliberale Gruppen sowie »Hauptamtliche« wurden zu Dauerbündnispartnern, mit denen man mehr zu tun hatte als mit anderen autonomen Gruppen.

Die Auseinandersetzung mit den Positionen der »Antideutschen«, die Anfang des neuen Jahrhunderts vielfach sehr lautstark und meist mit schriller Israel-Affirmation die sozialrevolutionären und antiimperialistischen Positionen der klassischen Autonomen kritisierten, vertiefte diese partielle Trennung. Gruppen, die ganz unmittelbar Flüchtlinge in alltäglichen Notlagen unterstützten, fühlten sich durch eine Auseinandersetzung, in der Autonomen pauschal unterstellt wurde, ihre Flüchtlingssolidarität sei von »Edle-Wilde-Romantik« geprägt und die Palästina-Solidarität pauschal antisemitisch, oftmals so abgestoßen, dass sie an solchen Diskussionen nicht mehr teilnahmen.

### **Das Selbstverständnis: Postoperaismus rules**

An dieser Stelle ist auch einiges zum politischen Selbstverständnis der autonomen Antirassismusgruppen zu sagen. Insgesamt sind diese keinem Programm besonders verpflichtet, sondern eher ein Spiegel aller Strömungen und Richtungen innerhalb des undogmatisch-linken Spektrums; dennoch sind postoperaistische Positionen, wie sie in den Schriftenreihen *Materialien für einen neuen Antiimperialismus*, *Wildcat* und *Wildcat-Zirkular* geäußert werden, bei vielen Gruppen von großer Bedeutung. Dies ergibt sich auch recht logisch aus den Inhalten postoperaistischen Denkens. Wenn Antiimperialismus, wenn internationale Solidarität nicht mehr in Begriffen der Solidarität mit marxistischen Befreiungsbewegungen begriffen wird, sondern als solidarische Bezugnahme auf Selbstbehauptungskämpfe innerhalb der Unterschichten in Ländern des Trikont, so ergibt sich die praktische Solidarität mit Flüchtlingen, Asylsuchenden und Illegalisierten im Alltag eigentlich zwangsläufig. Ohne unzulässige Verallgemeinerung kann wohl gesagt werden, dass ein Großteil der postoperaistisch orientierten Gruppen oder Personen in Deutschland in der Flüchtlingsarbeit engagiert ist.

## **Strukturen: In den letzten Jahren Kontinuität**

Waren die 90er weitgehend durch Kampagnenarbeit geprägt, bei der kurz- und mittelfristig zu Demos und anderen öffentlichkeitswirksamen Aktionen mobilisiert wurde, so hat sich im letzten Jahrzehnt im Bereich antirassistische Solidarität eine bemerkenswerte Kontinuität entwickelt. Das Netzwerk »Kein Mensch ist illegal«, in welchem seit 1997 die Solidaritätsarbeit für illegalisierte Flüchtlinge und *sans papiers* in Deutschland koordiniert wird, organisiert langfristig und gruppenübergreifend sowohl die Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit zur Unterstützung der Flüchtlinge als auch die materielle Unterstützungsarbeit. Mit der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen wurde ein weiteres, mit »Kein Mensch ist illegal« verzahntes Netzwerk geschaffen, indem sich in hohem Maße auch Flüchtlinge selbst organisieren. Neben der Bekämpfung von Rassismus liegt ein weiterer Schwerpunkt insbesondere auch in einer antisexistischen Ausrichtung, und die Karawane ist zu einem festen Anlaufpunkt für Opfer sexualisierter Gewalt geworden.

Auch Kampagnenarbeit verläuft heute eher in Strukturen der Kontinuität. Deutlich wird dies etwa an der Zentralen Abschiebestelle Bramsche-Hesepe in Niedersachsen oder an der Abschiebehaftanstalt Büren in Nordrhein-Westfalen. Hier greifen Demos für die Aufhebung der Anstalten, Öffentlichkeitsarbeit über die Lebensbedingungen dort und Unterstützung der Flüchtlinge selber Hand in Hand. Und ganz allgemein besteht Antirassismus-Arbeit aus sehr vielen alltäglichen Dingen, bei denen der Übergang in ehrenamtliche Flüchtlingssozialarbeit fließend ist, wie Hausaufgabenhilfe und Sportkurse für Flüchtlingskinder, der Organisation medizinischer Betreuung für Illegale usw.

## **Rückschläge**

In den letzten Jahren sieht es bedauerlicherweise zum Teil so aus, als ob sich Antirassismusgruppen eher rückwärts entwickeln. War es in den 1990er Jahren bei gemeinsamen Protestaktionen von Flüchtlingen und Deutschen selbstverständlich, dass bei Polizeikontrollen Deutsche freiwillig ihre Personalien gaben und sich als Verantwortliche bekannten, um die Identität der Flüchtlinge zu schützen, klagt z. B. die Flüchtlingsorganisation *The Voice* darüber, dass in letzter Zeit oft das Gegenteil der Fall ist, mit Konsequenzen wie z. B. der Erfassung von »Illegalen« und *sans papiers* mit Konsequenzen bis hin zur Abschiebung. Hatten in der Vergangenheit Antirassismusgruppen mit Selbstverständlichkeit ehrenamtliche Flüchtlingssozialarbeit in den Sammelunterkünften geleistet und gemeinsam mit Flüchtlingen Konzepte und Kampagnen entwickelt, geschieht es seit geraumer Zeit immer häufiger, dass bei Protesten gegen die Abschiebehaftanstalt Büren oder die ZASt Bramsche-Hesepe Demos ohne jeglichen Kontakt zu den Flüchtlingen draußen vor der JVA bzw. Sammelstelle stattfinden. Die Antirassismusgruppen hätten heutzutage oft Anlass, aus ihrer eigenen Geschichte zu lernen – man war schon einmal einen Schritt weiter.

## **Literatur**

Hess, Sabine/Linder, Andreas: Antirassistische Identitäten in Bewegung., Tübingen 1997  
Arbeitsschwerpunkt Rassismus des BUKO (Hrsg): Zwischen Flucht und Arbeit. Neue Migration und Legalisierungsdebatte; Hamburg 1995

## **Links**

[che2001.blogspot.de](http://che2001.blogspot.de)  
[www.materialien.org](http://www.materialien.org)  
<http://www.wildcat-www.de/dossiers>

Melanie Groß

## **Gendertrouble und queere Interventionen – Angriffe auf Heterosexismus und Zweigeschlechtlichkeit**

Spätestens seit den 1990er Jahren sind *gendertrouble* und *queer* zu Signal- und manchmal auch Reizwörtern feministischer Debatten innerhalb der linken und linksradikalen Szene geworden. Von Szenespaltungen war die Rede, von Ausgrenzungen z. B. von Transgender-Personen, wechselseitige Machtvorwürfe wurden formuliert und Frauenräume angegriffen oder verteidigt – je nachdem welcher Perspektive man sich zuordnete. Zentrales Merkmal dieser Auseinandersetzungen war und ist ein Streit um die radikale Infragestellung der Kategorie Frau sowie der Natürlichkeit von Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität.

Auf der Basis dieser Infragestellung sind zahlreiche feministische und queer-feministische Aktionen und Projekte auf der Bühne, am Rande oder im Umfeld vor allem autonomer Zentren aufgetaucht: Zunächst *riot grrrl* und *queerrriot* Parties und Konzerte, dann ab 2001 zunehmend Ladyfeste und seit 2006 AntiLookism-Ausstellungen, Vortragsreihen und verschiedenes andere mehr.

Nach einer kurzen Einführung in die Grundzüge der konfliktreichen Debatte werde ich in diesem Artikel politische Strategien vorstellen, die mit dem Begriff *queer* verbunden sind, und aufzeigen, dass queer-feministische Gruppen gleichzeitig mehrere Macht- und Herrschaftsformen angreifen.

### **Feministische und queer-feministische Perspektiven**

Seit den 1990er Jahren findet eine breite Debatte innerhalb der feministischen Theorie und Praxis statt, die sich vor allem um die Frage dreht, ob es »die Frau« überhaupt gibt, in deren Namen Politik gemacht werden kann. Der feministische Mainstream v. a. in seiner institutionalisierten und professionalisierten Form (bspw. in Hochschulen), sah und sieht sich einer grundlegenden Kritik ausgesetzt, die vor allem von Migrantinnen, women of color, Lesben, transgender, Intersexuellen und *queers* an feministische Forschung und Politik herangetragen wurde. Anknüpfend an zahlreiche Stimmen aus dem Kontext des Black Feminism oder der Lesbian and Gay Studies kritisieren sie nachhaltig, dass es keinen gemeinsamen Erfahrungshorizont derer gebe, die als »Frauen« bezeichnet werden, und dass es darüber hinaus höchst fragwürdig sei, überhaupt von »den Frauen« zu sprechen. Diese Kritik irritiert solche feministischen Perspektiven, die zwar häufig auf Differenzen zwischen Frauen verwiesen haben, diese Differenzen aber nicht zum systematischen Ausgangspunkt ihrer Theoretisierungen werden ließen, denn nun wird die Einteilung von Menschen in Männer und Frauen als Voraussetzung und Grundlage patriarchalischer Strukturen verstanden. Wie Sand im Getriebe haben feministische Reflexionen und Selbstreflexionen schließlich dazu geführt, die eigene kategoriale Substanz feministischer Ideen in Frage zu stellen und eigene blinde Flecken zu beleuchten.

Im Kontext dieser kritischen (Selbst-)Reflexion feministischer Theorien und darüber hinaus der Einflüsse post-strukturalistischer Theorieansätze und Methoden entwickeln sich *queere* Ansätze. Eine der prominentesten Vertreterinnen queerer Perspektiven ist Judith Butler. In ihrem Werk *Das Unbehagen der Geschlechter* (1991; im Original: *Gendertrouble*, erschienen 1990) setzt sie sich mit der Frage nach dem So-Geworden-Sein der Kategorie Geschlecht auseinander, d. h. sie fragt danach, wie die Kategorie Geschlecht und mit ihr eine soziale Realität erzeugt wird. Ähnlich wie in postkolonialen Theorien die Hervorbringung einer sozialen Gruppe durch die Bezeichnung »Schwarz« betont wird (u. a. Hall 1994), fasst Butler Geschlecht als Kategorie, deren Verwendungsweise erst das erzeugt, was sie scheinbar nur beschreibt. So geht Butler davon aus, dass diskursive (sprachliche und soziale) Prozesse Geschlecht überhaupt erst als relevante Unterscheidungskategorie hervorbringen und dadurch »Geschlecht« erzeugen statt nur zu beschreiben.

Geschlecht und damit Zweigeschlechtlichkeit wird im Kontext *queerer* Theorieansätze also nicht als etwas Natürliches, sondern vielmehr als Effekt gewaltförmiger sozialer Prozesse verstanden, die mit der »heterosexuellen Matrix« (Butler) verwoben sind. Es ist in gegenwärtigen west-europäischen Gesellschaften schwer möglich,

sich nicht als entweder männlich oder weiblich zu identifizieren. Erst die Annahme eines Geschlechts lässt Menschen zu anerkannten sozialen Subjekten werden. Erfolgt die Annahme eines exklusiven Geschlechts nicht – aus welchen Gründen auch immer –, verlassen die Individuen die als normal markierte Zone und werden durch Systeme des Rechts, der Psychologie und Psychiatrie sowie der Medizin reguliert (Dietze 2003). Transsexuelle, Transgender oder Intersexuelle kommen somit in der hegemonialen Vorstellung davon, was als normal gilt, nicht vor. Sie bilden das Andere, den Abgrenzungspunkt derer, die sich selbst als Normal definieren.

Die Differenzsetzung Frau – Mann ist also untrennbar verwoben mit der heterosexuellen Matrix, innerhalb derer Frauen und Männer als komplementäre und durch wechselseitiges Begehren aufeinander bezogene Identitäten erscheinen (müssen). Geschlecht ist demnach untrennbar verwoben mit Sexualität – sexuelles Begehren jenseits der heterosexuellen Matrix nicht vorstellbar.

## Politische Strategien

Der große Einfluss poststrukturalistischer und damit sprachphilosophischer Ansätze auf die Queer Theory wird in der Kritik an der Rede über »die Frauen« sichtbar. Politische Strategien gegen Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität werden infolgedessen häufig auch auf diskursiver Ebene eingesetzt. Dies zeigt etwa die Verwendung des Begriffs »queer«. *Queer* bedeutet im anglo-amerikanischen Sprachraum »seltsam, sonderbar, schwul oder Falschgeld«. Der Begriff wurde als Abwertung von Lesben und Schwulen eingesetzt. Durch die Selbstbezeichnung als *queer* wurde er schließlich zurückerobert und damit zu einer Strategie der Verstörung und Irritation derjenigen, die diese zuvor abwertende Bezeichnung einsetzten. Die Selbstbezeichnung entzieht den Diffamierenden die Macht über die Repräsentation von Schwulen und Lesben. In der Selbstbezeichnung bleibt die erfahrene Verletzung, die der Begriff zuvor hinterließ, als Spur sichtbar.

Weitere politische Strategien setzen an der Verweigerung der Annahme von Geschlecht durch Mittel der Überzeichnung und Parodie an: So wie transgender die Annahme eines der beiden Geschlechter aus dem System der Zweigeschlechtlichkeit verweigern, verweigern *queers* u. a. eine eindeutige sexuelle Orientierung, die ihre Identität festschreibt. Riot grrrls oder Ladies auf Ladyfesten verweigern u. a. eine typische »Weiblichkeit« und inszenieren Performances, die mit Mitteln der Ironie und der Überzeichnung arbeiten und damit z. B. den heterosexistischen Blick auf »Frontfrauen« von Bands sichtbar machen. Gemeinsam ist solchen Strategien der Kampf gegen definitionsmächtige Zuschreibungen, Festschreibungen und Einengungen von Subjekten. Denn Subjektivierungsweisen (wie werden wir zu Subjekten, welche Möglichkeiten zu existieren haben wir, wie regieren wir uns selbst) werden als machtvoll und ausschließend bezeichnet, weil zur Konstruktion der eigenen geschlechtlichen Identität (auch ethnische Identität, sexuelle Identität usw.) immer das verworfene Andere gehört. Dieses Andere als Verworfenes anzuerkennen, bedeutet auch den eigenen allzu sicheren Standpunkt in Frage stellen zu müssen: Also z. B. transgender anzuerkennen bedeutet auch die eigene vermeintlich sichere geschlechtliche und sexuelle Identität anzukratzen.

Unter dem Label Lookism und Anti-Lookism werden inzwischen verstärkt Diskriminierungen durch Schönheitsnormen kritisiert. Das Projekt L verweist auf »die Sichtbarmachung von verschränkten, komplexen Machtstrukturen anhand von Schönheitsnormen.« Ihnen geht es »um die Ermächtigung zum nichtnormativen Körper: also – simpel formuliert – um queerfeministische Pornos, Riots-not-diets(-grrrl)-Kuchenbuffets und ein schönes Leben für alle!« (Projekt L 2008: 65). Die Strategien und Aktionen der Anti-Lookism-Gruppen sind vor allem die Gestaltung von Events wie Ausstellungen mit einem Begleitprogramm aus Vorträgen, Performances und Konzerten, die die Gewaltförmigkeit von Körper- und Schönheitsnormen aufzeigen und kritisieren. Neben solchen Events tauchen mit Street-Art übermalte Werbeplakate auf, die Schneewittchen mit einer Maschinenpistole zeigen.<sup>1</sup> Das symbolträchtige Bild »der Schönsten im ganzen Land«, die zur Waffe greift, um dem Schönheitswahn den Kampf anzusagen, wird inzwischen auch auf *queeren* Partys als Button statt Eintrittskarte und Stempel ausgegeben. Anti-Lookism-Gruppen zielen mit ihrer Kritik am Bodyismus auf die Verwertungslogik normativer Körper und zeigen u. a. auf, dass die Vorstellung von normgerechten Körpern mit rassistischen und sexistischen Diskursen verwoben ist (vgl. Groß/Winker 2009).

1 <http://blogsquad.wordpress.com/2006/12/20/lookism-und-antiloookism/> (21.09.08)

Die hier sehr kurz vorgestellten Strategien aus dem Umfeld queer-feministischer Szenen versuchen nicht zu definieren, was Frauen sind und welche demzufolge ihre politischen Forderungen sind, sondern sie thematisieren die begrenzte und gewaltförmige Möglichkeit »weiblich« zu sein, stellen sie zur Schau und parodieren sie. Sie anerkennen, dass Geschlecht kein natürliches Fundament hat, sondern vielmehr performativ ist. Das heißt, »Geschlecht« ist etwas, was wir durch permanente Wiederholungen und Zitationen der symbolischen Ordnung (wie etwa das Aufsuchen der Damentoilette) *machen* – nicht was wir *haben*. Genau diese Performativität und deren Bedeutung werden in queer-feministischen Aktionen sichtbar gemacht und Geschlecht mit immer neuen Bildern versehen und vervielfältigt. So füllen neue Bilder die einengende Kategorie »Frau« (und auch »Mann«) und lassen diese Bezeichnung selbst zum Ort der Auseinandersetzung werden. Die Bezeichnung erhält somit immer neue und ehemals ausgeschlossene Bedeutungen. Die Zweigeschlechtlichkeit wird dadurch ver-rückt (dekonstruiert) und ein Raum zur Erweiterung des Geschlechts wird eröffnet. Die Vervielfältigung der Kategorie löst diese aus ihrer homogenisierten Bestimmung und lässt die Grenzen fließend werden.

### **Angriffsziele und Konflikte**

Die Konflikte, die mit der Infragestellung der Kategorie Geschlecht verbunden sind, liegen v. a. in dem Umstand begründet, dass es schwer möglich ist gesellschaftliche Strukturen, die auf der Zweigeschlechtlichkeit aufbauen, anzugreifen, ohne die Kategorie Frau erneut einzusetzen. Das Sprechen beispielsweise über Gewalt gegen Frauen, Lohndiskriminierung aufgrund des Geschlechts oder über ungleiche Verteilung von Reproduktionsarbeit zu Lasten von Frauen ist ohne die Verwendung der Einteilung in Geschlechter schwer möglich. In linken Szenen existieren somit unterschiedliche politische Strategien und Angriffsziele verschiedener Gruppen gleichzeitig. Diese Gleichzeitigkeit verschiedener post-/queer-/linksradikal-feministischer Positionen kann als Spiegel komplexer Macht- und Herrschaftsformationen verstanden werden, die keinen monolithischen Block bilden, sondern vielmehr als historisch spezifische Macht- und Herrschaftskonfiguration wirken. Um diese Konfigurationen erfassen zu können, kann eine partial und temporär verbindende Perspektive anstelle einer polarisiert geführten Auseinandersetzung hilfreich sein.

Es zeigt sich, dass ähnlich wie innerhalb der Theoriedebatten zum einen gegen strukturelle Ungleichheit und zum anderen gegen symbolische Normalisierungen angekämpft wird. So versuchen Gruppen, die sich als postfeministisch, queer-feministisch und linksradikal-feministisch verstehen, der als eingrenzend empfundenen Normalisierungs- und Subjektivierungsmacht wie auch struktureller Macht in einer Mehrfachstrategie neue Entwürfe entgegenzustellen (Groß 2008). Diese Strategie ist jedoch nicht als Form eines Konsenses zu verstehen, in dem sich alle widerstreitenden Selbstverständnisse wiederfinden könnten. Sie muss vielmehr als Fotografie eines Moments innerhalb eines sich permanent erneuernden Konfliktes verstanden werden.

Der Konflikt wird von den einzelnen Personen oder Gruppen innerhalb einer Szene nicht gelöst, jedoch ist die Szene genau wegen dieses Konfliktes in der Lage, der Gleichzeitigkeit widersprüchlicher Machtformationen zu begegnen. Denn der Konflikt verweist darauf, dass kein Konzept formuliert werden kann, das universal für alle Perspektiven gelten würde. Die widerstreitenden Positionen zeigen hingegen auf jeweils verschiedene Machtformen, die gleichzeitig angegriffen werden. Die verschiedenen, auf bestimmte Machtformationen gerichteten Strategien erzeugen im Gesamtbild paradoxe Effekte, denn was die eine Gruppe bekämpft, ist für die andere Gruppe eine notwendige Voraussetzung ihrer Politik. Die dadurch bedingte Konflikthaftigkeit hat eine permanente Auseinandersetzung mit den immer notwendigen Grenzen von Gleichheit und Gerechtigkeit zur Folge, die durch die verschiedenen Konzeptionen von Widerstand sichtbar werden. Jede Form des Widerstandes erzeugt durch die Fixierung Ausschlüsse und muss genau deshalb stets umkämpft bleiben. Die Differenzen zwischen den Gruppen brauchen innerhalb der Szene ihren Platz. Es kann nicht darum gehen, Konsense zu erzwingen, sondern vielmehr ist der konflikthafte Charakter der Auseinandersetzungen die Möglichkeit, plurale und unentscheidbare Werte zu verhandeln, zu schärfen und zu präzisieren. In dieser Perspektive wird der Kampf um Bedeutungen nicht zu einem Phänomen, das konsensuell gelöst werden sollte, sondern vielmehr drückt er die Anerkennung der Unlösbarkeit von Bedeutungskämpfen aus. Gleichzeitig verweist er auf die Notwendigkeit plurale Macht- und Herrschaftsformen in den Blick zu nehmen, die Ungleichheit auf verschiedenen Ebenen erzeugen und bisweilen paradox erscheinen, wie es die sich etablierende Intersektionalitätsdebatte derzeit versucht (Winker/Degele 2009).

*Queer* ist ein Projekt, das nicht abschließbar ist und immer wieder dazu aufruft, Naturalisierungen, Normalisierungen und Ungleichheiten – auch selbst erzeugte – aufzudecken und anzugreifen.

## **Literatur**

- Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt am Main.
- Dietze, Gabriele (2003): Allegorien der Heterosexualität. Intersexualität und Zweigeschlechtlichkeit – eine Herausforderung an die Kategorie Gender? In: Die Philosophin. Forum für feministische Theorie und Philosophie: Intersex und Geschlechterstudien, Jg. 14, Heft 28, 9-35.
- Groß, Melanie (2008): Geschlecht und Widerstand. post..l queer..l linksradikal. Königstein.
- Groß, Melanie; Winker, Gabriele (2009): Queer – l Feministische Praxen in Bewegung. In: Aulenbacher, Brigitte; Riegraf, Birgit (Hg): Erkenntnis und Methode. Geschlechterforschung in Zeiten des Umbruchs. Wiesbaden: 51-64.
- Hall, Stuart (1994): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften II. Hamburg.
- Projekt L (Berlin) (2008): Shrek, Tokio Hotel und der nicht-virtuelle Körper. Notizen zum Projekt (anti)lookism. In: testcard. Beiträge zur Popgeschichte; #17: Sex, 63-65.
- Winker, Gabriele; Degele, Nina (2009): Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheit. Bielefeld.

## **Links**

[www.gender-killer.de](http://www.gender-killer.de)  
[www.gender-trouble.de.vu](http://www.gender-trouble.de.vu)  
[www.feministisches-institut.de](http://www.feministisches-institut.de)

Harald Rein

## **Keine Atempause – Geschichte wird gemacht ... Erwerbslose in Bewegung**

Das öffentliche Bild von Erwerbslosen ist nach wie vor geprägt durch eine Sichtweise, nach der Menschen ohne Erwerbstätigkeit in ihrer sozialen und psychischen Entfaltung eingeschränkt oder gar deformiert sein müssen. Resultat ist die Charakterisierung eines Menschentypus, der leidet und in Apathie verfällt, unfähig zu aktivem sozialem Handeln. Mit zu diesem Bild beigetragen haben aber auch unzählige Geschichtsschreiber sozialer Bewegungen, für die, in den meisten Fällen, Erwerbslose nur als Teil der Arbeiterbewegung existierten. Spezifische Organisationsformen, besondere inhaltliche Schwerpunktsetzungen und daraus resultierende Widersprüche zur (revolutionären) Sozialdemokratie der Vorkriegszeit bzw. der Kommunistischen Partei verloren sich im Strudel des »solidarischen Gemeinsamen«.

In der gesamten Geschichte des Widerstandes von Erwerbslosen, mit Beginn der Industrialisierung, lassen sich Merkmale politischer Protestformen finden, die nicht in das Repertoire politischer (auch fortschrittlicher) Parteien oder Gewerkschaften passten.

Kaum vorhersehbar, schwer organisierbar mit einer politischen Direktheit, die selten Platz für Kompromisse und Arrangements ließ, traten Erwerbslose auf das Parkett des »regulierten« Klassenkampfes. Sie erlebten nicht nur den Widerstand der etablierten politischen Parteien und Wirtschaftsverbände, sondern auch die Distanzierungen von Arbeiterorganisationen. Selbst in revolutionären Zeiten mussten Erwerbslose, wie im Oktober 1920 in Berlin, den 1. Reichskongress der Betriebsräte durch direkte Aktion dazu bringen, dass das Thema Erwerbslosigkeit überhaupt auf die Tagesordnung kam. Eine von vielen Erfahrungen, die bis heute noch eine wesentliche Rolle spielt: Wenn wir unsere Interessen nicht in die eigenen Hände nehmen, wird sich nichts ändern!

Aber noch ein weiterer Punkt spielte in diesem Zusammenhang eine Rolle, oft waren es Erwerbslose, die in bestimmten Zeitepochen tradierte politische Praxis und Theorie durchbrachen. So erkannte in der Weimarer Republik ein Großteil von ihnen, dass es außer einem mühevollen 10-Stunden-Arbeitstag durchaus andere Lebensperspektiven gab. Ihr Aufbrechen in die Wälder, an die Seen, ihre Eroberung der Straße, der Laubenkolonien, kann als erste massenhafte Kritik an dem ehernen Lohnarbeitsgesetz mit seiner belastenden Ideologie der protestantischen Leistungsethik interpretiert werden. Die spezifische Bewusstwerdung eines angemessenen Lebensentwurfes der eigenen Ideen und Vorstellungen außerhalb der Fabrik, konnte nur über den gemeinsamen sozialen Status der Erwerbslosigkeit »entdeckt« werden und dies trotz der begleitenden Umstände bitterer Armut!

Kaum dokumentiert und bewertet sind auch die Aktivitäten von Erwerbslosen im Zusammenhang mit Kämpfen gegen Arbeitsverpflichtung durch Arbeitsamt und Fürsorgeamt sowie die kollektiven und individuellen Widerständigkeiten gegen Arbeitsdienst und arbeitsdienstähnliche Maßnahmen während den Anfängen des Nationalsozialismus.

In den Fünfziger Jahren lassen sich wieder erste Versuche des Zusammenkommens von Erwerbslosen feststellen. Aufgrund der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung mit entsprechender Beschäftigungswirkung lösten sich diese Gruppen aber rasch wieder auf.

Erst Anfang/Mitte der Siebziger Jahre, die Arbeitslosenzahl erreicht die Millionengrenze, beginnen sich Betroffene von Arbeitslosigkeit wieder zusammenzufinden, um in der Öffentlichkeit auf ihre Situation aufmerksam zu machen und in sozialen Auseinandersetzungen ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

### **Konstituierung des Erwerbslosenprotestes**

Unter dem Motto »Arbeitslos – nicht wehrlos« trafen sich Anfang Dezember 1982 rund 2 000 Betroffene und UnterstützerInnen zum 1. Bundeskongress der Arbeitslosen in Frankfurt. Sie läuteten den Beginn sozialer Wider-

ständigkeiten gegen Arbeitslosigkeit und Armut ein. Allerdings zeigten sich bereits auf diesem Kongress unterschiedliche Positionen zu Form und Inhalt von Protest. Dies bezog sich hauptsächlich auf die Fragen nach der Notwendigkeit einer zentralen Organisationsform, der Forderung nach einem Recht auf Arbeit und der Rolle von Gewerkschaften als Bündnispartner von Erwerbslosen. Ihre kritische Haltung zu Gewerkschaften, zum vorherrschenden Arbeitsbegriff und zu zentralen Organisationstypen äußerten autonome/unabhängige und einige kirchliche Erwerbslosengruppen, während besonders gewerkschaftlich organisierte Gruppen erfolgreiche Politik eher durch Zentralität und inhaltliche Gewerkschaftsnähe gewährleistet sahen.

Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt schälten sich Besonderheiten des bundesweiten Protestes von Erwerbslosen heraus:

- Eine organisatorische Kraft kann nur auf der Grundlage der Arbeit vor Ort entstehen.
- Eine Zentrale ohne die Unterstützung dieser Initiativen ist nur ein Papiertiger.
- Der Aufbau von Initiativen erfolgt nach dem Selbstorganisationsprinzip, indem auf die eigene Kraft und Fähigkeit vertraut wird und soweit wie möglich die Unabhängigkeit gegenüber Großorganisationen (Kirche, Gewerkschaften, Kommunen) gewahrt bleibt.

Zudem stand und steht ein Teil der Initiativen für eine besondere Form der Radikalität (z. B. in Form von direkten Aktionen) und der Notwendigkeit der Vision von einer anderen Gesellschaft (z. B. Existenzgeld).

Mit den »Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut« (BAG) wurde Ende der Achtziger Jahre der Versuch unternommen, möglichst alle Strömungen der Initiativen in einem Netzwerk zusammenzufassen, um gemeinsame Erfahrungen auszutauschen (auch mithilfe der Gründung einer überregionalen Arbeitslosenzeitung »Quer«, die noch heute in Oldenburg herausgegeben wird), sowie Strategien und Aktionen auf Bundesebene entfalten zu können. Dies funktionierte eine gewisse Zeit relativ gut: Initiiert durch erwerbslose Frauengruppen wurde im Juni 1987 unter dem Motto »Wir brauchen mehr als Luft und Liebe. Erwerbslose Frauen fordern eigenes Geld ohne Anrechnung der Einkommen von Eltern, Ehemännern und Partnern bei Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Weg mit der Bedürftigkeitsprüfung« ein bundesweiter Aktionstag ausgerufen und 1988 in Düsseldorf der 2. Bundeskongress der Arbeitslosen (»Wir kämpfen um das, was wir brauchen«) veranstaltet.

Eine bundesweite Aktionswoche gegen die Bedürftigkeitsprüfung schloss sich an. Zudem wurde der internationale Aspekt des Kampfes gegen Arbeitslosigkeit verdeutlicht und in Form verschiedener europäischer Treffen und Beteiligungen an Demonstrationen umgesetzt.

Einen weiteren Bundeskongress hat es anschließend nicht mehr gegeben, da sich einige der beteiligten Initiativen und Organisationen ihren eigenen Netzwerken widmeten. Bereits 1985 war die »Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen« (KOS) entstanden, die nur noch sporadisch in den BAG's mitarbeitete. Im März 1990 gründete sich, nach dem Fall der Mauer, im Osten Deutschlands der »Arbeitslosenverband« (ALV), dessen anfängliche Marktgläubigkeit und Lohnarbeitszentriertheit, nach jahrelanger Arbeitslosenarbeit unter neoliberalen Bedingungen, einer kapitalismuskritischeren Sichtweise wich. Konnte der ALV (der im BAG-Zusammenhang mitarbeitete), dank »großzügiger« Mittel aus dem Arbeitsbeschaffungsmaßnahmentopf (ABM) Ost, in fast allen größeren Städten Beratungsstellen und Treffpunkte bilden, brach diese Struktur einige Jahre später, mit dem politisch gewollten Austrocknen von ABM, zu großen Teilen in sich zusammen.

Eine der letzten BAG-Aktionen, im Rahmen der Kampagne »Sabotiert die Zwangsarbeit« (die sich gegen erzwungene Arbeits- und Ernteeinsätze von SozialhilfebezieherInnen und Erwerbslose richtete) im April 1994 bestand darin, faules Gemüse vor der Zentrale der »Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeber« in Köln abzuladen.

### **»Stummer« Protest und Aufbegehren**

Die beiden Arbeitslosenkongresse führten zu einem Gründerboom von Initiativen. Bis zu 1 000 Initiativen soll es in den Neunziger Jahren gegeben haben (heute wird von 500 bis 700 Gruppen ausgegangen, inklusive von Erwerbslosengruppen oder -ausschüssen bei ver.di, der IG-Metall oder dem DGB). Hier liegt auch eine unverkennbare Stärke des potentiellen Widerstandes; es existiert eine Struktur von Gruppen, Initiativen, Zentren und

manchmal nur Einzelpersonen, die über Jahre gewachsen ist (trotz einzelner Verluste von Treffpunkten) und in der Lage ist, in bestimmten Momenten aktiv zu werden oder Unterstützung für aufkeimende Proteste zu leisten.

Widerständige Aktivitäten von Erwerbslosen finden sich zu diesem Zeitpunkt in Form von alltäglicher Resistenz, im individuellen Widersetzen. Dieser »stumme« Protest ist es, der am häufigsten die Protestwirklichkeit der Armutsbevölkerung widerspiegelt. Er stellt oft den einzig erkennbaren Weg dar, sozialer Ungerechtigkeit entgegenzutreten und bewahrt darüber hinaus in selbstbewussten »listigen« Handlungen einen gewissen Grad an menschlicher Würde. Daneben existiert eine eruptive Widerständigkeit, die kaum kalkulierbar plötzlich öffentlich sichtbar wird, wie z. B. auf der großen Demonstration der 100 000 im November 2003 in Berlin und am Beispiel der Montagsdemonstrationen.

Trotz dieser Tendenzen herrscht der »stumme Protest« vor, z. B. in Form des individuellen verbalen Protestes, das Durchlavieren des und der Einzelnen, Schimpfen bis hin zu Handgreiflichkeiten auf dem Amt, die sich höchst selten in Form kollektiver Normverletzung ausdrückt (wie z. B. die Zurückweisung und Persiflierung von arbeitsethischen Grundsätzen durch »Glückliche Arbeitslose« oder spektakuläre Aktionen durch Gruppen von »Überflüssigen«). Aber auch die nur personengebundene Widergesetzlichkeit kann in ihrer Summe öffentlichkeitswirksam sein (z. B. die Anzahl der Widersprüche oder Klagen vor dem Sozialgericht oder die Verhinderung der Zwangsernteeinsätze von Erwerbslosen durch deren individuelle Resistenz).

Durchgehend erfolgreicher Widerstand über Jahre lässt sich deshalb aus der Beratungspraxis erkennen und betrifft die Gegenwehr auf rechtlicher Ebene (so z. B. die Behandlung der Regelsatzhöhe im Arbeitslosengeld II durch das Bundesverfassungsgericht).

Versuche, den individuellen Widerstand in kollektiven Protest einzuleiten, hat es immer wieder gegeben, entweder durch Kampagnen von bundesweiten Erwerbslosenorganisationen (z. B. der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen BAG-SHI oder der Euro-Marsch Gruppen, die sich 1997 gründeten und Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung durch europäische Länder organisierten) oder durch Koordinationsaktivitäten derselbigen (oftmals auch beflügelt durch Proteste im Ausland, z. B. in Frankreich und Argentinien). Genannt seien beispielhaft die bundesweite Demonstration des Aktionsbündnisses »Aufstehen gegen Sozialleistungskürzungen« am 4.11.1995 in Bonn mit 3 000 TeilnehmerInnen, der Beginn der Jagoda-Tage am 5.2.1998, mit Aktionen und Demonstrationen, die jeden Monat parallel zur Verkündung der Arbeitslosenzahlen stattfanden. Initiiert durch die KOS (und unterstützt durch die anderen Erwerbslosengruppen) handelte es sich dabei um die erste auf Kontinuität aufbauende Aktionsreihe (neben vielerlei Aktivitäten wurden auch kurzfristig Arbeitsämter besetzt und durch eine Dachbesetzung der SPD-Zentrale in Bonn ein Gespräch mit dem damaligen Arbeitsminister Riester erzwungen). Noch bis ins Jahr 2001 wurde diese Form des Protestes von gewerkschaftlichen Initiativen genutzt.

Am 15.4.1999 begann der Kampagne »Champagner 99« durch die von unabhängigen Gruppen gegründete »Bundesarbeitsgemeinschaft/Erwerbslose (BAG-E)«. Zwischen April und Mai 1999 sollte ultimativ versucht werden durch den Besuch bzw. die Besetzung lokaler SPD-Parteibüros und die daran anschließende 24-stündige Besetzung von Arbeits- oder Sozialämtern, die Bundesregierung zu direkten Verhandlungen mit Erwerbslosen zu zwingen. In einigen Städten waren die Aktivitäten vielversprechend, eine Massenwirkung erlangten sie aber nicht.

Die wenig erfolgreiche Praxis der Erwerbslosenverbände führte am 15.2.2000 in Hannover zu einem Treffen aller Bundesverbände und einiger Landeskoordinationen. Neben der regelmäßigen Einrichtung eines »Runden Tisches der Erwerbslosenverbände« (der noch heute existiert, aber seit längerem seine koordinierende Funktion eingebüßt hat) erfolgte eine gemeinsame Strategiekonferenz und eine bundesweite Kampagne »Hände weg von der Arbeitslosenhilfe«. Mittlerweile beschleunigte die rot-grüne Bundesregierung mit ihrer Vorbereitung und Durchführung der Hartz-Gesetze die Protestbereitschaft der Betroffenen. In Städten, aber auch auf dem Land gründeten sich Anti-Hartz-Gruppen, die neben Aufklärungsarbeit zu mannigfaltigen Widerstandsaktionen übergingen. Genannt seien nur: Demonstrationen vor Parteitag der Regierungsparteien, Besetzungsaktionen bei Leiharbeitsfirmen, in Jobcenters, in Personal-Service-Agenturen, Aktionen gegen Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Leiharbeitsvereinigungen, im Arbeitsamt, Demonstrationen von wütenden Müttern (wegen gestrichener Umschulungsmaßnahmen), Demonstrationen von Obdachlosen, kollektives Schwarzfahren, e-mail und Telefonaktionen bei Bundestagsabgeordneten, aber auch Anschläge verschiedenster Art auf Arbeits- und Sozialämter). Auf einer Aktionskonferenz im August 2003 organisierten u. a. die Anti-Hartz-Gruppen eine bun-

desweite Demonstration in Berlin («Alle gemeinsam gegen Sozialkahlschlag!«). Mit 100 000 TeilnehmerInnen übertraf die Anzahl der DemonstrantInnen im November 2003 alle Erwartungen und verdeutlichte wie massenhafter Sozialprotest aussehen kann. Besonders das Verhältnis zwischen Erwerbslosengruppen und Gewerkschaften veränderte sich in dieser Zeit. Letztere hatten die Protestbereitschaft unterschätzt und sahen sich von den Aktivitäten der Erwerbslosen überrascht, zumal dort das politische Prestige der Gewerkschaften, spätestens seit ihrer aktiven Unterstützung der Hartz-Gesetze, arg gelitten hatte. Plötzlich mussten, zumindest in dieser Phase, Gewerkschaftsführer mit Erwerbslosenvertretern verhandeln, wer auf welcher Aktionskonferenz oder Kundgebung reden durfte. Der Druck der Strasse hatte auch hier gewirkt.

Einige Monate später bekehrten im Osten Deutschlands die Erwerbslosen auf. Dem Aufruf von Wenigen zu sogenannten Montagsdemonstrationen folgten auf dem Höhepunkt am 30.8.2004 in rund 200 Städten (auch im Westen) über 200 000 Personen. Aus diesen Aktivitäten gingen neue Gruppen, wie das »Aktionsbündnis Sozialproteste« (ABSP) und ein bundesweite Delegiertentreffen von Montagsdemonstrationen (die der »Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands« [MLPD] nahe stehen) hervor. Erwähnt sei noch die bundesweite Initiative »Agenturschluss« und deren Kongresse »Die Kosten rebellieren«, die den Zusammenhang von Erwerbslosen, MigrantInnen und prekär Beschäftigten herzustellen versuchten und Handlungs- und Organisationsmöglichkeiten diskutierten und umsetzten, so z. B. auf einer Demonstration im November 2004 vor der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg und im Januar 2005 mit der Belagerung von Arbeitsämtern. Aus dieser direkten Form der Konfrontation entstanden dann später bundesweite Zahltagsinitiativen (soziale Rechte werden direkt und gemeinsam im Arbeitsamt eingefordert).

Von erfolgreichen Strategien des Erwerbslosenprotestes, im Sinne der öffentlichen Wahrnehmung und der Verbesserung der sozialen Situation, kann dann im Allgemeinen gesprochen werden, wenn Aktionen überraschend und unplanmäßig verliefen, oder wenn Aktivitäten in einem breiten Bündnis stattfanden, mit entsprechender Repräsentanz der eigenen Ansprüche und Forderungen.

In Sinne von öffentlicher Präsenz waren Erwerbslosengruppen erfolgreich, bezüglich der Verbesserung ihrer sozialen Situation allerdings nicht. Keines der angegriffenen Sozialgesetze konnte verhindert werden!

### **Sozialprotestbewegung formiert sich**

Nach den Erfahrungen der punktuellen Massenproteste zwischen 2003 und 2006 lassen sich verschiedene Entwicklungsschwerpunkte erkennen. Durchgesetzt hat sich zum jetzigen Zeitpunkt der legalistische, individuelle Protest (Klagen etc.), die Hoffnung auf regionale Protestbündnisse, die kontinuierlich und machtvoll auftreten, hat sich bislang nicht erfüllt. Dennoch steht die soziale Frage als zentrales politisches Kampffeld der nächsten Jahre auch auf der Agenda anderer sozialer Bewegungen. So entwickelte sich eine Perspektive, in der Erwerbslose mit anderen sozialen Protestgruppen kooperieren. Dezidiert geht es dabei nicht nur um Arbeitslosigkeit, sondern um Problembereiche, die über diese Thematik hinausreichen (Klima, Luxussanierung, globale soziale Rechte usw.). Daraus könnte sich eine wichtige Protestkultur entwickeln, die über den Rechtsweg hinausgeht.

Auch fast drei Jahrzehnte nach dem ersten Arbeitslosenkongress bleibt es für den Erwerbslosenprotest lebenswichtig, das Initiativenspektrum vor Ort auszubauen und weiterhin eigene selbstorganisierte Räume zu schaffen. Sie sind die Grundlage jeglicher politischer Arbeit. Hinzu kommt die Kampagnentätigkeit, verbunden mit der rechtlichen Beratungsarbeit und der Setzung eigener Inhalte. Sie umfasst sowohl die spontane Radikalität (Umsonst einkaufen, Ermittler bekommen unangemeldeten Hausbesuch, Aktionen gegen Anwerbeversuche der Bundeswehr im Arbeitsamt usw.), wie auch auf Kontinuität und Bündnisfähigkeit gesetzte Aktionen (z. B. Ein-Euro-Job-Spaziergänge, Kampagne »Keiner muss allein zum Amt«, Kampagne gegen Zwangsumzüge, Kampagne gegen Kinderarmut und für die Erhöhung der Regelsätze, Zahltagsaktionen, Kampagne für ein Sanktionsmoratorium). Ohne die über Jahre erworbene Beratungsqualität vieler Zentren und Initiativen wäre es kaum zu einer solch erfolgreichen Widerspruchs- und Klagewelle, insbesondere nach 2005, im Zusammenhang mit der Umsetzung des Sozialgesetzbuches II gekommen. Und schließlich gehört die Auseinandersetzung um ein bedingungsloses Grundeinkommen, als Alternative zum kapitalistischen Arbeitsregime, zu den wichtigsten Diskussionsansätzen in den letzten Jahren und dies nicht nur in Deutschland. Daran trugen Erwerbslosengruppen mit ihrem Konzept »Existenzgeld« maßgeblichen Anteil. Sie gründeten auch zusammen mit anderen Interessierten 2004 das Netzwerk »Grundeinkommen«.

Ob sich eine starke Sozialprotestbewegung in den nächsten Jahren entwickeln wird, ist kaum vorhersehbar. Der Versuch der Zusammenarbeit von Erwerbslosengruppen, autonomen Gruppen, Kernkraftgegnern, Friedensaktivisten, Studenten, SchülerInnen, Gewerkschaftslinken, attac u. a. gegen eine reaktionäre und ausgrenzende Sozialpolitik steckt noch in den Anfängen, erkennbar an den Demonstrationen 2006 (»Schluss mit den ›Reformen‹ gegen uns«) und 2009 (»Wir zahlen nicht für eure Krise!«). Inwieweit sich die in großen Teilen der Bevölkerung angestaute Wut in kollektiven Protest umsetzen wird ist ebenso unklar, zumal, wie der Soziologe Klaus Dörre feststellt, es in Deutschland eine lange Tradition gibt, soziale Konflikte in normierten Bahnen ablaufen zu lassen. Dennoch ist er optimistisch: »Wenn in Deutschland mal Protest ausbricht, dann wird er auch sehr gründlich gemacht. Unter den organisierten Arbeitslosen herrscht bereits sehr radikale Stimmung.« (Berliner Zeitung, 14.4.2009)

## **Literatur**

Nowak, P. (Hg.): Zahltag. Zwang und Widerstand: Erwerbslose in Hartz IV, Münster 2009.  
Rein, H./Scherer, W.: Erwerbslosigkeit und politischer Protest, Frankfurt 1993.  
Reister, H./Nikolaus, K./Klippstein, N.: Gesellschaftliche Organisationen und Erwerbslose, Berlin 2000.  
Roth, R./Rucht, D. (Hg.): Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945, Frankfurt 2008.  
Wolski-Prenger, F.: Arbeitslosenprojekte zwischen sozialer Arbeit und sozialer Bewegung, Frankfurt 1989.

## **Links**

[www.erwerbslos.de](http://www.erwerbslos.de)  
[www.erwerbslosenforum.de](http://www.erwerbslosenforum.de)  
[www.rhein-main-buendnis.de](http://www.rhein-main-buendnis.de)  
[www.labourmet.de](http://www.labourmet.de)  
[www.bag-shi.de](http://www.bag-shi.de)

## »Die Antifa«.

### Zwischen revolutionärer Imagination und bürgergesellschaftlichem Engagement

Kann man den undogmatischen linken Bewegungen mit Recht eine umfassende Geschichtsvergessenheit nachsagen, die sie immer von vorne beginnen lässt, so würde man bei »der Antifa« auf den ersten Blick wohl vom Gegenteil ausgehen. Schließlich besitzt die Retrospektive für sie einen hohen Stellenwert, weil sich im Fokus des Nationalsozialismus und seiner gesellschaftlichen (Nicht-)Verarbeitung überhaupt erst die eigene Praxis erklärt und politische Relevanz einstellt. Allerdings ist in dieser Retrospektive der Blick auf die eigene Geschichte allenfalls als Zerrbild vorgesehen, so dass man wohl doch zu dem Schluss kommen muss, dass die Probleme der unabhängigen, »autonomen« Antifa, um die es im Folgenden geht, denen der undogmatischen linken Bewegungen gar nicht mal unähnlich sind – womöglich einfach deshalb, weil sie hier wie dort in Strukturen entstehen, in denen »die, die neu zu uns hinzukommen, meinen, sie seien die Größten«, wie Michael Wildenhain die Hauptfigur in einem seiner Romane feststellen lässt, während die, »die keine Kraft mehr haben«, still und heimlich verschwinden, was weder auf der einen noch auf der anderen Seite besonders günstige Bedingungen für eine umfassende und reflektierte Aufarbeitung der eigenen Politik darstellen dürfte. An der Problematik wird der folgende Beitrag naturgemäß wenig ändern, versucht werden soll jedoch, die Geschichte des autonomen Antifa-Spektrums bis zum Jahr 2001 im wahrsten Sinne des Wortes aufzubrechen und eine Systematisierung vorzuschlagen, die das Verhältnis zwischen Bedingungen, Formen und Wirkungen politischer Praxis herausstellt und somit Entwicklungsprozesse diskutierbar macht. Dabei wird davon ausgegangen, dass Bewegungen und Bewegungsakteure vor allem in der Rekonstruktion ihrer Praxis zu verstehen sind und sich weniger durch Traditionen, als überspitzt gesagt, durch das genaue Gegenteil, durch Diskontinuitäten, Widersprüche, durch Wandelbarkeit und auch durch eine gewisse Beweglichkeit in ihren inhaltlichen Bezügen auszeichnen.

Nicht zuletzt wegen ihres hohen Wandlungsdrucks bei niedrigem Institutionalierungsgrad sind Bewegungen immer davon bedroht, abzuebben und aus dem Blickfeld zu geraten. In Bezug auf die Antifa kann davon allerdings kaum die Rede sein, denn die Reihen schließen sich seit über 20 Jahren immer wieder. Für diese anhaltende Attraktivität gibt es verschiedene Gründe: Erstens die Verknüpfung des auf Gegnerschaft gründenden Engagements mit einem positiven Bezug auf linke Gesellschaftskritik und -ideale, zweitens die Annahme relativen Erfolgs, der sich etwa dort einstellt, wo öffentliches Auftreten von Neo-Nazis und *Rechtsextremisten* »selbstbestimmt« und mit innovativen Mitteln be- oder behindert wird, drittens die Notwendigkeit, Selbsthilfe-Strategien zu entwickeln, die sich vielerorts schlichtweg aus der Präsenz von Rechtsextremisten und der Abwesenheit von Gegenakteuren ergibt. Vor dem Hintergrund dieses Dreiklangs mag man Darstellungen lesen, in denen »die Antifa« wahlweise als Teil oder originärer Ausdruck des *Linksextremismus*, als eine Jugendszene unter anderen, hier und dort auch als ein bündnistauglicher zivilgesellschaftlicher Akteur beschrieben wird. Praktisch lassen sich Geschichte und Realität der Antifa aber wohl kaum so einwandfrei wie grobschlüchtig auf solche Begriffe bringen. Eher sind Differenzierungen angebracht, was zum Beispiel heißt: In verschiedene Phasen einteilen, die auf unterschiedliche Rahmenbedingungen und jeweils dominierende Inhalte und theoretische Übereinkünfte, z. T. auch unterschiedliche politische Praxen verweisen (und dabei nicht vergessen, dass der autonome Antifaschismus erst ab Ende der 80er Jahre als eine in Ost und West gleichermaßen anzutreffende politische Praxis beschrieben werden kann). Dies soll im Folgenden geschehen.

Der erste Entwicklungsabschnitt markiert eine politische Praxis, die sich als »revolutionärer Antifaschismus« beschrieb, mit dem Auftreten der ersten »autonomen Antifas« um 1983 herum begann und mit einem Bruch der bis dahin etablierten Strukturen endete. Die ersten Gruppen waren Produkte der Entmischung eines bis dahin sehr heterogenen antifaschistischen Spektrums, sie entstanden im Zusammenhang der aufkommenden autonomen und anti-imperialistischen Bewegung, rekrutierten sich aber auch aus zwei anderen Richtungen. Von der einen Seite stießen Angehörige der »K-Gruppen« hinzu, hier v. a. aus dem Kommunistischen Bund (KB) als einer der bis dahin in diesem Bereich aktivsten Gruppen. Auf der anderen Seite wurde in jener Zeit antifaschistisches Engagement auch für Angehörige alternativer Jugendkulturen relevant, die sich – wie die Punks – in einer Phase der politischen Selbstverständigung befanden und durch Konflikte mit den nach rechts abdriftenden Skinheads mit der Frage nach einer eigenen Haltung konfrontiert waren. Der sich hier etablierende Antifaschismus zielte vor

allem ab auf militante Neo-Faschisten und setzte dabei sehr selbstverständlich auf Gewalt als legitimes Mittel der Auseinandersetzung, was sowohl mit der grundsätzlichen Staatsferne der Beteiligten, aber auch mit einer in der Regel höheren Gewaltakzeptanz sich radikal gebender Jugendkulturen erklärt werden kann. Allein schon mit dieser Haltung grenzte sich autonomer Antifaschismus von einem auf Teilhabe am Politikbetrieb ausgerichteten »bürgerlichen« Antifaschismus ab. Gleichzeitig aber wurde in dieser Abgrenzung vor allem auch ein innerlinker Konkurrenzkampf ausgetragen, der auf den grundsätzlichen Konflikt zwischen Bewegung und Organisation und zwischen Ideologie und Mentalität verweist und an dessen Ende sich in der Linken die bewegungsförmigen Ansätze vor die organisationsförmigen Modelle schoben. Man könnte nun annehmen, dass ein solcher Bruch auch die faschismustheoretischen Bezüge betraf. Die jedoch blieben, soweit man überhaupt von einem hohen Stellenwert von Theorie sprechen kann, weitgehend unberührt. Zum besseren Verständnis des inhaltlichen Bezugssystems des autonomen Antifaschismus können hier besonders drei Traditionslinien hervorgehoben werden, die etwas über die Kontinuität antifaschistischer Deutungen, aber auch über eine gewisse Wahllosigkeit und Widersprüchlichkeit autonomer Faschismus-Analyse aussagen. Die erste Traditionslinie verweist auf die Erweiterung des Faschismus-Verständnisses in der 68er-Bewegung. Gegen ein anti-totalitär geprägtes »Nie Wieder« des offiziellen Diskurses wurden hier zum ersten Mal die sozioökonomischen Grundlagen des Nationalsozialismus überhaupt nur erwähnt, personelle Kontinuitäten thematisiert und mit der Behauptung politisch-struktureller Kontinuität verbunden, was zu einem ausgeweiteten wie auch inflationierten Faschismus-Begriff führte, der zunehmend aus seinem auf den Nationalsozialismus fixierten Bedeutungsgehalt herausgelöst wurde. Die zweite Traditionslinie stellte im Grunde genommen eine Zuspitzung dieser Perspektive dar. Nicht zuletzt der KB hatte in den 70er Jahren die Bundesrepublik als »prä-faschistisches« System analysiert, das sich neonazistische Gruppen als eine Art Krisenreaktionskräfte hält, wobei diese in der »Faschisierungsthese« gipfelnde Sichtweise einer bewussten staatlichen Forcierung des Faschismus unmittelbare Bedeutung nicht zuletzt in der Art und Weise des administrativen Umgangs mit der westdeutschen Opposition in jenen Jahren erlangte. Die dritte Traditionslinie schließlich nahm Versatzstücke der historischen parteikommunistischen Faschismusanalyse auf und bezog sich dabei ebenfalls auf die dort entwickelte Annahme eines engen funktionalen Zusammenhangs zwischen Kapitalismus und Faschismus. Von großer Bedeutung dürfte hier jedoch weniger das theoretische Moment, als vielmehr die starke Adaption der Bild- und Formensprache der historischen antifaschistischen Kampforganisationen sein, die erst einmal nicht ohne Weiteres zu der eigentlich undogmatischen Orientierung der Autonomen passte, sehr wohl aber zu deren Vorstellung von antifaschistischer Praxis, die stark von einer militanten, um nicht zu sagen militärischen Logik durchdrungen war. So gesehen, besitzen diese sehr verschiedenartigen theoretischen Bezugnahmen doch einen gemeinsamen Kern. Sie behaupten nämlich funktionale Zusammenhänge zwischen bürgerlichem Staat und Faschismus und schaffen damit die Grundlage für die zentrale Pointe des »revolutionären Antifaschismus«: dass nämlich der Kampf gegen »Neo-Faschisten« bereits der Kampf zur Überwindung der gesellschaftlichen Verhältnisse sei.

Sehr deutliche Kratzer erhielt diese Imagination mit der Veränderung des Antifa-Spektrums um 1988 herum. Dieser zweite, am besten unter dem Stichwort der »Bewegungs-Antifa« zu fassende, Zeitabschnitt fiel in eine Situation, in der die bis dahin bestehenden Strukturen autonomer Antifa aufgrund unterschiedlichster Ereignisse in Auflösung gerieten, wozu sowohl Misserfolge eigener Mobilisierungen, massive polizeiliche Ermittlungstätigkeiten, etwa nach den mörderischen Schüssen auf Polizeibeamte an der Startbahn/West bei Frankfurt a. M. 1987, nicht zuletzt aber auch – für Bewegungen nicht unüblich – persönliche Zerwürfnisse beitrugen. Parallel dazu politisierte sich eine neue Generation maßgeblich an zwei großen Entwicklungslinien. Im Westen waren dies die 1988 einsetzenden Wahlerfolge von DVU und Republikanern, in West und Ost waren dies die zunehmenden Bedrohungen durch einen jugendkulturell bestimmten militanten Rechtsextremismus, schließlich die globalpolitischen Umwälzungen, die das Ende der Blockkonfrontation, in Deutschland auch das »Ende der Nachkriegszeit« einläuteten.

Unter natürlich sehr unterschiedlichen Bedingungen kam es ab 1987, verstärkt zwischen 1989 und 1990 unter dem Schlagwort der Selbsthilfe zu einer Vielzahl von Gründungen von Antifa-Gruppen. Zentrales Unterscheidungskriterium zwischen den noch aktiven Alt-Antifas und den »Neuen« war dabei die Art des Zugangs zu Politik und »Szene«: Während Erstere sich im Kontext linker Politik politisiert hatten, fand die Politisierung Letzterer mehrheitlich schon in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus statt, aus der dann erst im weiteren Verlauf praktische Nähe zu den Formen und Welten autonomer Politik resultierte. Die wiederum lag dann allein deshalb nahe, weil es die Autonomen waren, die am vehementesten Deutungsangebote für den sich ausbreitenden Rechtsextremismus und Rassismus gemacht hatten und machten, vor allem aber auch konkrete und attraktive Handlungsoptionen lieferten. Letztlich lässt sich die Verbreiterung des Antifa-Spektrums und darin die Neuausrichtung inhaltlicher und praktischer Gebote also auf zwei Entwicklungen zurückführen. Auf die Selbstorganisie-

rung direkt oder moralisch Betroffener, die Politisierungsprozesse in Gang setzte einerseits, auf den aus dem generellen Bedeutungs- und Sinnverlust linker Politik im Zuge des Zusammenbruchs des realsozialistischen Staatenblocks erwachsenden Rückzug auf ein linkes Kernthema, das zu einem – identitären und strategischen – Ankerpunkt wurde andererseits.

War die Antifa bis dahin ein Teilbereich der autonomen Bewegung gewesen, wurde sie in dieser Phase mehr und mehr zu einer von den Autonomen und deren Traditionen, Ästhetiken und Ausdrucksformen zwar geprägten, aber doch zunehmend eigenständigen Gegenbewegung, in der linke Haltungen aus der Gegnerschaft zum »Rechts-extremismus« hervorgebracht wurden – und nicht andersherum. Diese Entwicklung führte zu einer auch in sich widersprüchlichen Politik. Exemplarisch ist dafür der defensive Umschlag von einem »revolutionär« gedachten Antifaschismus zur »Rechtsruck«-These. Neu daran war, dass nun auch die Bevölkerung kritisch in den Blick genommen wurde, was eine bis dahin staatszentrierte Perspektive zumindest partiell in Frage stellte. Neu war auch eine damit zusammenhängende pragmatische Öffnung und Bündnisorientierung, die aus der Einschätzung der Kräfteverhältnisse, aus strategischen Erwägungen oder aus bloßen Notwendigkeiten resultierte. Gleichzeitig blieben aber, und dies macht die Widersprüchlichkeit aus, bis dahin geltende politische und praktische Orientierungen erhalten. Dies betraf einerseits die weiterhin dominierende Annahme eines planvollen Zusammengreifens von »Staat« und »Faschisten«, wie sie sich noch in der Bewertung der Ereignisse von Rostock-Lichtenhagen 1992 und der sich zeitlich daran anschließenden Änderung des Asylrechtsparagraphens wie auch einer fortgesetzten Organisationsfixiertheit antifaschistischer Analyse zeigte. Dies betraf andererseits die – von den Verhältnissen weitgehend schon widerlegte – Vorstellung, antifaschistische Politik sei vor allem erfolgreich durch ihre Praxis einer »militanten« Zurückdrängung. Allerdings zeigen sich in dieser Phase auch bis heute bedeutsame Ost-West-Unterschiede. Nicht zu vergessen ist schließlich, dass antifaschistische Praxis im Osten sehr viel weniger als im Westen von den Traditionen und Erfahrungen einer undogmatischen Linken geprägt war und sich von Beginn an unter vergleichsweise ungünstigen Kräfteverhältnissen entwickelte, was mitunter auch zu deutlich pragmatischeren Schlussfolgerungen bezüglich der Reichweite der eigenen Politik beitrug.

Auf die in dieser Phase deutlich werdenden Probleme, die Bestand und Innenleben der autonomen Linken als auch die Bedingungen für linke Politik im Allgemeinen betrafen, wurden ab 1991 und in den folgenden Jahren verstärkt zwei verschiedene Arten von Antworten formuliert. Sie kennzeichnen einen weiteren Zeitabschnitt, der von der Essentialisierung von Antifa-Politik geprägt war. Eine »destruktive« Antwort bestand in der Formulierung einer anti-nationalen, später anti-deutschen Kritik, die das linke Selbstverständnis in seinen positiven Bezug auf die Bevölkerung, seiner theorielosen negativen Staatsfixierung und seinem oft kategoriellen Verständnis von Faschismus angriff. Eine »rekonstruktive« Antwort bestand in dem Versuch einer antifaschistischen Essentialisierung, das heißt, in dem Versuch, nunmehr auch ganz ausdrücklich unter dem Begriff des Antifaschismus sowohl die linken Kräfte zu sammeln als auch interessierte Dritte an linke Politik heranzuführen.

Aus diesem Anfang der 90er Jahre beginnenden Sammlungsversuch resultierten zwei die 90er Jahre prägende (Organisierungs-)Modelle autonomer Antifapolitik. Auf der einen Seite kam es mit der Gründung der Antifaschistischen Organisation/Bundesweite Organisation (AA/BO) zu dem Versuch, gegen die Unverbindlichkeit und Selbstbezüglichkeit der Autonomen, Organisationsstrukturen zu schaffen, die politische Handlungsfähigkeit herstellen, über Bündnispolitik in andere gesellschaftliche Bereiche hineinwirken und schließlich auch zur »Kulturfähigkeit« der Linken beitragen sollten. Auf der anderen Seite kam es mit dem Bundesweiten Antifa Treffen (BAT) zur Herausbildung einer autonomen Traditionen weitgehend verhafteten und eher informell ausgerichteten Vernetzungsstruktur. Gerade die AA/BO wurde in Folge zur zentralen politischen Stichwortgeberin der »autonomen Antifa«, die unterschiedlichen strukturellen Verfasstheiten dieser beiden Ansätze und die unterschiedliche Intensität, in der politisch agiert wurde, dürfen aber über zwei Aspekte nicht hinwegtäuschen.

Auch wenn die AA/BO für einen quasi-modernisierten autonomen Antifaschismus stand, stellte sie in ihren theoretischen Bezügen doch eher einen Rückfall in die Phase des »revolutionären Antifaschismus« dar und unterlief gleichzeitig dessen undogmatisch-flexible Praxis sogar noch, indem sie eine Politik bewarb, die sich ikonographisch und inhaltlich an Traditionen eines auf Kampf fixierten parteikommunistisch-antifaschistischen Widerstandes orientierte. Währenddessen stand das BAT zwar eher für eine autonome, und damit eben auch theoretisch Tiefgang vermeidende antifaschistische Politik »gegen Rechts«, war jedoch ebenfalls von der Vorstellung geprägt, über Antifaschismus linke Politik entwickeln zu können. Für ein Verständnis heutiger autonomer Antifa-Praxis scheint es angesichts dieses inhaltlichen Konsenses geboten, mit der Stilisierung von Politik eine weitere Facette in den Blick zu nehmen.

Der Aspekt der lebensweltlichen Verankerung besitzt gerade für außerinstitutionelle Bewegungen eine herausragende Bedeutung, weil hier die Grundlagen von Strategien der Selbstdarstellung, der Ermächtigung und der Inszenierung von Opposition geschaffen werden. Genau jener lebensweltliche Unterbau jedoch war es, der in den 90er Jahren erodierte und damit auch die objektiven und subjektiven Grundlagen der Autonomen fraglich erschienen ließ. Antifa-Politik bedeutete vor diesem Hintergrund, einerseits eine auf Selbsthilfe gründende reaktive Praxis »gegen Rechts« zu initiieren, andererseits Züge einer theatralischen Aufführung von Opposition anzunehmen, wo es darum ging, das über den Kern des Antifaschismus hinausweisende politische Programm deutlich zu machen. Ganz offenbar gründete das Ende der 90er Jahre vor diesem Hintergrund entwickelte »Konzept Antifa« auf der Annahme, dass eine bewegungsförmige radikale linke Politik neuer Formen lebensweltlicher Verknüpfung und neuer Formen der mediengerechten Inszenierung und auch Ästhetisierung bedurfte. Gleichzeitig ist es möglicherweise kein Zufall, sondern Ausdruck einer politischen Unterbestimmtheit, dass der Beginn des rot-grünen Regierungsprojektes 1998 und der sogenannte Antifa-Sommer 2001, dass also das Auftreten anderer Akteure im Rechtsextremismus-Diskurs zu einem fast sang- und klanglosen Zusammenbruch dieser Antifa führten, weil von den Momenten »revolutionärer Imagination« und »bürgerschaftlichem Engagement« nur Letzteres übrig blieb.

## Literatur

- Antifaschistische Aktion Berlin: Das Konzept Antifa. Grundsatztexte und Konkretes. Broschur. Berlin, 1998
- Calamity Jane und die abgestürzten Flugblattsammler: Autonome sind auch Deutsche. Antifa-Politik zwischen »Strafexpedition« und Täterentlastung, in: Oliver Tolmein/Bernd Siegler, Charlotte Wiedemann (Hg.): Der Pakt. Die Rechten und der Staat, Göttingen, 1993
- Jablonski, C.: Kultur- und Geschichtsarbeit in der antifaschistischen Bewegung, in: 17° C – Zeitschrift für den Rest 14/1997, 36-42
- Projektgruppe (Hg.): Antifa. Diskussionen und Tips aus der antifaschistischen Praxis. Berlin – Amsterdam, 1994  
(URL: <http://www.nadir.org/nadir/archiv/PolitischeStroemungen/antifa/antifa.html>)

Steffen Vogel

## Das Weltsozialforum: Geschichte und Gegenwart

Als im Januar 2001 im brasilianischen Porto Alegre erstmals das Weltsozialforum zusammentrat, unternahm die globalisierungskritische Bewegung einen ersten Schritt zu ihrer Verstetigung. Zuvor war sie vor allem bei Protesten gegen die Tagungen supranationaler Organisationen wie Weltbank und Internationalem Währungsfonds in Erscheinung getreten. Die »Battle of Seattle« anlässlich der Tagung der Welthandelsorganisation in der nordamerikanischen Stadt im November 1999 gilt seither als Geburtsstunde der Bewegung. Andere datieren ihren Ursprung auf den 1. Januar 1994, dem Beginn des zapatistischen Aufstands im mexikanischen Bundesstaat Chiapas, da die EZLN von Aktivisten vielfach als Referenzpunkt und Inspiration zitiert wird. In jedem Fall ging den Ereignissen von Seattle die Formierung zahlreicher lokaler, regionaler und nationaler Akteure voraus, die erste Kontakte knüpften und sich 1999 schließlich als transnationale Bewegung formierten.

Die Etablierung der Globalisierungskritiker, zu der das Weltsozialforum einen wesentlichen Beitrag geleistet hat, ist bemerkenswert. Soziale Bewegungen gelten in der Fachwissenschaft immerhin als äußerst kurzlebige Erscheinung. Nach einer gewissen Zeit, so die Annahme, können die Bewegungen nicht mehr ausreichend mobilisieren, worauf sie entweder zerfallen oder sich institutionalisieren müssen. In beiden Fällen endet ihre Existenz als Bewegung. Die Globalisierungskritiker sind aufgrund ihrer Dauerhaftigkeit gelegentlich mit der frühen Arbeiterbewegung oder den Frühsozialisten verglichen worden.

Die Globalisierungskritiker sind ein Krisenphänomen – und das in mehrfacher Hinsicht. In die Zeit ihrer Entstehung und Ausbreitung fallen mehrere ökonomische Zusammenbrüche, darunter die Asiatische Finanzkrise 1997 und der Staatsbankrott Argentiniens 2002, der heftige Proteste auslöst und in kurzer Zeit mehrere Präsidenten das Amt kostet. Dazu kommen politische Krisen: Das wenige Jahre zuvor endgültig manifest gewordene Scheitern des realsozialistischen Modells konfrontiert nicht zuletzt Teile der westlichen Linken mit theoretischen Schwächen und politischen Versäumnissen. In den westlichen Demokratien verschärft sich unterdessen eine Krise der Repräsentation; in Westeuropa kommt es seit 1990 immer wieder zu hoher Wahlabstinz, die Parteien verlieren ihre Bindungskraft.

Eine Reihe von Merkmalen qualifiziert die Globalisierungskritiker als neue Bewegung. Sie weist zwar persönliche wie historische Bezüge zu anderen ähnlichen Akteuren auf, darunter die NGOs, die Neuen sozialen Bewegungen der achtziger Jahre, die nationalen Befreiungsbewegungen oder die 68er-Bewegung. Sie kann aber nicht als deren zeitliche Verlängerung oder globale Bündelung begriffen werden.

Die qualitative Neuerung zeigt sich im Einsatz von Kommunikationstechnologien wie Internet und Mobiltelefonen, die eine nicht-hierarchische globale Vernetzung ermöglichen. Der Soziologe Achim Brunnengraber benennt weiterhin eine anti-hierarchische und staatskritische Haltung und den gleichberechtigten Dialog zwischen den Kontinenten. Zudem hat die Bewegung eine pluralistische Kultur ausgeprägt, die eine Vielfalt von lokalen bis transnationalen Akteuren begrüßt und für nötig hält. Der Respekt gegenüber Differenzen gehört zu den hervorstechenden Merkmalen der Globalisierungskritiker. Ein qualitativer Unterschied zu vorangegangenen Bewegungen besteht weiterhin im von Beginn an gegebenen transnationalen Charakter und dem Selbstverständnis als globale Bewegung. Bemerkenswert ist schließlich die Verstetigung von inhaltlicher Arbeit und Vernetzung, unter anderem durch die Weltsozialforen.

Der Vielzahl an unterschiedlichen beteiligten Einzelbewegungen zum Trotz bestehen gemeinsam geteilte Handlungsmotivationen, wie eine Untersuchung der Bewegungssoziologin Isabelle Sommier am ersten Europäischen Sozialforum in Florenz zeigte. Dazu zählen in Europa etwa die Solidarität mit den Ländern des Südens, die Kritik an transnationalen Konzernen und die ökologische Frage. Die Erwartung an einen revolutionären Umbruch ist demgegenüber weitgehend verschwunden. Brunnengraber identifiziert den Neoliberalismus als das Metathema der Globalisierungskritiker. Und Naomi Klein sieht das verbindende Element im Versuch, die *Commons* zurückzuerobern, also Gemeingüter im weitesten Sinne: öffentliche Infrastrukturen wie Universitäten und Verkehrsbetriebe, natürliche Ressourcen wie Wasser und Saatgut oder Technologien wie freie Software, die nicht unter

Copyright lizenziert werden. Geteilt wird von den beteiligten Bewegungen überdies die Forderung nach einer Vertiefung der Demokratie.

Die Bewegung bezieht trotz ihrer Kritik an der politischen Repräsentation nicht durchgängig eine ablehnende Haltung zur Parteienpolitik. Gerade bei den aktivsten Mitgliedern ist die Wahlbeteiligung besonders hoch, auch wenn sie zuweilen ungültig stimmen. Protest und Kontakt zu den Institutionen werden nicht von allen als Gegensatz begriffen, die Politik soll aber nicht Politikern vorbehalten bleiben.

Die inhaltlichen Gemeinsamkeiten und die Herausbildung einer eigenen Kommunikationsweise sind stärker prägend für die Bewegung als eine bestimmte theoretische Strömung, wie es noch in den sechziger Jahren die intellektuelle Neue Linke für die 68er-Bewegung gewesen ist. Der theoretische Pluralismus der Globalisierungskritiker integriert verschiedene kritische Ansätze, die nicht alle neu sind. Sie reichen von traditionellen Gemeinschaftsvorstellungen indigener Bewegungen über die Befreiungstheologie bis zu postmodernen Spielarten des Marxismus. Zentrale Zeitschriften bestehen anders als 1968 nicht, obschon einzelne Publikationen national von Bedeutung sind, in Italien etwa das Wochenmagazin *Carta*. Wichtiger sind aber in der Regel Internetplattformen wie das US-amerikanische *ZNet*, auf der unter anderen Noam Chomsky und Arundhati Roy veröffentlichen.

Bei ihren transnationalen Verbindungen streben die Globalisierungskritiker flache Hierarchien an. Charakteristisch ist eine Netzwerkform, die binäre Gegensätze zwischen Positionen oder Strömungen ebenso vermeiden helfen soll wie das Auftreten dominanter Führungspersönlichkeiten. Dieses Organisationsmodell resultiert aus dem starken Rückgriff auf das Internet zur Bildung von Allianzen, es entspringt aber auch einer Unzufriedenheit mit politischen Parteien, sei es die Sozialdemokratie, seien es die Kommunisten oder die aus Befreiungsbewegungen hervorgegangenen Einheitsparteien.

Das Weltsozialforum (WSF) verfügt folglich nicht über offizielle Sprecher oder Repräsentanten. Vorbereitet wird die Veranstaltung durch einen Internationalen Rat, in dem über hundert Vertreter von Bewegungen und NGOs sitzen. Der Rat kommuniziert über E-Mail und auf gelegentlichen Tagungen an wechselnden Orten. Seine Kompetenzen erstrecken sich rein aufs Organisatorische: Er wählt den Veranstaltungsort, organisiert die Zusammenkunft und nimmt Vorschläge für Seminare entgegen. Bei der Vorbereitung wird eine Entscheidungsfindung im Konsensverfahren angestrebt, um eine Einteilung in Mehrheit und Minderheit zu verhindern. In diesem eher langsamen Verfahren besitzen die großen, finanzstarken Organisationen einen Vorteil, sind aber keineswegs bestimmend. Gerade kleinere Gruppen, etwa Flüchtlingsorganisationen, bringen oft ein symbolisches Kapital mit, das sie unverzichtbar macht. Daraus resultiert laut Bewegungsforscherin Sommer eine Verpflichtung zur Kooperation.

Am letzten Tag des WSF tritt eine Versammlung der sozialen Bewegungen zusammen. Diese Instanz markiert einen Kompromiss zwischen Verfechtern und Gegnern eines im Namen des Forums verabschiedeten Abschlussdokuments. Die Versammlung lanciert zwar ein Dokument, das neben politischen Forderungen auch Termine für gemeinsame Mobilisierungen enthält. Der Text ergeht aber allein im Namen der unterzeichnenden Bewegungen und nicht stellvertretend für das gesamte Forum.

Mit dem Weltsozialforum haben sich von Anfang an zwei Erwartungen verbunden. Zum einen soll ein Raum geschaffen werden, in dem die verschiedenen Bewegungen und Organisationen abseits von Protestaktivitäten zueinander finden könnten. Als ein loses Netzwerk von Akteuren, als Bewegung der Bewegungen brauchen die Globalisierungskritiker einen Ort für Austausch, Debatte und Begegnung. Aufgrund der Heterogenität der Bewegung, an der Organisationen beteiligt sind, die lange als Opponenten gegolten haben, soll das Forum einen möglichst inklusiven Charakter aufweisen. Teilnehmen darf, wer die eher allgemein gehaltene Charta von Porto Alegre anerkennt. Ausgeschlossen sind lediglich bewaffnete Gruppen und Parteien. Politiker oder Regierungsvertreter dürfen allerdings als Privatpersonen durchaus teilnehmen, und die Parteien sind über ihre Vorfeldstrukturen mehr oder weniger offen präsent.

Inklusiv soll das WSF auch hinsichtlich seiner (politischen) Kultur sein. Der kritisierten Hegemonie des Nordens soll begegnet werden, indem nicht-westlichen Denkweisen und Handlungsmustern Platz eingeräumt wird. Folgerichtig wird das Forum stets in einem Land des Südens ausgerichtet. Außer in Brasilien tagte es bislang in Kenia, Pakistan, Indien, Venezuela und Mali; 2011 wird das senegalesische Dakar Gastgeber sein.

Neben der Interkulturalität ist der Gedanke der Horizontalität zentral für das Forum. Seine Teilnehmer wollen sich vom bekannten Modell internationaler Solidarität verabschieden, das vielfach als hierarchisch empfunden wird und stattdessen in einen gleichberechtigten Austausch eintreten. Dieser soll nicht nur berufenen Funktionsträgern vorbehalten bleiben, sondern unabhängig von Hierarchien oder Gruppenzugehörigkeiten jedem offen stehen. An seine Grenzen stößt dieser Anspruch allerdings angesichts der ungleichen Verfügung über Kapital, die nur teilweise über interne Umverteilung ausgeglichen werden kann: Die Teilnahme am WSF erfordert beispielsweise kulturelles Kapital in Form von Sprachkenntnissen und ökonomisches Kapital zur Finanzierung der Reisekosten. Eine Vielzahl der europäischen Aktivisten stammt folgerichtig aus der gebildeten Mittelschicht. Charakteristisch für sie sind persönliche oder berufliche Auslandserfahrungen und Fremdsprachenkenntnisse. Ihr Engagement fußt auf der Sicherheit, die hohes kulturelles Kapital vermittelt.

Dennoch erstreckt sich der konstitutive Pluralismus der Globalisierungskritiker nicht nur auf politische Traditionen und Praktiken, sondern zeigt sich auch in sozialer Hinsicht. So spielt das globale Kleinbauernnetzwerk Via Campesina eine zentrale Rolle und gehört zu den Organisatoren des WSF.

Neben der internen Bedeutung als Stätte transnationaler Vernetzung, wurde das WSF von Beginn an als Ort gesehen, an dem Alternativen entwickelt werden können. Nachdem die Bewegung ab 1999 vor allem als Kritikerin des Neoliberalismus hervorgetreten war und eine bestimmte Form der Globalisierung verworfen hatte, sollte nun mit der Entwicklung von Gegenvorschlägen begonnen werden. Das umfangreiche Forumsprogramm umfasst neben einigen zentralen Podien stets eine Vielzahl thematisch orientierter Workshops, die jeweils von mehreren Akteuren aus unterschiedlichen Ländern gemeinsam koordiniert werden. Aufgrund dessen wird das Weltsozialforum auch im neunten Jahr seines Bestehens weiterhin als politisch bedeutsam wahrgenommen. Das zeigt die hohe Teilnehmerzahl bei seiner jüngsten Zusammenkunft Anfang 2009, das zeigen die Stellungnahmen von Beobachtern. Der *Spiegel* schreibt, »das Alternativtreffen in Belém am Amazonasdelta ist zum Denklabor für eine neue Weltordnung aufgestiegen«; *Le Monde* sieht im Forum ein »Labor der Erfahrungen und Vorschläge«, zudem habe die Wirtschaftskrise »eine bestimmte Zahl der globalisierungskritischen Prophezeiungen bestätigt«.

Beide Aufgaben – Vernetzung und Entwicklung von Alternativen – stehen seit langem im Zentrum einer internen Debatte, die der Zukunft der Bewegung gilt und sich in Bezug auf das Forum konkretisiert. Einige fordern eine gezielte Vereinheitlichung der Bewegung auf der Basis festerer Strukturen, einer verbindlichen Programmatik und einer gemeinsamen Strategie. Das WSF wäre demgemäß neu zu organisieren und müsste die Form einer eigenständigen Körperschaft oder Organisation annehmen. Andere betonen hingegen den Pluralismus der Bewegung als Wert an sich. Alternativen könne es nur im Plural geben, sie ließen sich nur durch Überzeugung verallgemeinern. Daher müsse das WSF als offener Raum erhalten bleiben.

Zusätzliche Brisanz gewinnt die Debatte mit Blick auf die lateinamerikanischen Linksregierungen, die oft aus sozialen Bewegungen hervorgegangen sind. Wie nah soll ihnen ein Forum kommen, das zumeist in Lateinamerika ausgetragen wird? Wie viel Autonomie soll es bewahren?

Von einer größeren Vereinheitlichung des Forums versprechen sich die Befürworter eine gesteigerte Schlagkraft und damit größeren Einfluss der Bewegung. Manche hoffen gar auf das Entstehen einer neuen Internationalen. Demgegenüber sehen die Verfechter einer offenen Orientierung die Stärke des Forums gerade in seiner Vielfalt. Thematische Verengungen oder gar Ausschlüsse würden das WSF ihrer Meinung nach unattraktiv werden lassen und damit seinen Niedergang einläuten. Damit haben sie sich bislang durchsetzen können.

Ohnehin stellt sich die Frage, ob das Weltsozialforum eine Stärkung der globalen Linken angestoßen hat – oder ob es nicht vielmehr der Ausdruck eines Neuerstarkens sozialer Bewegungen ist. Viel spricht für die Beobachtung Michael Hardts, wonach das WSF immer dann lebendig gewesen ist, wenn es die teilnehmenden Bewegungen auch waren. 2002 konnte das Forum den Schwung der Proteste in Genua aus dem Vorjahr und der breiten Mobilisierungen in Argentinien abbilden. Die Zukunft des Weltsozialforums dürfte demnach davon abhängen, ob auch zukünftig breite Bewegungen in ihm einen geeigneten Ort für Austausch und Debatte sehen.

## **Literatur**

Anita Anand u. a. (Hg.): Eine andere Welt ist möglich – Das Weltsozialforum, Berlin 2004

(URL: [http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Texte\\_15.pdf](http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Texte_15.pdf))

Achim Brunnengräber: »New Global Opposition« ... oder was wirklich neu ist an den globalisierungskritischen Bewegungen, in: Oliver Marchart/ Rupert Weinzierl (Hg.): Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie – eine Bestandsaufnahme. Westfälisches Dampfboot, Münster 2006, S. 16-35

Naomi Klein: Demokratisierung der Bewegung. Beim ersten Weltsozialforum konnte keine einzelne Agenda die Diversität fassen, in: Naomi Klein: Über Zäune und Mauern. Berichte von der Globalisierungsfront. Campus, Frankfurt a.M./ New York 2003, S. 233-249

Chico Whitaker: Das Weltsozialforum. Offener Raum für eine andere Welt. VSA, Hamburg 2007

## **Links**

Deutsche Seite zum WSF: <http://www.weltsozialforum.org/root/index.html>

Offizielle Seite (mehrsprachig): <http://www.forumsocialmundial.org.br/>

Sozialforum in Deutschland: <http://www.sfid.info/root/index.html>

Bernd Hüttner

## Weitere Literatur

Zusätzlich zu der in den einzelnen Artikeln genannten Literatur sei noch auf folgende, eher allgemeinen Titel hingewiesen.

Bernd Hüttner, Gottfried Oy, Norbert Schepers (Hg.): Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen; Neu-Ulm 2005. Enthält vor allem Beiträge zur Problematik einer Geschichtsschreibung der neuen sozialen Bewegungen, vgl. [www.vorwaerts.org](http://www.vorwaerts.org).

Bernd Hüttner: Einheit, Vielfalt und die Geschichte der Linken Standpunkte der RLS 7/2006  
[http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Standpunkte0607.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte0607.pdf)

Georg Fülberth: KPD und DKP 1945 – 1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung; Heilbronn 1990

Ansgar Lorenz: Kleine Geschichte der Arbeiterbewegung, Paderborn 2009 Sachcomic, zur Einführung gut geeignet.

Andrei S. Markovits/Philip S. Gorski: Grün schlägt rot. Die deutsche Linke nach 1945, Hamburg 1997. Im amerikanischen Original 1993 erschienen, interessante Sicht von außen.

Media '68/il manifesto: '68 – eine Weltrevolution, CD-Rom und Begleitheft, Berlin/Zürich 2001

Redaktion diskus (Hrsg.): Küß den Boden der Freiheit. Texte der Neuen Linken, Berlin 1992. Eine Sammlung wichtiger Texte.

Dieter Rucht/Roland Roth (Hg.): Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch; Frankfurt a. M./New York 2008. Das nicht ganz billige, dafür um so dickere Standardwerk der universitären Bewegungsforschung, das sogar einen Beitrag eines Mitarbeiters des Verfassungsschutzes enthält.

Thomas Seibert: Soziale Bewegung und Erinnerung, URL <http://www.itpol.de/?p=37>

ak wantok (Hg.): Perspektiven autonomer Politik, Münster 2010,

<http://www.unrast-verlag.de/unrast,2,336,6.html>

<http://www.theorie.org>

In der Buchreihe [theorie.org](http://www.theorie.org) des Schmetterling-Verlages werden einführende Texte publiziert, aktuell liegen u.a. Titel zu Internationalismus, politischer Ökonomie, kritischer Theorie, Anarchismus, Trotzismus, Operaismus, feministischer Theorie und zur Situationistischen Internationale vor. Weitere Titel sind angekündigt.

Über ein Dutzend weitere Literaturlisten sind auf der Themenseite Geschichte der RLS zu finden unter:

<http://www.rosalux.de/nc/themen/zeitgeschichte/specials/geschichte/literatur/literaturlisten.html>

## **AutorInnen**

### **Marcel Bois**

Jahrgang 1978, hat Geschichte, Soziologie und Kunstgeschichte in Konstanz und Hamburg studiert. Derzeit promoviert er an der Universität Hamburg über die linke, anti-stalinistische Opposition in der KPD der Weimarer Republik. Er ist Mitglied des Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitglied des Sprecherrates der Historischen Kommission der LINKEN.

### **Che2001**

Heißt eigentlich etwas anders, ist promovierter Historiker und Politologe und seit 28 Jahren in der Flüchtlingsarbeit und insbesondere Unterstützung von Asylsuchenden engagiert. Er rechnet sich politisch zum sog. postoperaistischen Flügel der Autonomen, einer politischen Strömung, die den Klassenkampf und nicht die Kapitalbewegung als treibende Kraft der Geschichte ansieht und unter Klassenkampf insbesondere auch den Kampf gegen die Arbeit durch Krankfeiern, Sabotage und Bummelantentum versteht. Postoperaisten verbinden diesen – operaistischen – Ansatz mit einer am französischen Strukturalismus und der Kritischen Theorie geschulten Gesellschaftskritik und einem Internationalismus, der jeweils die Perspektive der Unterschichten in den verschiedenen Weltregionen sich zu eigen macht, dem sog. Neuen Antiimperialismus.

### **Sebastian Gerhardt**

Jahrgang 1968, ist freier Autor in Berlin und lebt von Ausstellungsführungen in der »Topographie des Terrors« und dem Deutsch-Russischen Museum Berlin Karlshorst. Seine Freizeit verwendet er an verschiedene Projekte (Haus der Demokratie und Menschenrechte, Lunapark21). Neuere Veröffentlichungen: »An und für sich: Freiheit. Zur historischen Tendenz einer neuen Kritik der politischen Ökonomie der Arbeit«, in: Karl Heinz Roth/Marcel van der Linden (Hg.) Über Marx hinaus. Berlin/Hamburg 2009. »Keine Revolution ist auch keine Lösung. Zur Kritik der politischen Ökonomie des XXI. Jahrhunderts«. Bildungsbaukasten für die Bildungsgemeinschaft SALZ.

### **Melanie Gross**

Melanie Groß ist Mitgründerin des Feministischen Instituts Hamburg ([www.feministisches-institut.de](http://www.feministisches-institut.de)) und Professorin an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Kiel. Ihr besonderes Interesse gilt den Gender und Queer-Studies sowie Jugend- und Protestkulturen und deren Analyse aus poststrukturalistischen und intersektionalen Perspektiven.

### **Andreas Heyer**

Promovierte mit einer Arbeit über die französische Aufklärung und beschäftigt sich seit mehreren Jahren mit dem neuzeitlichen utopischen Diskurs und dem oppositionellen Denken in der DDR. Zuletzt erschienen von ihm: Die Utopie steht links, Berlin, 2005. Die Entwicklung der deutschsprachigen Utopieforschung, 3 Bde., Hamburg, 2008-2010. Zur Zeit arbeitet er an einer Darstellung der Philosophiegeschichte der DDR.  
Kontakt: [andreasheyer2002@yahoo.de](mailto:andreasheyer2002@yahoo.de)

### **Bernd Hüttner**

Geboren 1966. Regionalmitarbeiter Bremen der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Koordinator des Gesprächskreises Geschichte der RLS. Redakteur der Zeitschrift LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. Gründete im Jahr 2000 das Archiv der sozialen Bewegungen in Bremen ([www.archivbremen.de](http://www.archivbremen.de)). Mitglied des Internationalen wissenschaftlichen Beirates der ITH – International Conference of Labour and Social History. Herausgeber des »Verzeichnis der Alternativmedien 2006/2007« (Neu-Ulm 2006, [www.alternativmedien.org](http://www.alternativmedien.org)). Zuletzt (als Hrsg., zusammen mit Peter Birke und Gottfried Oy): Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion (Berlin 2009) und (zus. mit Christoph Nitz als Mithrsg.): Weltweit Medien nutzen. Medienwelt gestalten, Hamburg 2010. Kontakt: [huettn@rosalux.de](mailto:huettn@rosalux.de).

**Christiane Leidinger**

Promovierte, freischaffende Politikwissenschaftlerin, Lehrbeauftragte und Autorin. Sie lebt in Berlin und forscht u. a. zu (lesbisch)-feministischer und queerer Geschichte, zu Medien und Globalisierung sowie zu Militarisierung und zu Protest- und Widerstandskonzeptionen v. a. alter und Neuer sozialer Bewegungen im 20. Jahrhundert.

**Markus Mohr**

Geboren 1962, ein paar Wochen nachdem der chinesische Botschafter in Ost-Berlin auf der Rückseite des Wandbildes Mao Tse-tungs eine Abhörwanze entdeckte. Heute Mitglied der IG Metall.

**Gisela Notz**

Dr. phil., Sozialwissenschaftlerin und Historikerin, lebt und arbeitet in Berlin. Von 1985 bis 1997 Redakteurin der Zeitschrift »beiträge zur feministischen theorie und praxis«, jetzt Redakteurin von LunaPark21. Bis Mai 2007 wissenschaftliche Referentin in der Abt. Sozial- und Zeitgeschichte, Schwerpunkt Frauenforschung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, Lehrbeauftragte an verschiedenen Universitäten, zahlreiche Veröffentlichungen. Mitglied des Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**Harald Rein**

Sozialwissenschaftler, arbeitet als Berater im Frankfurter Arbeitslosenzentrum (FALZ). Gründungsmitglied von »labournet germany« und »Netzwerk Grundeinkommen«, Mitarbeit am »Runden Tisch gegen Erwerbslosigkeit und soziale Ausgrenzung«. Etliche Veröffentlichungen zu den Themengebieten: Erwerbslosenprotest, Grundeinkommen/Existenzgeld und Zwangsdienste.

**Nils Schuhmacher**

Dipl. Krim., derzeit Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung mit einer Arbeit zu Motiven und Effekten politischen Handelns von »Antifas«. Gleichzeitig tätig im Forschungsprojekt »Entstehung und Entwicklung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bei Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund« (Kurt Möller, Esslingen/Bielefeld).

**Uwe Sonnenberg**

Geboren 1976, ist Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung und verfasst am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam seine Promotion zur Geschichte des linken Buchhandels in der Bundesrepublik.

**Steffen Vogel**

Geboren 1978 in Siegen, Studium der Sozialwissenschaften an der HU Berlin, 2005 bis 2008 Redakteur der Wochenzeitung »Freitag«, seitdem freier Autor.

Hinweis

Marcel Bois, Bernd Hüttner (Hrsg.):

**Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken  
Heft 1. Theorien und Bewegungen vor 1968**

Aus dem Inhalt:

**Marcel Bois, Bernd Hüttner**

Zur Einführung

**Gerhard Hanloser**

Der Rätekommunismus

**Marcel Bois, Sebastian Zehetmair**

Schwieriges Erbe und gute Traditionen: Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik

**Marcel Bois**

Kommunistische Opposition gegen Stalinismus und Faschismus vor 1933

**Florian Wilde**

Von der Klassenkampf-Gruppe zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP)

**Christoph Jünke**

Trotzkismus

**Andreas Heyer**

Wolfgang Harichs Konzeption eines demokratischen Sozialismus von 1956

**Christoph Jünke**

Rudi Dutschke und die Theorie der antiautoritären Revolte

**Philipp Kufferath**

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS)

**Björn Allmendinger**

Kritik der Zukunft, Zukunft der Kritik. '68 und die Rätebewegung

**Stefan Müller**

Linker Abbruch in der IG Metall-Bildungsarbeit in den 1960er Jahren

**Jörn Wegner**

Arbeitermusik: Versuch einer Gegenhegemonie

**Gerhard Hanloser**

Geschichte und Rezeption der Kritischen Theorie

**Hartmut Rübner**

Linker Radikalismus und Geschichtspolitik. Ein Überblick

